



Monatsbericht des BMF

September 2014

Monatsbericht des BMF

September 2014

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung		
	nichts vorhanden		
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts		
	Zahlenwert unbekannt		
X	Wert nicht sinnvoll		

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt	6
Deutsche Direktinvestitionen im Ausland	
Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten	
Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013	
Zukunft der EU-Finanzen	
Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis	45
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	54
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	54
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014	66
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	72
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	80
Statistiken und Dokumentationen	82
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	115
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	122
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	136

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Euroraum schreitet bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise voran. Die Wirtschaftslage hat sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich aufgehellt: Im Laufe des Jahres 2013 ist die Rezession im Euroraum überwunden worden. Für 2014 geht die EU-Kommission für fast alle Mitgliedstaaten des Euroraums von positivem Wachstum aus. Auch die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich verbessert. Befanden sich 2010 noch 24 der damals 27 Mitgliedstaaten im Defizitverfahren, sind es aktuell noch elf der nun 28 Mitgliedstaaten. Das aggregierte Haushaltsdefizit des Euroraums konnte nach 6,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2009 auf 3 % des BIP im Jahr 2013 reduziert werden. Viele Mitgliedstaaten konnten ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Schlüssel hierfür war die hohe Reformdynamik im Euroraum.

Die erzielten Fortschritte haben zur Rückkehr des Vertrauens an den Finanzmärkten beigetragen. Mitgliedstaaten, die noch vor kurzem unter starker Marktbeobachtung standen, können sich wieder deutlich günstiger am Markt finanzieren. Mit Portugal konnte im ersten Halbjahr 2014 das mittlerweile dritte Land (nach Spanien und Irland) sein Anpassungsprogramm erfolgreich beenden und zur Marktfinanzierung zurückkehren.

Diese Entwicklung zeigt, dass die Strategie einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung in Verbindung mit Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit Früchte trägt. Trotzdem bestehen weiterhin große Herausforderungen. Die Schuldenstände sind in der Krise deutlich angestiegen. Auch die Arbeitslosigkeit in vielen Mitgliedstaaten, insbesondere bei jungen Menschen, ist nach wie vor besorgniserregend hoch. Investitionen im Euroraum sind im Zuge der Krise deutlich zurückgegangen,



und der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten ist in einigen Mitgliedstaaten erschwert.

Die Wachstumsentwicklung ist deshalb noch verhalten, auch vor dem Hintergrund externer Risiken. Nach der Überwindung der akuten Krise geht es daher nun um die mittelfristige Wachstumsstrategie. Deren Kern muss sein, an der Stärkung des Vertrauens durch eine solide Haushaltspolitik sowie der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenzial durch Strukturreformen festzuhalten. Ein besonderes Augenmerk muss dabei strukturellen Maßnahmen gelten, die das Investitionsklima im Euroraum verbessern und private Investitionen, die den Großteil des Investitionsvolumens ausmachen, fördern. Es gilt, auch die Mittel des EU-Haushalts und der Europäischen Investitionsbank möglichst gezielt zur Stärkung von Investitionen einzusetzen.

h. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die positive konjunkturelle Grunddynamik ist trotz Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 2. Quartal um 0,2 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) nach wie vor intakt. Für die 2. Jahreshälfte kann mit einer moderaten BIP-Zunahme gerechnet werden, sofern die geopolitischen Risiken nicht eskalieren.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin in einer guten Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau setzte im Juli saisonbereinigt seinen Aufwärtstrend fort. Die Arbeitslosenzahl stagnierte saisonbereinigt nahezu.
- Im August setzte sich der moderate Verbraucherpreisanstieg mit gleicher Inflationsrate wie im Juli fort. Vor allem rückläufige Preise für Mineralölprodukte wirkten dämpfend.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im August 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 3,7 % gestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 % zu. Dieser Zuwachs basiert auf der günstigen Entwicklung der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer, wobei bei der Körperschaftsteuer Sondereffekte eine wichtige Rolle spielen.
- Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes entwickeln sich weiterhin positiv. Bis einschließlich August sanken die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,6 %. Diese positive Entwicklung ist wie in den Vormonaten insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen. Die Einnahmen lagen um 2,4 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende August 0,89 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,16 %.

Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 12. September 2014 standen die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung im Euroraum und Reformen zur Reduzierung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen. Darüber hinaus wurde über die Situation in einigen Mitgliedstaaten gesprochen.
- Auf der Tagesordnung des informellen ECOFIN am 13. September 2014 standen die Wirtschaftsentwicklung und die Finanzpolitik sowie die Verbindung von Strukturreformen mit Investitionen und deren Finanzierung. Darüber hinaus wurde über den Sachstand verschiedener Aspekte der Bankenunion berichtet. Zudem tauschten sich die Minister über Vor- und Nachteile einer europäischen Arbeitslosenversicherung aus.

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

- Der Euroraum hat wichtige Fortschritte bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise gemacht. Die Finanzmärkte haben wieder Vertrauen in die Volkswirtschaften der Euro-Länder gefasst und der Euroraum insgesamt hat die Rezession überwunden.
- Die Fortsetzung der erfolgreichen Doppelstrategie wachstumsfreundlicher Konsolidierung in Verbindung mit Strukturreformen ist zentral, um den Euroraum dauerhaft zu stabilisieren. Diese Strategie adressiert die zentralen Herausforderungen im Euroraum, indem sie die Tragfähigkeit der Staatsschulden sicherstellt, die Wettbewerbsfähigkeit stärkt, das Investitionsklima und damit das Wachstumspotenzial verbessert und das Vertrauen dauerhaft festigt.
- Diese reformorientierte Politik schafft die Grundlage dafür, die langfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen und Europa einen Modernisierungsschub zu geben, um in der stärker werdenden internationalen Konkurrenz zu bestehen und Wohlstand und Stabilität dauerhaft zu sichern.

1	Einleitung	6
2	Aktuelle Lage im Euroraum	
2.1	Staatsanleihemärkte	7
2.2	Wirtschaftslage	8
2.3	Strukturreformen zur Stärkung der Wachstumsperspektiven	8
2.4	Konsolidierung der öffentlichen Haushalte	11
3	Notwendige Elemente einer Wachstumsstrategie	12
3.1	Fortsetzung notwendiger Strukturreformen	12
3.2	Mobilisierung von privaten Investitionen	
3.3	Abbau der Staatsschulden für tragfähige Staatsfinanzen	14
3.4	Flankierende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen	15
3.5	Stärkung der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen	17
Δ	Fazit und Aushlick	17

1 Einleitung

Der Euroraum hat im Anschluss an die Bankenkrise 2008 und die drohende Staatsinsolvenz Griechenlands eine tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt. Die sogenannte Eurokrise hatte umfassenden Reformbedarf in vielen Mitgliedstaaten des Euroraums offengelegt. Sorgen um den möglichen Verlust des Kapitalmarktzugangs größerer Mitgliedstaaten haben Zweifel geweckt, ob die europäischen Stabilisierungsinstrumente für alle Eventualfälle ausreichen würden. Heute lässt sich feststellen, dass befürchtete Negativszenarien nicht eingetreten sind. Die Finanzmärkte haben wieder Vertrauen in die Volkswirtschaften der Euro-Länder gefasst. Der Euroraum hat die Rezession überwunden. Mit Spanien, Irland und Portugal konnten drei der am stärksten von der Krise betroffenen Länder ihre Hilfsprogramme der Europäischen Rettungsschirme verlassen und weisen nun eine positive Wachstumsdynamik auf. Anstelle der Frage nach der richtigen Krisenbekämpfungsstrategie tritt nun die Frage nach der richtigen Wachstumsstrategie. Die richtige Wachstumsstrategie ist entscheidend,

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

um das Erreichte dauerhaft zu sichern und eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung in allen Mitgliedstaaten des Euroraums zu erreichen.

Der vorliegende Artikel stellt vor diesem Hintergrund die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Lage ebenso dar wie einen auf die anstehenden Herausforderungen gerichteten Blick in die Zukunft. Im Fokus stehen dabei länderübergreifende Entwicklungen im Euroraum insgesamt.¹

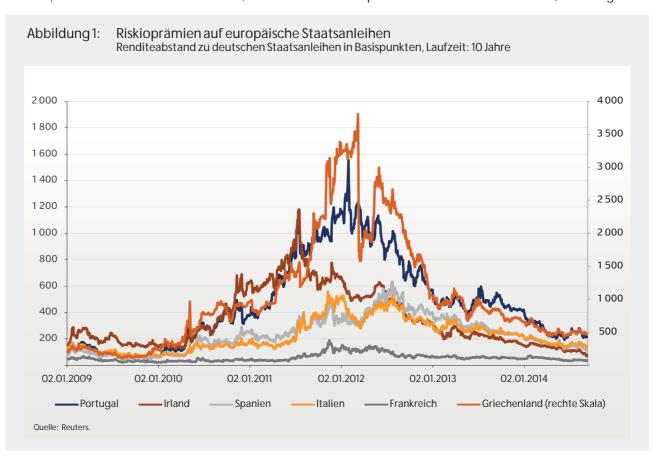
Institutionelle Aspekte, wie z. B. die Reform der Architektur der Europäischen Wirtschaftsund Währungsunion und die Schaffung einer Europäischen Bankenunion, werden in diesem Artikel nicht behandelt. Vergleiche dazu die vorherigen Monatsberichte des BMF, insbesondere Juli 2014 ("Das Europäische Semester 2014"), Juni 2014 ("Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon?"), Mai 2013 ("Neue EU-Regeln für Haushaltsdisziplin und verstärkte Überwachung im Euroraum") und Oktober 2011 ("Neue haushaltsund wirtschaftspolitische Überwachung in der Europäischen Union und dem Euroraum").

Dieser Artikel bildet den Auftakt zu einer Reihe von Artikeln über den Reformfortschritt in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums.

2 Aktuelle Lage im Euroraum

2.1 Staatsanleihemärkte

Der Einbruch des Marktvertrauens in die Solvenz einiger Mitgliedstaaten des Euroraums spiegelte sich in hohen Refinanzierungskosten für staatliche Kreditaufnahme wider. So stiegen die Renditen auf 10-jährige Staatsanleihen gegenüber den Vorjahren drastisch an und erreichten insbesondere in Portugal über 17 % (im Januar 2012), in Irland über 14 % (im Juli 2011) und in Griechenland fast 40 % (im März 2012). Seit diesen Höchstständen hat sich die Lage an den Staatsanleihemärkten deutlich entspannt. Aktuell liegen die Renditen in Irland unter 2 %, in Spanien und Italien bei rund 2 ½ %, in Portugal



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

zwischen 3 % und 3 % % sowie in Griechenland zwischen 5 % % und 6 %. Die Risikoprämien, also der Renditeabstand zu sicheren Anleihen, sind ebenfalls deutlich zurückgegangen. Der Renditeabstand italienischer Staatsanleihen zu Bundesanleihen (sogenannter Spread) liegt mittlerweile bei unter 200 Basispunkten (siehe Abbildung 1). Selbst Griechenland kann sich mittlerweile zumindest mit kleineren Beträgen wieder am Markt refinanzieren. Dies zeigt, dass Vertrauen in die Volkswirtschaften der Euro-Länder zurückgekehrt ist.

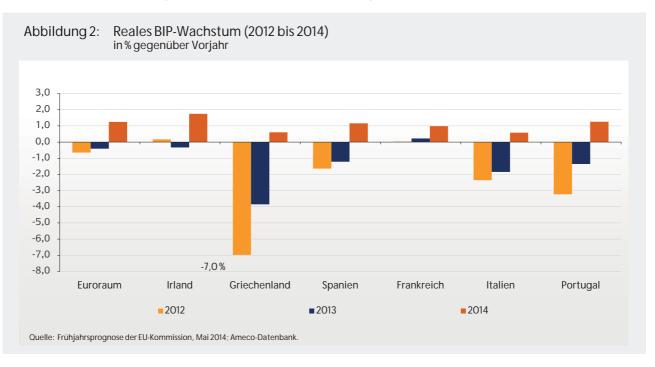
2.2 Wirtschaftslage

Die Wirtschaftslage im Euroraum hat sich im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere gegenüber 2012 und 2013, deutlich verbessert. Der Euroraum insgesamt wies in diesen beiden Jahren ein negatives Wirtschaftswachstum von - 0,7 % (2012) und - 0,4 % (2013) auf, wobei einige Mitgliedstaaten sehr tiefe Rezessionen durchlebt haben (siehe Abbildung 2). Im Laufe des Jahres 2013 wurden jedoch die Rezessionen sowohl im Euroraum insgesamt als auch in verschiedenen stark von der Krise betroffenen Ländern überwunden: Im Euroraum insgesamt und in Portugal setzte im 2. Quartal 2013 eine wirtschaftliche Erholung ein; Spanien konnte

im 3. Quartal 2013 die seit 2011 anhaltende Rezession überwinden und auch Italien wies im 4. Quartal 2013 erstmals seit 2011 wieder ein leicht positives Wachstum auf. Irland konnte bereits 2011 überdurchschnittliches Wachstum aufweisen und zeigte sich auch in den Jahren 2012 und 2013 widerstandsfähig gegenüber rezessiven Tendenzen im Euroraum. Die EU-Kommission ging in ihrer Frühjahrsprognose 2014 vor diesem Hintergrund davon aus, dass mit Ausnahme von Zypern alle Mitgliedstaaten des Euroraums im laufenden Jahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen werden. Dies umfasst auch Griechenland, für das nach einer tiefen Rezession erstmals seit 2007 für das laufende Jahr ein leicht positives Wirtschaftswachstum vorhergesagt wird.

2.3 Strukturreformen zur Stärkung der Wachstumsperspektiven

Eine nicht wettbewerbsfähige Struktur einiger Volkswirtschaften des Euroraums war ein zentraler Grund für den Ausbruch der Staatsschuldenkrise. Strukturreformen waren und sind deshalb ein zentraler Baustein der Strategie zu deren Überwindung. Die Mitgliedstaaten des Euroraums können

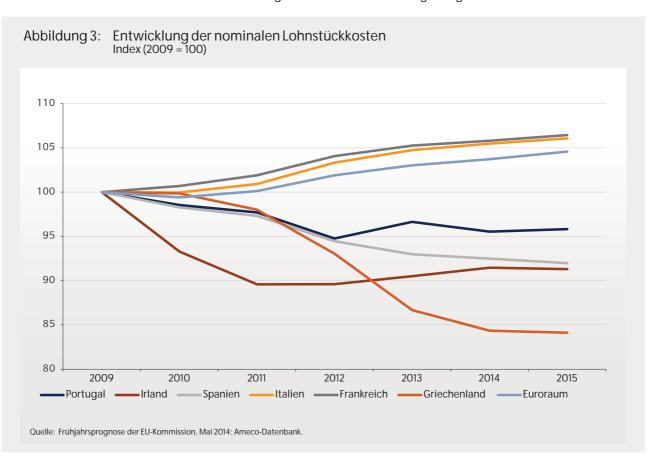


Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

in den vergangenen Jahren auf eine beachtliche Reformdynamik verweisen. So hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bereits vor zwei Jahren in ihrem Bericht "Going for Growth 2012" gezeigt, dass die Krise als Katalysator für Strukturreformen gewirkt hat. Der OECD-Bericht untersucht den Fortschritt verschiedener Länder im Bereich Strukturreformen seit Ausbruch der Krise. Er zeigt, dass sich die Umsetzung der OECD-Reformempfehlungen von 2008 bis 2011 in den Ländern am stärksten erhöht hat, die von der Krise am stärksten betroffen waren, wie Griechenland, Irland und Portugal sowie seit kürzerer Zeit auch Spanien. Damit finden die Reformen in den Ländern statt, die ihrer am meisten bedürfen.

Wichtigste "Reformbaustelle" sind dabei die Arbeitsmärkte. Arbeitsmarktreformen wurden in vielen Ländern umgesetzt. Häufig beinhalteten diese Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten, zur Erhöhung der betrieblichen Flexibilität (wie Vorrang von Firmentarifverträgen vor Flächentarifverträgen und Dezentralisierung der Lohnfindung Richtung Betriebsebene) sowie Erhöhung der Attraktivität von unbefristeten Arbeitsverträgen für Firmen durch Flexibilisierung des Kündigungsschutzes.

Die Wirkung der Arbeitsmarktreformen zeigt sich in vielen von der Krise besonders betroffenen Staaten in einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Abbildung 3 veranschaulicht die sinkenden Lohnstückkosten in diesen Ländern. Am stärksten sind die nominalen Lohnstückkosten in Griechenland zurückgegangen. Zwischen 2009 und 2014 beträgt der Rückgang voraussichtlich rund 15 %. Auch Portugal, Irland und Spanien haben eine deutliche Verringerung zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund der im Euroraum im Durchschnitt in diesem Zeitraum um rund 4 % gestiegenen Lohnstückkosten



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

haben die genannten Länder damit im Vergleich erheblich an Wettbewerbsfähigkeit zurückgewonnen.

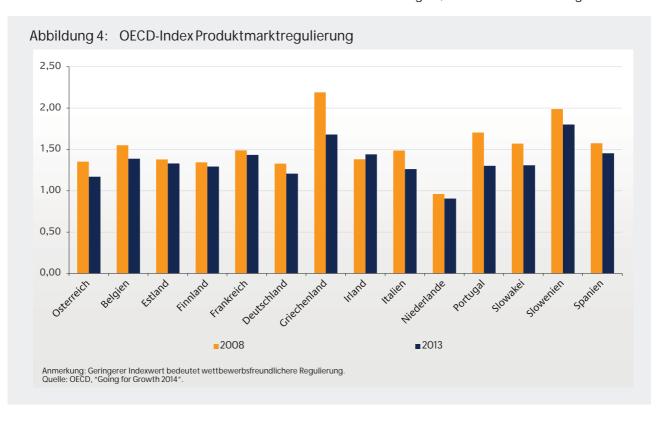
Für die Wirkung von Strukturreformen ist es wichtig, dass Arbeitsmarktreformen und Gütermarktreformen gemeinsam umgesetzt werden, da sie – als komplementäre Reformen – im Zusammenspiel bessere Effekte erzielen: Arbeitsmarktreformen erhöhen das Arbeitsangebot; gleichzeitig steigern Gütermarktreformen durch Anreize für zusätzliche Investitionen die Arbeitsnachfrage. Zusammen führen sie zu höherer Beschäftigung.

Die OECD hat in ihrem aktuellen Bericht "Going for Growth 2014" die Regulierung von Produktmärkten untersucht. Auch hier zeigen sich deutliche Fortschritte (vergleiche Abbildung 4). Dabei geht die OECD in einem Gesamtindex auf die Wettbewerbsfreundlichkeit der Regulierung ein. Es zeigt sich, dass sich die Produktmarktregulierung in fast allen untersuchten Ländern des Euroraums verbessert hat. Besonders deutliche

Verbesserungen zeigen sich in Griechenland und Portugal.

Ein anschauliches Beispiel für eine durchgeführte Produktmarktreform ist die Reform der Straßengütertransporte in Griechenland. Spediteure benötigen für Lkw-Transporte eine Lizenz. Vor der Reform war die Anzahl der Lizenzen begrenzt. Dies hat den Wettbewerb behindert und die Preise für Lkw-Transporte waren verhältnismäßig hoch. Nach der Reform kann jeder Spediteur, der gewisse Standards einhält, eine Lizenz erhalten. Durch zusätzliche Anbieter hat sich der Wettbewerb intensiviert, was die Preise für Lkw-Transporte verringert.

Die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen spiegelt sich in einem Abbau von Ungleichgewichten.
So weisen Spanien, Italien und Portugal seit 2013 wieder Leistungsbilanzüberschüsse auf. In Griechenland hat sich das Leistungsbilanzdefizit von über 11 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2011 auf nunmehr knapp unter 2 % des BIP in diesem Jahr verringert, wobei vor dem Hintergrund



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

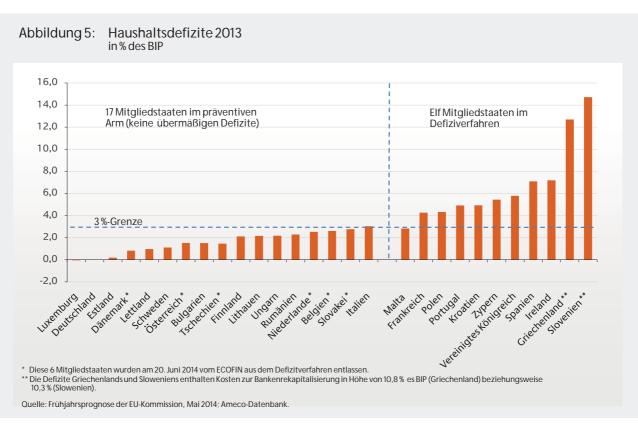
der guten Tourismussaison auch ein ausgeglichener Saldo zum Ende diesen Jahres möglich erscheint.

2.4 Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Tragfähige Staatsfinanzen sind eine weitere notwendige Bedingung für die nachhaltige Überwindung der Eurokrise. In der Haushaltspolitik haben die Mitgliedstaaten der Währungsunion seit 2009 substanzielle Fortschritte erzielt. Die Defizite wurden im Aggregat des Euroraums von 6,3 % des BIP im Jahr 2009 auf 3,0 % des BIP im Jahr 2013 zurückgeführt. Dies ist vor allem auf strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen, wie der Rückgang des um konjunkturelle Einflüsse bereinigten strukturellen Defizits zeigt. Dieses ist im gleichen Zeitraum von 4,5 % des BIP im Jahr 2009 auf 1,3 % des BIP im

Jahr 2013 gesunken. Die Konsolidierung hat länderübergreifend stattgefunden und dazu geführt, dass eine Vielzahl von Mitgliedstaaten ihre übermäßigen Defizite gemäß den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts abgebaut haben. So liefen zum Jahresende 2010 gegen 24 von 27 EU-Mitgliedstaaten Defizitverfahren aufgrund der Überschreitung der 3-%-Defizitgrenze – nur drei Mitgliedstaaten (Estland, Schweden und Luxemburg) befanden sich nicht im Defizitverfahren. Seitdem konnten 14 Mitgliedstaaten aus dem Verfahren entlassen werden. Zuletzt wurden im Juni 2014 die Defizitverfahren gegen sechs Mitgliedstaaten beendet, sodass sich aktuell noch elf EU-Mitgliedstaaten im Defizitverfahren befinden (vergleiche Abbildung 5).2 Dabei wird

² Zwischenzeitlich ist Kroatien der EU beigetreten; ein Defizitverfahren wurde im Januar 2014 eröffnet.



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

Griechenland in diesem Jahr voraussichtlich erstmals seit Beitritt zur Währungsunion die 3-%-Defizitgrenze unterschreiten können. Die übrigen 17 Mitgliedstaaten werden im sogenannten präventiven Arm des Stabilitätsund Wachstumspakts überwacht.

3 Notwendige Elemente einer Wachstumsstrategie

Nach Überwindung der akuten Krise verbleibt aktuell die wesentliche Herausforderung, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsperspektiven des Währungsraums und seiner Mitgliedstaaten nachhaltig zu stärken. Der Aufschwung, der im Laufe des Jahres 2013 eingesetzt hat, ist noch fragil und heterogen. Dies haben zuletzt die Wirtschaftsdaten zum 2. Quartal 2014 gezeigt. Nach vier aufeinanderfolgenden Quartalen mit positivem Wirtschaftswachstum stagnierte die Wirtschaftsleistung des Euroraums im 2. Quartal 2014.

Beachtenswert sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Spanien übertraf im 2. Quartal 2014 mit einem guartalsweisen Wirtschaftswachstum von 0,6 % die Erwartungen und festigte damit den positiven Trend eines sich verstärkenden wirtschaftlichen Aufschwungs, der auch den spürbaren Reformfortschritt widerspiegelt. Gleichzeitig zeigt das in Frankreich (± 0,0 %) und Italien (-0,2%) schwächer als erwartet verlaufene BIP-Wachstum im 2. Quartal, dass weitere Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Steigerung der Produktivität erforderlich sind, um das Vertrauen zu stärken und die Bedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu schaffen.

Kern der europäischen Wachstumsstrategie müssen damit die weitere Stärkung des Vertrauens durch solide Haushaltspolitik und Strukturreformen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie zur Steigerung des Wachstumspotenzials sein. Eine Schlüsselfunktion kommt
hierbei der Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten zu. Die Reformpolitik
entfaltet ihre volle Wirkung mittelfristig.
Als Begleitmaßnahmen in diesem
Anpassungsprozess ist eine flankierende
Politik notwendig, um Friktionen im
Anpassungsprozess zu kompensieren. Diese
flankierende Politik betrifft insbesondere
Maßnahmen zur Erleichterung des
Kreditzugangs kleiner und mittlerer
Unternehmen und Maßnahmen, um die
Jugendarbeitslosigkeit zu senken.

3.1 Fortsetzung notwendiger Strukturreformen

Die Fortsetzung von Strukturreformen ist das wichtigste Element einer Wachstumsstrategie, die zu einer nachhaltigen Überwindung der Eurokrise führen soll. Die am stärksten von der Krise betroffenen Länder haben im Rahmen ihrer Anpassungsprogramme hier bereits viel erreicht. Aber auch andere Mitgliedstaaten mit schwacher Wachstumsdynamik und hoher Unterbeschäftigung sind hier gefordert. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat das Thema auf der Jahrestagung der Notenbankgouverneure aufgegriffen: Laut Draghi dürfen insbesondere nationale Strukturreformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht länger hinausgezögert werden. Draghi stellt zwei zentrale Aspekte heraus: Erstens sollten die Rahmenbedingungen für einen schnelleren Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt weiter verbessert werden (kürzere Dauer der Arbeitslosigkeit). Zweitens müsse die Qualifikation der Erwerbstätigen weiter erhöht werden, da Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation überproportional von der aktuellen Krise betroffen sind.

Die länderspezifischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten der EU enthalten umfangreiche Vorschläge für Reformen von Arbeitsmarktinstitutionen. Aufgrund der von Land zu Land unterschiedlichen Problemlagen

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

und Institutionen sind die Reformvorschläge unterschiedlich. Eine Auswertung der Vorschläge der EU-Kommission für die länderspezifischen Empfehlungen 2014 zeigt Folgendes:

- Reformen der Lohnsetzung (z. B. tarifvertraglich oder gesetzlich, Mindestlohn, etc.) werden rund der Hälfte der Länder empfohlen (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Kroatien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Spanien, Slowenien).
- Eine geringere Besteuerung von Arbeit wird ebenfalls ungefähr der Hälfte der Mitgliedstaaten empfohlen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kroatien, Lettland, Österreich, Rumänien, Spanien, Tschechien).
- Einige Länder haben Empfehlungen zur Flexibilisierung des Kündigungsschutzes erhalten (Frankreich, Italien, Kroatien, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien).
- Fast alle Länder sollen ihre Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik verbessern, wie öffentliche Arbeitsverwaltung, Fortbildungen für Arbeitslose etc. (alle außer Niederlande und Österreich).
- Viele Länder haben Empfehlungen zur Reform der Arbeitslosenunterstützung erhalten (Bulgarien, Estland, Frankreich, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien und Vereinigtes Königreich).
- Reformen zur Begrenzung der Frühverrentungen und Reformen des Rentensystems zur Verhinderung vorzeitigen
 Ausscheidens aus dem Arbeitsleben
 haben viele Länder erhalten (Belgien,
 Bulgarien, Finnland, Frankreich, Kroatien,
 Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande,
 Österreich, Polen, Portugal, Rumänien und
 Tschechien).

- Reformen des Bildungssystems, die auch den Übergang vom Bildungssystem ins Erwerbsleben verbessern sollen, wurden allen Ländern außer Finnland empfohlen.
- Reformen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung (insbesondere von Frauen) wie beispielsweise bessere Kinderbetreuung haben die meisten Länder erhalten (alle außer Lettland, Portugal, Ungarn).

3.2 Mobilisierung von privaten Investitionen

Investitionen spielen eine wichtige Rolle für die Wachstumsperspektiven, das sogenannte Wachstumspotenzial. Im Euroraum insgesamt ist das Investitionsniveau in den letzten Jahren zurückgegangen. Der Präsident der EU-Kommission hat bereits angekündigt, dem Thema Investitionen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bundesminister der Finanzen steht hierzu im engen Austausch mit den europäischen Partnern.

Schwerpunkt für die Förderung von Investitionen muss bei den privaten Investitionen liegen, die mit 16 % des BIP (2013) den weitaus größten Teil des Investitionsvolumens ausmachen. Die privaten Investitionen haben unter der krisenbedingten Unsicherheit der vergangenen Jahre gelitten. In einigen Mitgliedstaaten kommen zudem notwendige strukturelle Anpassungen hinzu. Ein Beispiel ist Spanien, wo sich insbesondere im Bausektor vor der Krise eine Investitionsblase gebildet hatte. Es ist daher wichtig, dass durch die notwendigen Reformen und ein glaubwürdiges Einhalten der europäischen Regeln ein stabiler Rahmen und ein besseres Klima für Investitionen im Euroraum geschaffen werden. Im Bereich der Verkehrsund Energieinfrastruktur oder auch beim Ausbau schneller Kommunikationsnetze besteht erheblicher Investitionsbedarf, während auch vor dem Hintergrund niedriger Zinsen enorme Kapitalströme nach Anlagemöglichkeiten suchen. Es bleibt deshalb ständige Aufgabe, die Rahmenbedingungen daraufhin zu überprüfen, wie private

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

Investitionen in diesen Bereichen gestärkt werden können.

Ergänzend bieten auch der EU-Haushalt sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) Möglichkeiten zur Unterstützung der privaten Investitionstätigkeit. Die öffentlichen Haushalte müssen sicherstellen, dass durch richtige Schwerpunktsetzung adäquate Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dabei sind vor dem Hintergrund der hohen Schuldenstände im Rahmen der europäischen Strategie der wachstumsfreundlichen Konsolidierung die europäischen Haushaltsregelneinzuhalten.

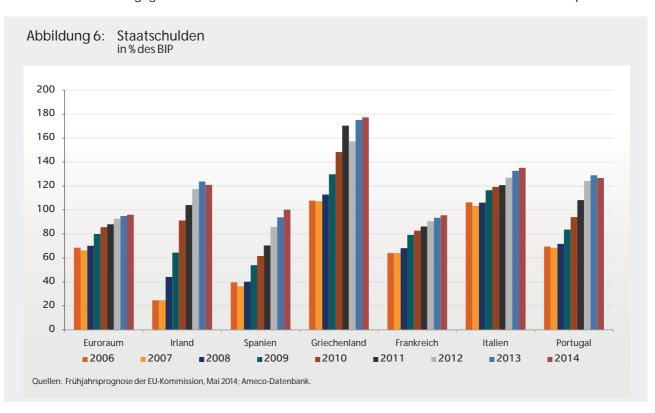
3.3 Abbau der Staatsschulden für tragfähige Staatsfinanzen

Ein weiteres notwendiges Element der Wachstumsstrategie ist die Fortsetzung des strukturellen Konsolidierungskurses. Dies bedeutet: Mitgliedstaaten im präventiven Arm des Stabilitätspakts reduzieren ihr strukturelles Defizit jährlich um rund 0,5 % des BIP, bis sie einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt

erreicht haben. Mitgliedstaaten im korrektiven Arm des Pakts setzen die strukturelle Konsolidierung um, die ihnen der ECOFIN-Rat empfohlen hat, um ihre übermäßigen Defizite abzubauen.

Die seit 2009 durchgeführte Konsolidierung der Staatshaushalte hat den Anstieg der Schuldenquoten gebremst und in einigen Mitgliedstaaten beginnen die Schuldenstände 2014 voraussichtlich zu sinken; allerdings steigt die Schuldenquote im Euroraum im laufenden Jahr noch leicht an (vergleiche Abbildung 6).

Für tragfähige öffentliche Finanzen ist es zentral, die Schuldenquoten auf einen sinkenden Pfad zu bringen. Das aktuelle Marktumfeld mit sehr günstigen Refinanzierungskonditionen wirkt sich dabei entlastend auf die Staatshaushalte aus, sollte aber nicht über die Notwendigkeit weiterer struktureller Konsolidierungsmaßnahmen auch bei den Primärausgaben hinwegtäuschen. Der konjunkturellen Situation wird dabei im Stabilitäts- und Wachstumspakt



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

durch die Fokussierung auf strukturelle Haushaltsdefizite Rechnung getragen. Abbildung 7 zeigt, dass der Schuldenstand im Euroraum bei der Fortführung der strukturellen Konsolidierung gemäß den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf einen sinkenden Pfad gebracht werden kann und bis 2019 von aktuell rund 95 % des BIP auf rund 85 % des BIP fallen könnte. Diese Trendumkehr wäre ein sehr wichtiges Signal zur Sicherstellung der Tragfähigkeit der Staatsschulden.

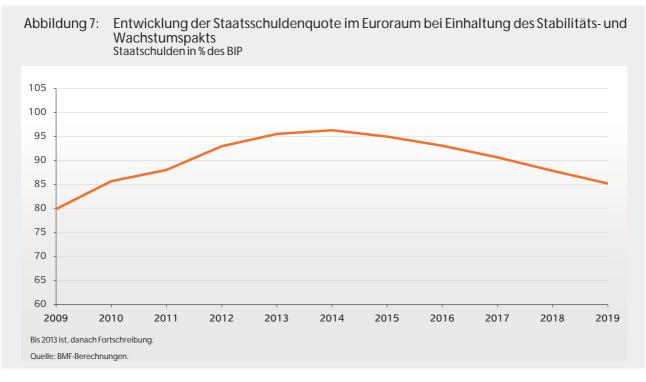
Bei der Rückführung der Staatsschulden sollten auch Qualitätsaspekte bedacht werden: Hierdurch wird eine wachstumsfreundliche Konsolidierungsstrategie erreicht. Die Finanzminister des Euroraums haben bei ihrem Treffen in Mailand zum Beispiel darauf hingewiesen, dass eine Umgestaltung der Steuersysteme sinnvoll sein könne, wenn die Steuersysteme einen "Keil" zwischen die Arbeitskosten und Einkommen trieben. Dieser "Steuerkeil" kann dazu führen, dass zu wenig Arbeit nachgefragt oder zu wenig Arbeit angeboten wird. Daher kann im Rahmen einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung z. B. die Belastung des Faktors Arbeit durch Abgaben

verringert werden, wenn gleichzeitig die Bemessungsgrundlage für Steuern und Abgaben erweitert würde. Dies gilt insbesondere für Länder mit Beschäftigungsproblemen.

Auf der Ausgabenseite ist es wichtig, auch angesichts von Konsolidierungserfordernissen an Zukunftsinvestitionen festzuhalten.
Ausgaben, die zukünftiges Wachstum begünstigen, sollten priorisiert werden. Dies betrifft beispielweise sowohl Investitionen in die öffentliche Infrastruktur als auch Ausgaben für Bildung. Kürzungen sollten in weniger wachstumsfreundlichen Bereichen erfolgen.

3.4 Flankierende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen

Die Arbeitslosenquote ist im Euroraum von rund 7,3 % im Januar 2008 auf 12,0 % im Juni 2013 angestiegen und seitdem zurückgegangen, allerdings nur in begrenztem Umfang (auf 11,5 % im Juli 2014). In einzelnen Mitgliedstaaten ist die Arbeitslosigkeit dabei deutlich stärker angestiegen – sie liegt derzeit in Griechenland (27 %) und Spanien (24,5 %) auf sehr hohen Niveaus. Erfreulich ist, dass auch



Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

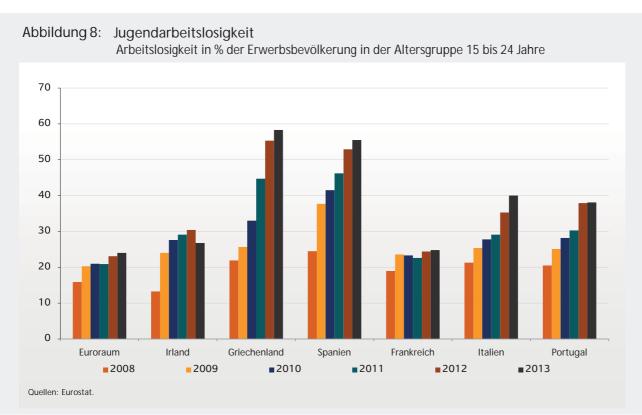
in diesen beiden Ländern die Arbeitslosigkeit seit ihren Höchstwerten im Mai 2013 (Spanien) beziehungsweise Oktober 2013 (Griechenland) leicht rückläufig ist. Dennoch birgt die hohe Arbeitslosigkeit Gefahr für eine dauerhafte Beeinträchtigung der Wachstumsperspektiven.

Dabei ist die Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in den von der Krise stark betroffenen Mitgliedstaaten deutlich angestiegen (vergleiche Abbildung 8). Im Euroraum insgesamt lag sie nach 15,1% im Januar 2008 bei 23,2%

³ Bei der Interpretation der Jugendarbeitslosenquote ist zu beachten, dass diese den Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen darstellt. Ein Großteil der Jugendlichen (z. B. Schüler, Studenten) ist allerdings nicht Teil der Erwerbsbevölkerung. Betrachtet man den Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an allen Jugendlichen, ergeben sich deutlich geringere Quoten. Insofern wäre es nicht korrekt, aus Jugendarbeitslosenquoten von 50 % zu schlussfolgern, dass jeder zweite Jugendliche beschäftigungslos sei.

im Juli 2014. Auch hier ist ein begrenzter Rückgang – von Höchstwerten von 24,2% im Februar 2014 – festzustellen. Zudem bestehen ausgeprägte Länderunterschiede. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt aktuell in Griechenland und Spanien bei über 50%, in Italien bei 43% und in Portugal bei 35%. Dabei muss beachtet werden, dass diese vier Länder bereits Anfang 2008 Jugendarbeitslosigkeitsraten von rund 20% aufwiesen.

Die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in den stark von der Krise betroffenen Ländern ist sowohl strukturellen Faktoren geschuldet als auch auf die teils tiefen Wirtschaftskrisen – und die Interaktion zwischen beiden Aspekten – zurückzuführen. Zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit sind insofern Strukturreformen, z. B. Reformen der Arbeitsmärkte und der Bildungssysteme, ein zentrales Element. Aus der Förderperiode 2007 bis 2013 können noch bis Ende 2015 Strukturfonds in Höhe von 16 Mrd. € für die Jugendbeschäftigung ausgegeben werden. Für



16

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

den Zeitraum 2014 bis 2020 hat der Europäische Rat 6 Mrd. € aus dem EU-Haushalt für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen bereitgestellt. Diese Initiative umfasst drei Bereiche: die Jugendgarantie, die Europäische Allianz für die Ausbildung und Mobilität. Zusätzlich hat die Europäische Investitionsbank bereits 2013 begonnen, zinsbegünstigte Kredite im Rahmen des Programms "Investing for Youth" bereitzustellen. Das ursprünglich für 2013 vorgesehene Volumen von 6 Mrd. € wurde mit 9,1 Mrd. € weit übertroffen. 2014 wurde eine Fortsetzung des Programms mit weiteren 6 Mrd. € bewilligt.

3.5 Stärkung der Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen

Ein Ausdruck des Anpassungsprozesses, den der Euroraum derzeit durchläuft, ist auch die Verbesserung der Bankbilanzen. Dieser Prozess des "Deleveraging" geht allerdings teilweise mit einer Verknappung des Kreditangebots insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) einher. KMU stellen in vielen Mitgliedstaaten einen zentralen Bestandteil der Wirtschaft dar. Zur Finanzierung von Investitionen sind sie allerdings in stärkerem Ausmaß als größere Unternehmen auf Kredite aus dem Bankensektor angewiesen. Die von KMU zu entrichtenden Zinssätze sind vor allem in den stark von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten weiterhin deutlich höher als in anderen Mitgliedstaaten. Zudem berichten KMU in diesen Ländern über Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. Um sicherzustellen, dass KMU mit soliden Geschäftsmodellen für rentable Investitionsprojekte ausreichend Finanzierung erhalten, sind eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. So hat die EIB im Zuge der Krise ihre Mittelvergabe für KMU deutlich aufgestockt. Zusammen mit privaten Finanzierungspartnern konnte die EIB-Gruppe im Jahr 2013 mehr als 50 Mrd. € für KMU mobilisieren. 7udem hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau. (KfW) eine Reihe von bilateralen Initiativen zur Verbesserung der KMU-Finanzierung in zahlreichen Mitgliedstaaten (Griechenland,

Spanien, Irland, Portugal und Zypern) auf den Weg gebracht. Dazu zählen technische Hilfe beim Aufbau von Förderinstitutionen und die Vergabe von zinsgünstigen Globaldarlehen zur Weiterleitung an den Mittelstand.

4 Fazit und Ausblick

Der Euroraum ist auf gutem Kurs, die Krise nachhaltig zu überwinden. Durch eine konsequente Reformpolitik wurde Vertrauen zurückgewonnen. Dies zeigt sich an den Finanzmärkten, die die erreichten finanzpolitischen und strukturellen Fortschritte mit sinkenden Zinsen für Staatsanleihen belohnen. Vertrauen hat sich auch auf Seiten von Investoren und Konsumenten stabilisiert. Der Euroraum insgesamt und die Mehrzahl der stark von der Krise betroffenen Länder haben die Rezessionen überwunden.

Dies bedeutet nicht, dass alle Probleme gelöst sind. Es kommt jetzt vor allem auf die richtige Strategie zur Wachstumsstärkung an. Wesentliche Elemente einer solchen Strategie sollten sein:

- Fortsetzung von Strukturreformen
- Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten
- Fortsetzung der strukturellen Haushaltskonsolidierung, bis nahezu ausgeglichene Staatshaushalte erreicht sind
- Flankierende Maßnahmen im Zusammenhang mit Friktionen im Anpassungsprozess, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung des Kreditzugangs für KMU.

Wenn der Euroraum sich vom bisherigen Reformkurs abwendet, geht er einen Schritt zurück, setzt die bereits erreichten Erfolge

Aktuelle Lage im Euroraum (1): Zum Stand des Reformprozesses im Euroraum insgesamt

aufs Spiel und läuft Gefahr, dass die in vielen Ländern unternommenen Anstrengungen umsonst waren. Der Euroraum und seine Mitgliedstaaten sollten vielmehr auf den bereits erreichten Erfolgen aufbauen, die eingeleiteten Reformen zu Ende führen, den Kurs der Haushaltskonsolidierung nicht verlassen und durch eine kontinuierliche Reformpolitik ungenutzte Wachstumspotenziale erschließen.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Bestand, Entwicklung und ökonomische Bedeutung

- Die starke Einbindung in die Weltwirtschaft zeigt sich nicht nur an dem hohem Öffnungsgrad der deutschen Wirtschaft im Außenhandel, sie kommt auch in der Entwicklung der deutschen Direktinvestitionen im Ausland zum Ausdruck, in der sich die starke Position der Unternehmen bei der Nutzung internationaler Wertschöpfungsketten widerspiegelt.
- Der weltweite Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland betrug 2012 etwa 1 200 Mrd. €. Ein Drittel davon war in den Ländern des Euroraums investiert. Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland hat sich von 1999 bis 2012 nahezu verdreifacht.
- Die Nettoerträge aus deutschen Direktinvestitionen im Ausland trugen zuletzt mit rund 18 % zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss bei. Der Vorwurf, dass die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse schlecht investiert werden, kann nicht aufrechterhalten werden.
- Die durch deutsche Direktinvestitionen gehaltenen Unternehmen hatten einen Jahresumsatz von etwa 2 400 Mrd. € und rund 6,5 Millionen Beschäftigte. Damit leistet Deutschland einen erheblichen Beitrag für Wachstum und Beschäftigung in anderen Ländern.
- Hohe deutsche Direktinvestitionen im Ausland und inländische Investitionen stehen in einem positiven Zusammenhang.

1	Deskriptive Analyse	19
2	Profitabilität von deutschen Direktinvestitionen im Ausland	
3	Ökonomische Bedeutung deutscher Direktinvestitionen im Ausland	22
Δ	Implikationen für die deutsche Leistungshilanz	24

1 Deskriptive Analyse

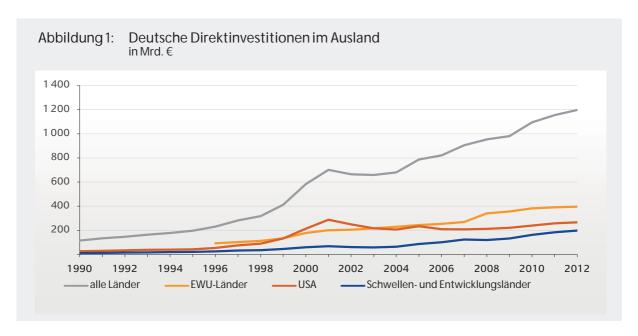
Deutsche Unternehmen und Privatpersonen hielten Ende 2012 einen Bestand von Direktinvestitionen im Ausland in Höhe von etwa 1 200 Mrd. €.¹ Als Direktinvestitionen werden Finanzbeziehungen zu ausländischen Unternehmen definiert, an denen der Investor 10 % oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar hält (vor 1999 war die Grenze auf 20 % festgesetzt). Neben Beteiligungskapital werden auch Kredite an die verbundenen

Unternehmen sowie jeglicher Grundbesitz als Direktinvestitionen gewertet.

Der Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland hat sich im Zeitablauf kontinuierlich erhöht. Von 1999 bis 2012 hat sich der Bestand nahezu verdreifacht, wobei der Anstieg nur nach dem Platzen der Spekulationsblase in der digitalen Wirtschaft im Jahr 2000 unterbrochen war (vergleiche Abbildung 1). Auch während der Finanzmarkt- und der europäischen Schuldenkrise investierten die Unternehmen zunehmend weiter im Ausland. Dem stehen ausländische Direktinvestitionen in Deutschland in Höhe von etwa 600 Mrd. € gegenüber, also nur die Hälfte der deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Auch die Entwicklung ausländischer Direktinvestitionen

¹ Vergleiche Deutsche Bundesbank, Bestandserhebung über Direktinvestitionen, Statistische Sonderveröffentlichung, 10. April 2014.

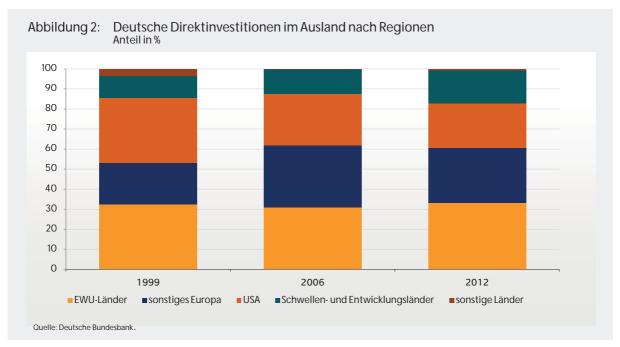
Deutsche Direktinvestitionen im Ausland



in Deutschland war weniger dynamisch (Anstieg auf das 2,5-Fache seit 1999) als deutsche Direktinvestitionen im Ausland.

Regionale Gliederung

Von den deutschen Direktinvestitionen entfielen 2012 rund 33 % auf die Länder der Europäischen Währungsunion (EWU), weitere 28 % der Investitionen wurden in sonstigen europäischen Ländern getätigt. Der Anteil der USA am deutschen Direktinvestitionsbestand beträgt rund 20 %, derjenige der Schwellenund Entwicklungsländer etwa 17 %
(vergleiche Abbildung 2). Dabei stiegen die Direktinvestitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern von 1999 bis 2012 besonders dynamisch an – der Bestand erhöhte sich auf mehr als das Vierfache. Direktinvestitionen in EWU-Ländern verdreifachten sich in diesem Zeitraum. Der Bestand an Direktinvestitionen in den USA erhöhte sich dagegen nur um das Zweifache,



Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

wodurch der Anteil von 33 % im Jahr 1999 auf 20 % im Jahr 2012 sank

Sektorale Gliederung

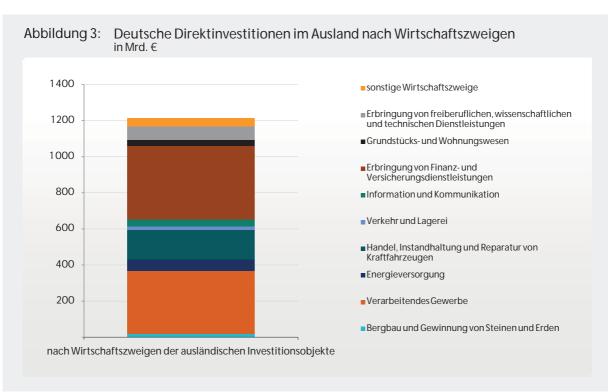
Rund ein Drittel der deutschen Direktinvestitionen werden im Wirtschaftszweig "Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen" getätigt, hier insbesondere im Bereich "Fonds und Kapitalanlagegesellschaften" (vergleiche Abbildung 3). Die Zugehörigkeit des großen Fondsanbieters Pimco zum Allianz-Konzern dürfte hierfür u. a. relevant sein (starker Anstieg des Bestands dieses Unterwirtschaftszweigs im Jahr 2000, als die Allianz Pimco erwarb). Der zweitwichtigste Wirtschaftszweig ist das Verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von rund 30 %. Dabei sind die Unterwirtschaftszweige "Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen", "Herstellung von chemischen Erzeugnissen", "Maschinenbau", "Herstellung von elektrischen Ausrüstungen" und "Herstellung von Pharmazeutischen Erzeugnissen" nach Anlagebestand die fünf wichtigsten. Hierin dürfte sich die relativ starke Position der

deutschen Wirtschaft bei der Nutzung internationaler Wertschöpfungsketten widerspiegeln.

2 Profitabilität von deutschen Direktinvestitionen im Ausland

Aus den Kapitalerträgen für Direktinvestitionen, die in der Leistungsbilanz im Posten Erwerbs- und Vermögenseinkommen aufgeführt sind, kann eine implizite Rendite der aggregierten Direktinvestitionen approximiert werden. Seit 2004 lag die Rendite bei nahe oder über 6 % p. a., mit Ausnahme des Höhepunkts der Finanzkrise im Jahr 2008 (vergleiche Abbildung 4).² In einer aktuellen Analyse errechnete die Deutsche Bundesbank für den Zeitraum 2005 bis 2013 gar eine

² Berechnung auf Euro-Basis. Wechselkurseffekte werden dadurch nicht berücksichtigt.



Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

durchschnittliche Rendite von 7,2 % p. a.³
Der Unterschied in den Werten dürfte daran liegen, dass die Bundesbank für ihre Berechnungen eine detailliertere Datenbasis verwendet und um Wechselkurseffekte korrigiert. Nach der Berechnung der Deutschen Bundesbank erzielten ausländische Unternehmen mit ihren Direktinvestitionen in Deutschland nur eine jährliche Gesamtrendite von 4,9 %.

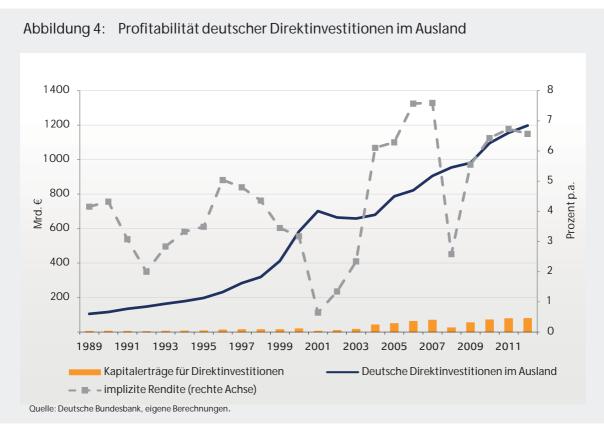
Es wird mitunter das Argument angebracht, dass die seit 1999 entstandene Lücke zwischen kumulierten deutschen Nettokapitalexporten und in dieser Zeit kumuliertem Anstieg des Nettoauslandsvermögens als Verlust durch Abschreibungen und "schlechte" Anlagepolitik der deutschen Investitionen im Ausland (auch Direktinvestitionen) zu bewerten sei. Eine aktuelle Analyse der Deutschen Bundesbank zeigt aber, dass diese Lücke von rund 640 Mrd. € nur zu 12 %

(rund 75 Mrd. €) Bewertungsverluste sind. ⁴
Der übrige Teil ist auf Bewertungsgewinne
bei Auslandsverbindlichkeiten (u. a. durch
die Safe-Haven-Eigenschaft deutscher Staatspapiere) sowie statistische Effekte, wie z. B.
unterschiedliche Primärstatistiken für
Zahlungsbilanz und Auslandsvermögensstatistik, zurückzuführen. Somit kann der
Vorwurf, dass die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse schlecht investiert werden, nicht
aufrechterhalten werden.

3 Ökonomische Bedeutung deutscher Direktinvestitionen im Ausland

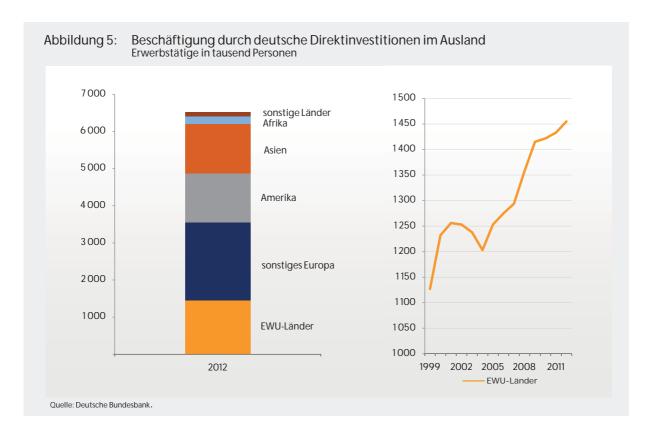
Die im Jahr 2012 durch deutsche Direktinvestitionen gehaltenen Unternehmen hatten einen Jahresumsatz von etwa 2 400 Mrd. € und rund 6,5 Millionen Beschäftigte. Mehr

⁴ Vergleiche Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2014, S. 52 ff.



³ Vergleiche Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Mai 2014, S. 52 ff.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland



als die Hälfte der Beschäftigung war in Europa angesiedelt, etwa 22 % in den EWU-Ländern (vergleiche Abbildung 5). Zudem entfielen etwa 20 % der Beschäftigung auf Amerika, die Hälfte davon allein auf die USA. Im Trend ist die Anzahl der durch deutsche Direktinvestitionen in Ausland beschäftigten Personen stetig gestiegen, bedingt auch durch eine dynamische Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im Ausland. Nur während der Finanzmarktkrise wurde die Zunahme der Beschäftigtenzahl unterbrochen. Allerdings zeigt sich, dass die Beschäftigtenzahl der deutschen Direktinvestitionen in EWU-Ländern selbst während der Finanzmarkt- und der Schuldenkrise angestiegen ist.

Die vergleichsweise geringe Gesamtrendite von ausländischen Direktinvestitionen gegenüber deutschen Direktinvestitionen im Ausland, wie von der Deutschen Bundesbank errechnet, kann aber nicht dahingehend interpretiert werden, dass dies eine Ursache für die moderate Investitionstätigkeit der Jahre 2012 und 2013 in Deutschland sei. Dies würde voraussetzen, dass deutsche Direktinvestitionen im Ausland und

Investitionstätigkeit in Deutschland in einer negativen Substitutionsbeziehung stehen. Eine Analyse der Deutschen Bundesbank widerlegt diese Hypothese und zeigt dagegen einen komplementären positiven Zusammenhang, d. h. deutsche Direktinvestitionen im Ausland gehen tendenziell mit höheren Investitionen im Inland einher.5 Auch die Motive der Unternehmen für Direktinvestitionen im Ausland, die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) jährlich erfragt werden, widersprechen der These, dass deutsche Direktinvestitionen im Ausland mit einem ungünstigen Investitionsumfeld in Deutschland im Zusammenhang stehen. So gaben in der letzten Umfrage 2014 nur etwa 20 % der Unternehmen Kostenersparnisse als Motivation für Direktinvestitionen an. Für einen erheblich größeren Teil der Unternehmen geben Vorteile im Hinblick auf Markterschließung sowie Vertrieb und Kundendienst den Ausschlag. Auch hat das

⁵ Vergleiche Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 2014, S. 49 ff.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Motiv Kostenersparnis gegenüber den frühen 2000er Jahren signifikant an Einfluss verloren (vergleiche Abbildung 6). Der hohe Anteil um das Jahr 2003 herum dürfte u. a. mit dem EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder und deren Integration in die internationalen Wertschöpfungsketten im Zusammenhang stehen. Hierbei ist zu beachten, dass Direktinvestitionen aber nicht allein die starke Verflechtung der deutschen Unternehmen in internationalen Wertschöpfungsketten widerspiegeln.

4 Implikationen für die deutsche Leistungsbilanz

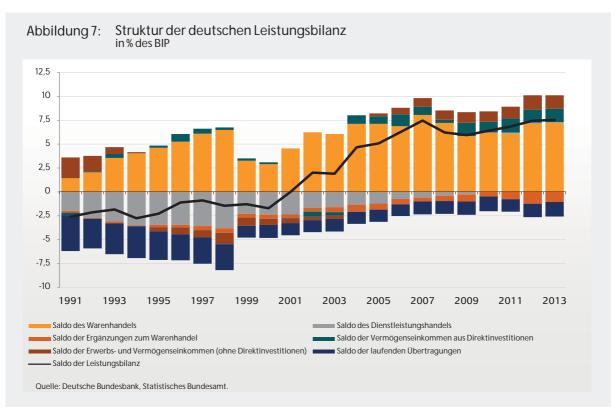
Aus dem hohen Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland gegenüber ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland sowie der unterschiedlichen Dynamik ergeben sich folgende Implikationen:

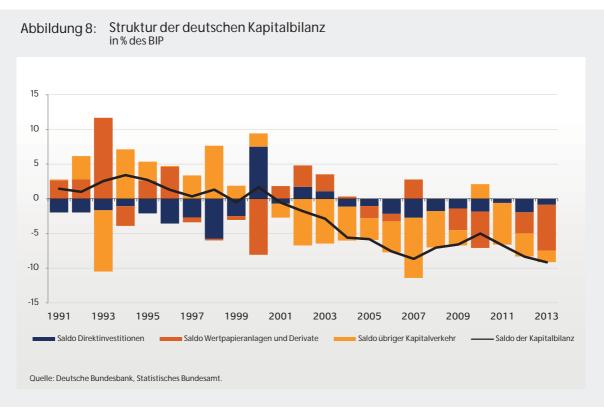
Der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen hat in den letzten Jahren u. a. zum Anstieg des deutschen Leistungsbilanzüberschusses beigetragen. Etwa die Hälfte des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen ist auf die Unterposition Direktinvestitionen zurückzuführen. Die Erträge

- für deutsche Direktinvestitionen im Ausland sind mit über 76 Mrd. € etwa doppelt so hoch wie die ins Ausland abfließenden Erträge für ausländische Direktinvestitionen in Deutschland. Dadurch ergibt sich ein Forderungsaufbau gegenüber dem Ausland, der rund 18 % zum deutschen Leistungsbilanzüberschuss beiträgt (vergleiche Abbildung 7).
- In der zur Leistungsbilanz in etwa spiegelbildlichen Kapitalbilanz zeigt sich die unterschiedliche Investitionsdynamik (vergleiche Abbildung 8). So ist der Saldo der Direktinvestitionen seit 1991 nur mit wenigen Ausnahmen negativ, d. h. deutsche Unternehmen haben jeweils mehr im Ausland investiert als ausländische Unternehmen in Deutschland. Der hohe positive Saldo im Jahr 2000 dürfte u. a. auf die Übernahme von Mannesmann D2 durch Vodafone zurückzuführen sein.
- Aufgrund der unterschiedlichen Investitionsdynamik nimmt der "Nettobestand" an deutschen Direktinvestitionen im Ausland weiter zu. Dies wiederum wirkt – aufgrund der dann tendenziell steigenden Netto-Vermögenseinkommen aus Direktinvestitionen – erhöhend auf den deutschen Leistungsbilanzüberschuss.



Deutsche Direktinvestitionen im Ausland





Schul denregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

Endgültige Abrechnung des Haushaltsjahres 2013 auf dem Kontrollkonto

- Die für die Schuldenbremse relevante strukturelle Nettokreditaufnahme (NKA) des Bundes lag im Jahr 2013 bei 0,14 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Seit 2012, und damit vier Jahre früher als grundgesetzlich vorgeschrieben, konnte die dauerhaft geltende Obergrenze einer strukturellen NKA von 0,35 % des BIP im Haushaltsvollzug eingehalten werden.
- Mit der erneut deutlichen Unterschreitung der zulässigen Neuverschuldung weist das Kontrollkonto mit der positiven Buchung von 29,6 Mrd. € für 2013 nun einen kumulierten Positivsaldo von 85,7 Mrd. € auf. Damit die im Übergangszeitraum angehäuften Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nicht zu einer Verzerrung der Funktion des Kontrollkontos führen, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz vom 15. Juli 2013 festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 gelöscht wird.
- Der Bund wird ab dem Jahr 2015 gar keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Damit wird auch in den nächsten Jahren die Schuldenbremse weiterhin mit angemessenem Sicherheitsabstand eingehalten werden.

1	Einleitung	26
2	Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013	
3	Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2013	28
1	Aushlick	20

1 Einleitung

Der Bundeshaushalt 2013 war der dritte Haushalt, der nach den Vorgaben der seit 2009 im Artikel 115 Grundgesetz (GG) verankerten Schuldenbremse aufgestellt und jetzt – zum 1. September 2014 – endgültig im sogenannten Kontrollkonto abgerechnet wird.

Anders als ihre Vorgängerregelung im alten Artikel 115 GG beschränkt sich die Schuldenbremse nicht nur auf die Haushaltsaufstellung. Vielmehr wird auch das Ist der NKA mit der maximal zulässigen NKA eines Haushaltsjahres verglichen. Abweichungen werden auf einem Kontrollkonto gebucht. Unterschreitet die

tatsächliche NKA die zulässige Höchstgrenze, kommt es zu einer Positivbuchung auf dem Konto; im umgekehrten Fall zu einer Negativbuchung. Über die Jahre hinweg werden diese Buchungen kumuliert. Damit stellt das Kontrollkonto ein virtuelles "Gedächtnis" dar, mit dem die Einhaltung der Schuldenbremse überprüft werden kann. Wenn der Saldo der Buchungen des Kontrollkontos einen bestimmten negativen Schwellenwert unterschreitet, entsteht unmittelbarer haushaltspolitischer Handlungsbedarf. Die Unterschreitung des Schwellenwerts muss nach grundgesetzlichen Vorgaben zurückgeführt werden. Dadurch trägt die Schuldenbremse maßgeblich zu langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen bei.

Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

Die Bebuchung des Kontrollkontos erfolgt auf Grundlage des tatsächlichen Vollzugs des jeweiligen Bundeshaushalts erstmalig zum 1. März des Folgejahres auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Haushaltsjahres und endgültig zum 1. September des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Im folgenden Abschnitt 2 wird am Beispiel der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 die Funktionsweise der Schuldenbremse erläutert. In Abschnitt 3 wird die Bebuchung des Kontrollkontos dargestellt. Abschnitt 4 gibt einen Ausblick.

2 Grundstruktur der Schuldenbremse anhand der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013

Im Rahmen der Föderalismuskommission II einigten sich Bund und Länder im Jahr 2009 darauf, ab dem Jahr 2011 eine neue Verschuldungsregel anzuwenden. Das Grundgesetz wurde dementsprechend geändert und ergänzt. Gemäß dem neuen Artikel 109 GG sind die Haushalte von Bund und Ländern im Grundsatz ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Nach dem neuen Artikel 115 GG trägt der Bund diesem Grundsatz Rechnung, wenn seine Einnahmen aus Krediten in der konjunkturellen Normallage 0,35 % des BIP nicht überschreiten. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Grundgesetzänderung krisenbedingt hohen Neuverschuldung wurden in Artikel 143d GG Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten der permanent geltenden Obergrenze des strukturellen Defizits der Schuldenbremse vorgesehen: Während die Länder nach Maßgabe der geltenden landesrechtlichen Regelungen bis einschließlich 2019 von den Vorgaben des Artikel 109 Absatz 3 GG abweichen dürfen, muss der Bund seine strukturelle Neuverschuldung

bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf die ab dann für ihn geltende Obergrenze für die strukturelle NKA von 0,35 % des BIP abbauen.

Nach dem Regelwerk der Schuldenbremse setzt sich die maximal zulässige NKA aus drei Elementen zusammen. Von der erlaubten Strukturkomponente (0,35 % des BIP ab dem Jahr 2016) werden der Saldo der finanziellen Transaktionen, d. h. der nicht vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben, sowie die sogenannte Konjunkturkomponente, die das Atmen des Haushalts im Konjunkturverlauf ermöglicht, abgezogen (Tabelle 1). Diese Konjunkturbereinigung erfolgt nach dem gleichen Verfahren, wie es für die europäische Haushaltsüberwachung verwendet wird.

Der Strukturkomponente beziehungsweise dem strukturellen Saldo liegt nicht die aktuelle wirtschaftliche Lage zugrunde, sondern eine konjunkturelle Normallage, gemessen am Auslastungsgrad des sogenannten Produktionspotenzials. Dieses ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Damit zeigt der strukturelle Saldo die Finanzlage so an, wie sie sich aus den fundamental zugrunde liegenden Strukturen ergibt und blendet konjunkturelle Einflüsse aus. Entsprechend müssen zur Ermittlung der insgesamt zulässigen NKA (im Rahmen der Schuldenbremse) ausgehend von der Strukturkomponente die konjunkturelle Entwicklung über die Konjunkturkomponente sowie der Saldo der finanziellen Transaktionen wieder berücksichtigt werden.

Der Abbaupfad für die strukturelle NKA des Bundes wurde mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011, also im Sommer des Jahres 2010, festgelegt. Ausgangswert war das zu diesem Zeitpunkt erwartete strukturelle Defizit des Jahres 2010 in Höhe von 53,2 Mrd. € beziehungsweise 2,21 % des BIP. Unter Zugrundelegung des sechsjährigen Übergangszeitraums bis

Schul denregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

Tabelle 1: Grundstruktur der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 Grundgesetz

Strukturkomponente

minus Saldo der finanziellen Transaktionen

minus Konjunkturkomponente

minus (gegebenenfalls) Rückführungspflicht aus Kontrollkonto

= maximal zulässige NKA

maximale strukturelle NKA: 0,35 % des BIP

in Analogie zum Stabilitäts- und Wachstumspakt

nach EU-Konjunkturbereinigungsverfahren

bei Unterschreitung eines negativen Schwellenwerts von - 1% des BIP; maximal 0,35 % des BIP; nur in konjunkturellen Aufschwungphasen

zum Jahr 2016 verringert sich die maximal zulässige strukturelle NKA um jährlich ein Sechstel der Differenz zwischen dem Referenzwert des Jahres 2010 von 2,21% und der ab 2016 dauerhaft geltenden Obergrenze von 0,35 % des BIP, also um 0,31% des BIP. Demnach lag die Obergrenze für die strukturelle NKA des Haushaltsjahres 2013 bei 1,28 % des BIP. Bezogen auf das für die Haushaltsaufstellung maßgebliche nominale BIP des vorangegangenen Jahres waren dies 33,2 Mrd. € (Position 3 der Spalte 2013 in Tabelle 2).

Die maximal zulässige NKA zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 (Spätherbst 2012) ergab sich aus der maximal zulässigen strukturellen NKA unter Abzug der veranschlagten finanziellen Transaktionen sowie der gemäß der Herbstprojektion der Bundesregierung für das Jahr 2013 geschätzten Konjunkturkomponente und betrug 41,4 Mrd. € (Position 8 der Soll-Spalte des Jahres 2013 in Tabelle 2). Die im Soll veranschlagte NKA von 17,0 Mrd. € lag somit 24,4 Mrd. € unterhalb des zulässigen Werts.

3 Das Kontrollkonto für das Haushaltsjahr 2013

Um die Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes im Haushaltsvollzug zu überprüfen, sind die nicht-konjunkturbedingten Abweichungen von der Regelobergrenze zu ermitteln. Dazu wird das Ist-Ergebnis der NKA eines Haushaltsjahres mit dem Wert verglichen, der sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen finanziellen Transaktionen und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung als maximal zulässige NKA ergibt. Diese Differenz wird auf dem Kontrollkonto gebucht; über die Jahre werden die Salden kumuliert. Das Kontrollkonto dient der Überprüfung der Einhaltung der Schuldenbremse des Bundes und dazu, Korrekturen auszulösen, sofern das Kontrollkonto einen negativen Schwellenwert von - 1% des BIP unterschreitet.

Die ermittelte Abweichung der Ist-NKA von der aktualisierten Regelobergrenze wurde nach § 7 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 GG für das Haushaltsjahr 2013 zum 1. März 2014 vorläufig auf dem Kontrollkonto der Schuldenbremse erfasst und abschließend zum 1. September 2014 gebucht. Die Ist-NKA erfasst dabei sowohl die NKA des Bundeshaushalts als auch - mit umgekehrtem Vorzeichen - die Finanzierungssalden der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse neu errichteten Sondervermögen des Bundes. Für das Jahr 2013 werden somit die Finanzierungssalden des im Jahr 2011 errichteten Energie- und Klimafonds und des zur Behebung von Schäden des Hochwassers im Jahr 2013 errichteten Aufbauhilfefonds berücksichtigt. Die nach der Schuldenbremse maximal zulässige NKA nach Haushaltsabschluss (Position 8 der Ist-Spalte 2013 in Tabelle 2) ergibt sich als Summe aus der maximal zulässigen strukturellen NKA, die durch den verbindlichen Abbaupfad festgelegt ist (33,2 Mrd. € - dieser Wert bleibt

Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

stets unverändert zum Soll), den getätigten finanziellen Transaktionen (Saldo von - 4,6 Mrd. €, Position 5 der Ist-Spalte 2013 in Tabelle 2) und der an die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung angepassten Konjunkturkomponente (- 6,5 Mrd. €, Position 6 der Ist-Spalte 2013 in Tabelle 2).

Die Konjunkturkomponente wird dabei folgendermaßen angepasst: Zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionslücke wird die Differenz zwischen dem im August 2014 vom Statistischen Bundesamt ermittelten und jenem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (Herbst 2012) prognostizierten Zuwachs des nominalen BIP für das Jahr 2013 addiert.

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für das 2. Quartal 2014 im August 2014 hat das Statistische Bundesamt auch Ergebnisse der Generalrevision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bekanntgegeben. Diese Revision, die auch notwendig war, um das ab September 2014 rechtsverbindliche Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) in die deutsche VGR umzusetzen, hat eine Erhöhung des Niveaus des nominalen BIP mit sich gebracht. U. a. führte die Neuberechnung auch zu einer Veränderung des Niveaus des nominalen BIP für das Jahr 2012 und der Zuwachsrate des nominalen BIP für das Jahr 2013 (Positionen 6ba und 6bb der Ist-Spalte 2013 in Tabelle 2).

Da der Zuwachs des nominalen BIP im Jahr 2013 niedriger ausfiel als zur Haushaltsaufstellung im Herbst 2012 prognostiziert, wurde die Konjunkturkomponente für das Haushaltsjahr 2013 im Ist gegenüber dem Soll nach unten angepasst (Position 6 der Spalte 2013 in Tabelle 2). Ebenso wurde sie im Vergleich zu den vorläufigen Berechnungen im März dieses Jahres nach unten revidiert.

Im Vergleich zu den vorläufigen
Berechnungen im März dieses Jahres erhöht
sich deswegen die Positivbuchung für das
Haushaltsjahr 2013 auf nunmehr 29,6 Mrd. €
(Position 10 der Ist-Spalte 2013 in Tabelle 2).
Die strukturelle NKA des Bundes, d. h. die NKA
bereinigt um finanzielle Transaktionen und
Konjunktureffekte, lag im Jahr 2013 bei nur
3,6 Mrd. € beziehungsweise 0,14 % des BIP.
Damit unterschritt die strukturelle NKA
deutlich die ab 2016 dauerhaft geltende
Obergrenze von 0,35 % des BIP. Die Bundesregierung ist somit auf einem gutem Weg zum
strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2014
sowie zum Haushalt ohne NKA im Jahr 2015.

Zusammen mit dem Saldo des Kontrollkontos des Vorjahres in Höhe von 56,1 Mrd. € ergibt sich ein kumulierter Saldo von 85,7 Mrd. €.

4 Ausblick

Auch das dritte Jahr unter Anwendung der Schuldenbremse des Bundes wurde mit der endgültigen Buchung auf dem Kontrollkonto erfolgreich abgeschlossen. Insbesondere aufgrund geringerer Ausgaben konnte die zulässige NKA weiter als geplant unterschritten werden, so dass die strukturelle Neuverschuldung (0,14 % des BIP) im Vollzug deutlich die dauerhaft ab 2016 für die Haushaltsplanung geltende Obergrenze von 0.35 % des BIP einhielt.

Nachdem der Bund einen strukturell ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2014 geplant hat, sehen der am 2. Juli 2014 vorgelegte Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 und der Finanzplan bis 2018 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vor. Damit wird die Schuldenbremse weiterhin mit angemessenem Sicherheitsabstand eingehalten.

 $Schul\,denregel\,\,2013\,erneut\,mit\,großem\,Sicherheitsabstand\,eingehal\,ten$

Tabelle 2: Aufstellung und Abrechnung der Haushaltsjahre 2012 und 2013 gemäß Schuldenbremse

		2	012	2	013
		Soll ¹	Ist	Soll ²	Ist
			in M	rd. €	
1	Maximal zulässige strukturelle NKA (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21 %, Abbauschritt: 0,31 % p. a.)	1,	591	1,	281
2	Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	2.4	176,8	25	92,6
3	Maximal zulässige strukturelle NKA (1) x (2)	3	9,4	33,2	
4	NKA (4a) - (4b)	26,1	22,3	17,0	14,7
4a	NKA Bundeshaushalt	26,1	22,5	17,1	22,1
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	-	0,2	0,1	-0,1
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	-	-	7,4
5	Saldo finanzieller Transaktionen (5a) - (5b)	4,3	-7,4	-5,2	-4,6
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	6,9	4,8	5,4	5,6
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	6,9	4,8	5,4	5,6
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	2,7	12,2	10,5	10,2
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	2,7	12,2	10,5	10,2
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0	-	0,0
5bc	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0	-	0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-5,3	-6,4	-3,1	-6,5
6a	Nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung)	-33,3		-16,2	
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] % x (6bb)	Х	-6,5	Х	-18,1
6ba	Nominales BIP (% gegenüber Vorjahr)	2,4	2,2	2,8	2,23
6bb	Nominales BIP des Vorjahres	Χ	2609,9	Χ	2749,9 ³
6c	Budgetsemielastizität (ohne Einheit)	0,	160	0,190	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto		-		-
8	Maximal zulässige NKA (3) - (5) - (6) - (7)	40,5	53,2	41,4	44,4
9	Strukturelle NKA (4) + (5) + (6)	25,0	8,5	8,8	3,6
	in % des BIP	1,01	0,34	0,34	0,14
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	Х	30,9	Х	29,6
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	Х	25,2	Х	56,1
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	Х	56,1	Х	85,7

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

 $^{^1} Soll \, 2012 \, bezieht sich auf das Haushaltsgesetz \, 2012 \, vom \, 22. \, Dezember \, 2011 \, (BGBI. \, I, Seite \, 2 \, 938).$

² Soll 2013 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2013 vom 20. Dezember 2012 (BGBI. I, Seite 2 757).

³ Gemäß neuer Systematik ESVG 2010.

Schuldenregel 2013 erneut mit großem Sicherheitsabstand eingehalten

Die Unterschreitung der zulässigen Neuverschuldung in den vergangenen Jahren und die sich abzeichnende Unterschreitung in diesem Jahr und im gesamten Finanzplanungszeitraum sind ein Zeichen dafür, dass die Schuldenbremse wirkt und tatsächlich die Neuverschuldung "bremst". Hieraus entstehende Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto stellen jedoch kein "Guthaben" dar, das in der zukünftigen Haushaltsaufstellung zur Erweiterung des

Kreditspielraums genutzt werden kann.
Mit dem im Juli 2013 in Kraft getretenen
Fiskalvertragsumsetzungsgesetz ist u. a.
festgelegt worden, dass der kumulierte
Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des
Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015
gelöscht, d. h. das Konto auf null gestellt
wird. Damit wurde sichergestellt, dass
im Übergangszeitraum angehäufte
Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nicht
in den Regelbetrieb übertragen werden.

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013

- Auf der Grundlage von Meldungen der Länder erstellt das BMF jährlich eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung.
- In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2013 bundesweit 13 466 Prüfer tätig. Es wurde ein Mehrergebnis von rund 17,2 Mrd. € erzielt.
- Von den 7 920 418 Betrieben, die in der Betriebskartei der Finanzämter erfasst sind, wurden 193 573 Betriebe geprüft; das entspricht 2,4 %.

1	Betriebsprüfung	.32
2	Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe	
3	Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte	.34
4	Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung	.35

1 Betriebsprüfung

Unter den Begriff der Außenprüfung fallen mehrere gesonderte Prüfungsdienste der Steuerverwaltung: die Betriebsprüfung, die Umsatzsteuer-Sonderprüfung und die Lohnsteuer-Außenprüfung. Im folgenden Beitrag wird ausschließlich das Ergebnis der steuerlichen Betriebsprüfung dargestellt.

Das BMF erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer eine Statistik über die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung. Die Statistik umfasst ausschließlich die von den Ländern verwalteten Besitz- und Verkehrsteuern und die Gewerbesteuer. Nicht berücksichtigt werden somit die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und speziellen Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern außer der Gewerbesteuer.

Die Außenprüfung ist ein wichtiges Instrument der Finanzverwaltung zur Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung und zur Durchsetzung des Besteuerungsanspruchs. Es handelt sich um ein Verfahren zur Ermittlung steuerlich erheblicher Sachverhalte und ist von besonderen Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen geprägt. Aufgabe der Außenprüfung ist es, das Vollzugsdefizit im Bereich der Gewinneinkünfte, die nicht an der Quelle besteuert werden können, auszugleichen.

Außenprüfungen sind nach § 193 Abgabenordnung (AO) bei Steuerpflichtigen zulässig, die einen gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieb unterhalten, die freiberuflich tätig sind oder sogenannte bedeutende Einkünfte erzielen (§ 193 Absatz 1 AO). Bei den übrigen Steuerpflichtigen sind Außenprüfungen insbesondere dann zulässig, wenn für die Besteuerung erhebliche Verhältnisse der Aufklärung bedürfen und eine Prüfung im Finanzamt nach Art und Umfang des zu prüfenden Sachverhalts nicht zweckmäßig ist (§ 193 Absatz 2 Nummer 2 AO).

Die Außenprüfung ist eine abschließende nachträgliche Überprüfung des Steuerfalls und bezieht sich auf bestimmte Steuerarten und bestimmte Besteuerungszeiträume.

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013

Für Zwecke der Außenprüfung werden die Steuerpflichtigen in die Größenklassen

- Großbetriebe (G),
- Mittelbetriebe (M),
- Kleinbetriebe (K) und
- Kleinstbetriebe (Kst)

eingeteilt (§ 3 Betriebsprüfungsordnung 2000 – BpO 2000).

Dabei wird die Zuordnung zu den Größenklassen vom Umsatz und Gewinn der Steuerpflichtigen abhängig gemacht. Die im Jahr 2013 geltenden Abgrenzungsmerkmale sind aus der Tabelle 1 ersichtlich.

Die Einordnung in eine Größenklasse erfolgt stichtagbezogen alle drei Jahre. Die ab dem 1. Januar 2013 gültigen Abgrenzungsmerkmale für die Größenklassen hat das BMF mit Schreiben vom 22. Juni 2012 – IV A 4 – S 1450/09/10001 – (BStBI 2012 I S. 689) bekanntgegeben.

Tabelle 1: Einheitliche Abgrenzungsmerkmale für den 21. Prüfungsturnus (1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2015)

Betriebsart ¹	Betriebsmerkmale	Großbetriebe	Mittelbetriebe	Kleinbetriebe
in€		(G)	(M)	(K)
Handelsbetriebe Umsatzerlöse oder		7 300 000	900 000	170 000
(H)	steuerlicher Gewinn über	280 000	56 000	36 000
Fertigungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	4 300 000	510 000	170 000
(F)	steuerlicher Gewinn über	250 000	56 000	36 000
Freie Berufe	Umsatzerlöse oder	4 700 000	830 000	170 000
(FB)	steuerlicher Gewinn über	580 000	130 000	36 000
Andere Leistungsbetriebe	Umsatzerlöse oder	5 600 000	760 000	170 000
(AL)	steuerlicher Gewinn über	330 000	63 000	36 000
Kreditinstitute	Aktivvermögen oder	140 000 000	35 000 000	11 000 000
(K)	steuerlicher Gewinn über	560 000	190 000	46 000
Versicherungsunternehmen	Jahresprämieneinnahmen			
Pensionskassen (V)	über	30 000 000	5 000 000	1 800 000
Unterstützungskassen (U)				alle
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Wirtschaftswert der selbst- bewirtschafteten Fläche	230 000	105 000	47 000
(LuF)	oder steuerlicher Gewinn über	125 000	65 000	36 000
Sonstige Fallart (soweit nicht unter den Betriebsarten erfasst)	Erfassungsmerkmale	Erfassung in der Betriebskartei als Großbetrieb		
Verlustzuweisungsgesellschaften (VZG) und Bauherrengemeinschaften (BHG)	Personenzusammenschlüsse und Gesamtobjekte i.S.d. Nrn. 1.2 und 1.3 des BMF-Schreibens vom 13.07.1992, IV A 5 - S 0361 - 19/92 (BStBI I S. 404)	alle		
Bedeutende steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände (BKÖ)	Summe der Einnahmen	über 6 000 000		
Fälle mit bedeutenden Einkünften	Summe der positiven Einkünfte gem. § 2 Absatz 1 Nrn. 4-7 EStG		über 500 000	
(bE)	(keine Saldierung mit negativen Einkünften)	ubel 300 000		

¹ Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe, die zugleich die Voraussetzungen für die Behandlung als sonstige Fallart erfüllen, sind nur dort zu erfassen. Quelle: Anlage zum BMF-Schreiben vom 22. Juni 2012 – IV A 4 – S 1450/09/10001 –.

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013

Tabelle 2: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen im Berichtszeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

Größenklasse	gesamt	darunter geprüft		
Giobelinasse	Anzahl	Anzahl	Anteil	
Großbetriebe (G)	196 402	41 746	21,3%	
Mittelbetriebe (M)	820 778	53 332	6,5%	
Kleinbetriebe (K)	1 214 853	38 355	3,2%	
Kleinstbetriebe (Kst)	5 688 385	60 140	1,1%	
Summe	7 920 418	193 573	2,4 %	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

2 Anzahl der Betriebe und geprüfte Betriebe

Im Jahr 2013 waren in der Betriebskartei der Finanzämter 7 920 418 Betriebe erfasst, von denen 193 573 Betriebe geprüft wurden. Dies entspricht einer Prüfungsquote von 2,4 %. Damit konnte die Prüfungsquote gegenüber dem Vorjahr um 0,1% verbessert werden (siehe Tabelle 2).

3 Prüfungsturnus, Prüfungszeitraum und Prüfungsdichte

Bei Großbetrieben soll der jeweilige Prüfungszeitraum an den vorhergehenden Prüfungs-

zeitraum anschließen (§ 4 Absatz 2 BpO 2000), um eine durchgehende Prüfung sämtlicher Veranlagungszeiträume zu erreichen. Für die übrigen Betriebe ist vorgesehen, dass ein Prüfungszeitraum in der Regel nicht mehr als drei zusammenhängende Besteuerungszeiträume umfasst (§ 4 Absatz 3 BpO 2000).

Um eine effektive Betriebsprüfung zu erreichen, werden die zu prüfenden Betriebe unter Risikogesichtspunkten ausgewählt und nicht schematisch. D. h. Großbetriebe werden lückenlos geprüft, andere Betriebe werden unter Risikogesichtspunkten gezielt geprüft. In Großbetrieben, bei denen im Jahr 2013 eine Außenprüfung abgeschlossen wurde, umfasste der Prüfungszeitraum durchschnittlich 3,3 Veranlagungsjahre, während er sich in einem Kleinstbetrieb auf 2,9 Veranlagungsjahre belief (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Prüfungsturnus im Berichtszeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013

Größenklasse	Großbetriebe (G)	Mittelbetriebe (M)	Kleinbetriebe (K)	Kleinstbetriebe (Kst)
Prüfungsturnus in Jahren	3,3	3,0	3,0	2,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013

4 Prüfereinsatz und Mehrergebnis der Betriebsprüfung

In den Betriebsprüfungen der Länder waren im Jahr 2013 bundesweit 13 466 Prüfer tätig. Es wurde ein Mehrergebnis von rund 17,2 Mrd. € erzielt. 13,4 Mrd. € Mehrergebnis entfielen auf die Prüfung von Großbetrieben. Die Prüfung der Kleinstbetriebe erbrachte ein Mehrergebnis von 1,0 Mrd. € (siehe Abbildung 1).

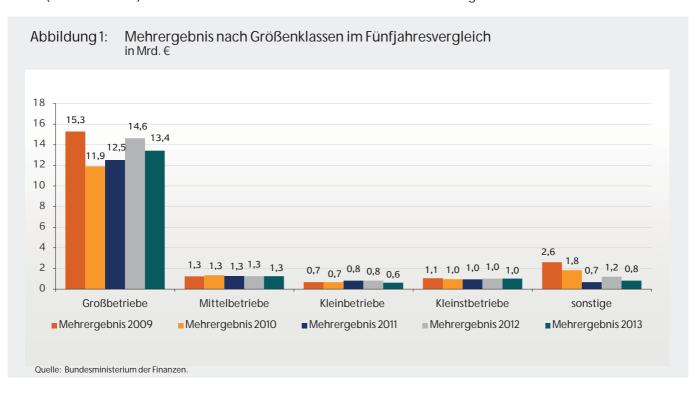
In der Größenklasse "Großbetriebe" ging das erreichte Mehrergebnis gegenüber dem Vorjahr leicht zurück (von 14,6 Mrd. € im Jahr 2012 auf 13,4 Mrd. € im Jahr 2013).

Den größten Anteil am Mehrergebnis für das Jahr 2013 insgesamt hat die Körperschaftsteuer (27,6 % beziehungsweise 4 521 766 475 €), gefolgt von der Gewerbesteuer mit 24,9 % (4 075 890 532 €). Daneben haben aber auch die

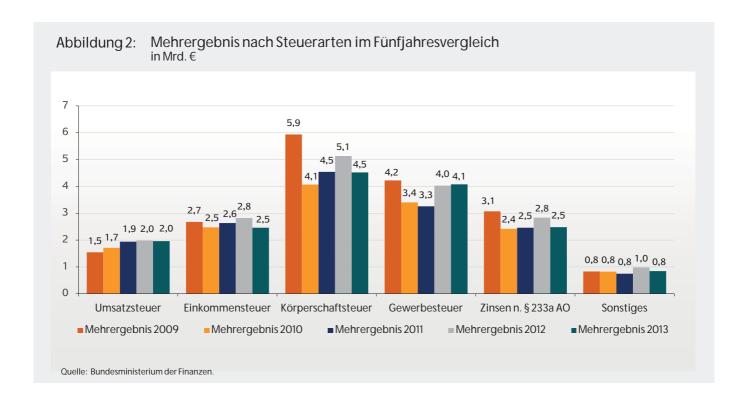
Einkommensteuer mit 15,1% (2 461 910 250 €) und die Umsatzsteuer mit 12,0% (1 965 974 077 €) einen wesentlichen Anteil am Mehrergebnis (siehe Abbildung 2).

Das Mehrergebnis im Bereich der Zinsen nach § 233a AO beträgt 2 483 845 031 € (15,2 %) und entspricht damit den Mehrergebnissen der Vorjahre.

Die Verzinsung nach § 233a AO (Vollverzinsung) schafft einen Ausgleich dafür, dass die Steuern trotz des gleichen gesetzlichen Entstehungszeitpunkts zu unterschiedlichen Zeitpunkten festgesetzt und erhoben werden. Insbesondere bei Steuerpflichtigen, die einer Außenprüfung unterliegen, besteht zwischen dem Entstehungszeitpunkt der Steuer und der Fälligkeit der abschließenden Zahlung nach einer Außenprüfung ein erheblicher Zeitraum. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist, und endet mit Ablauf des Tages, an dem die Steuerfestsetzung wirksam wird.



Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2013



Zukunft der EU-Finanzen

Zukunft der EU-Finanzen

Bericht von einem Expertenworkshop des BMF

- Im Juli 2014 hat das BMF einen Workshop zur Zukunft der EU-Finanzen ausgerichtet. Die geladenen Experten sollten die Vor- und Nachteile des Finanzierungssystems der EU herausarbeiten und Kriterien für eine Reform benennen.
- Die Diskussionen zeigten, dass die Einnahmeseite des EU-Haushalts überwiegend gut funktioniert. Allerdings könnte das System noch vereinfacht werden. Reformpotenzial besteht vor allem auf der Ausgabeseite des EU-Haushalts. Hier müsse die begonnene Modernisierung der Ausgabestruktur fortgesetzt werden, indem die Ausgaben auf die Finanzierung europäischer öffentlicher Güter konzentriert werden.
- Einem Zugeständnis größerer Finanzautonomie an die Union sind durch das europäische Primärrecht und das nationale Verfassungsrecht enge Grenzen gesetzt.

1	Einleitung	37
2	Hintergrund: Die Rolle des Eigenmittelsystems in den EU-Finanzen	
3	Workshop zur Zukunft der EU-Finanzen	40
3.1	Bewertung des Eigenmittelsystems und Kriterien für die Bewertung	
	von Reformvorschlägen	41
3.2	Reform der Ausgabeseite: "Better spending" durch europäischen Mehrwert	42
3.3	"No representation without taxation"?	43
1	Fazit und Auchlick	1/

1 Einleitung

Am 10. Juli 2014 hat das BMF einen Workshop zur Zukunft der EU-Finanzen ausgerichtet.
15 Experten aus Think-Tanks, internationalen Organisationen, der Europäischen Zentralbank, Wirtschaftsforschungsinstituten und dem wissenschaftlichen Beirat des BMF diskutierten in vier Diskussionsrunden über die Zukunft des als Eigenmittelsystem bezeichneten Finanzierungssystems der Europäischen Union (EU).

Anlass für die Ausrichtung des Workshops war die Einsetzung der Hochrangigen Arbeitsgruppe Eigenmittel durch Europäisches Parlament, Rat und Kommission im Februar 2014. Die Gruppe soll bis zum Ende des Jahres 2016 die Funktionsfähigkeit des Finanzierungssystems der EU überprüfen und Möglichkeiten zur Reform vorschlagen. Sie besteht aus neun Mitgliedern, die von den beteiligten Institutionen benannt werden, und tagt unter dem Vorsitz von Mario Monti. Aus Deutschland wurde Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, vom Rat in die Gruppe entsandt. Die Kommission wird auf Basis des Berichts der Gruppe entscheiden, ob sie neue Rechtsetzungsinitiativen zur Reform des derzeitigen Eigenmittelsystems für angebracht hält.

Seit der letzten großen Reform der EU-Finanzen im Jahr 1988 sorgt die Ausgestaltung des Eigenmittelsystems für kontroverse Diskussionen. Damals führte der Rat eine

Zukunft der EU-Finanzen

ergänzende Einnahmequelle ein, die auf Beiträgen der Mitgliedstaaten basiert und deren Höhe sich nach der jeweiligen Wirtschaftskraft richtet. Schon mit der Einführung dieser neuen Einnahmekategorie wurden die Forderungen des Europäischen Parlaments lauter, die Union müsse von der Finanzierungsbereitschaft der Mitgliedstaaten unabhängiger werden, etwa durch die Einführung einer eigenen Steuer für die EU.

2 Hintergrund: Die Rolle des Eigenmittelsystems in den EU-Finanzen

Die EU wird derzeit von den Mitgliedstaaten über das sogenannte Eigenmittelsystem finanziert. Das Eigenmittelsystem stellt die Einnahmeseite des EU-Haushalts dar, der jährlich Ausgaben von etwa 140 Mrd. € vorsieht. Der Begriff Eigenmittel bezeichnet Finanzmittel, die von den Mitgliedstaaten an die Union abgeführt werden. Das Eigenmittelsystem unterscheidet zwischen drei verschiedenen Eigenmittelarten: den Traditionellen Eigenmitteln, den Mehrwertsteuerbasierten Eigenmitteln (MwSt-Eigenmittel) und den Bruttonationaleinkommen-Eigenmitteln (BNE-Eigenmittel).

Die Traditionellen Eigenmittel umfassen im Wesentlichen Zölle und Zuckerabgaben. Sie werden von den Mitgliedstaaten direkt bei den Wirtschaftsbeteiligten erhoben und an die EU abgeführt. Die Traditionellen Eigenmittel haben aufgrund des Abbaus der Handelsschranken inzwischen nur noch einen geringen Anteil am gesamten Eigenmittelaufkommen. Im Jahr 2013 dem aktuellsten Jahr, für den die EU einen Finanzbericht veröffentlicht hat – machten die Traditionellen Eigenmittel einen Anteil von 10 % an den gesamten Eigenmitteln aus. In einer ähnlichen Größenordnung tragen die MwSt-Eigenmittel zur Finanzierung des EU-Haushalts bei. Ihr Anteil an dem

Eigenmittelaufkommen belief sich im Jahr 2013 ebenfalls auf rund 10 %. Die Höhe der von einem Land abzuführenden MwSt-Eigenmittel richtet sich nach einer nur zu diesem Zweck berechneten einheitlichen Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage. Der absolute Betrag der Eigenmittel-Abführungen eines Mitgliedstaats ergibt sich aus der Multiplikation dieser einheitlichen Bemessungsgrundlage mit einem festgelegten Abrufsatz. Die noch verbleibende Lücke zwischen den im EU-Haushalt veranschlagten Ausgaben und dem Aufkommen aus den Traditionellen Eigenmitteln und den MwSt-Eigenmitteln wird geschlossen, indem jedes Land gemäß seinem Anteil an den BNE der EU zur Deckung dieser Lücke beiträgt. Diese Beiträge werden als BNE-Eigenmittel bezeichnet. Sie sind mit einem Anteil von etwa 80 % des Eigenmittelaufkommens mittlerweile die bedeutendste Einnahmequelle der EU.

Die verschiedenen Eigenmittelarten, die Methoden zu ihrer Berechnung sowie der Schlüssel für die Finanzierungsanteile der einzelnen Mitgliedstaaten sind im sogenannten Eigenmittelbeschluss der Union festgelegt. Änderungen des Eigenmittelbeschlusses können die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) nur einstimmig vornehmen. Anschließend müssen die Mitgliedstaaten die Änderungen ratifizieren. Das Europäische Parlament hat bei Änderungen des Eigenmittelbeschlusses ein Anhörungsrecht.

Die Eigenmittel dienen der Finanzierung des jährlichen Haushalts der Union. Die Struktur der Ausgabeseite des EU-Haushalts, d. h. die Verteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Politikbereiche, wird von Rat und Europäischem Parlament alle sieben Jahre mit dem Beschluss über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) festgelegt. Der MFR enthält Obergrenzen für die Ausgaben in den verschiedenen Politikbereichen. Er ist dazu

Zukunft der EU-Finanzen

Tabelle 1: EU-Haushalt 2014 (Mittel für Zahlungen) in Mrd. €

	Ausgaben	Einnahmen				
	Mr	d. €				
11,44	Forschung und Technologie (Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung)					
50,95	Strukturpolitik (Wirtschaftlicher, sozialer und teriitorialer Zusammenhalt)	BNE-Eigenmittel	99,7			
56,5	Agrarpolitik (Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen)					
1,68	Innenpolitik (Sicherheit und Unionsbürgschaft)	MwSt-Eigenmittel	17,8			
6,19	Außenpolitik (Europa in der Welt)					
8,4	Verwaltung	Traditionelle Eigenmittel	16,3			
0,38	Besondere Instrumente und Ausgleichszahlungen	Sonstige Einnahmen	1,5:			
135,5	amt	135,				

Abweichung durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: EU-Kommission.

in verschiedene Rubriken und Teilrubriken unterteilt, die den einzelnen Politikbereichen der EU entsprechen. Bei der Aufstellung und Ausführung der jährlichen EU-Haushalte sind diese Obergrenzen einzuhalten. Im aktuellen Finanzrahmen entfällt jeweils mehr als ein Drittel der Ausgaben auf die Agrarpolitik und die Strukturpolitik, mit der Regionen mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen gefördert werden. Etwa 10 % der Ausgaben fließen in den Bereich Forschung und Entwicklung. Rund 5 % der Ausgaben stehen für die Außen- und Entwicklungspolitik der EU ("Die EU als globaler Partner") zur Verfügung, rund 1% für die Innenpolitik (Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht). Auf die Verwaltungsausgaben entfallen rund 8 % der Ausgaben (Tabelle 1).

Für die Umsetzung der EU-Politiken erhalten die Mitgliedstaaten Zahlungen aus dem EU-Haushalt. Die Ausgaben der Union führen daher vor allem über die Struktur-, Agrarund Forschungspolitik zu sogenannten Rückflüssen in die einzelnen Mitgliedstaaten. Zusammen mit den Eigenmittelabführungen

bestimmen diese Rückflüsse die Nettoposition der Mitgliedstaaten gegenüber dem EU-Haushalt (die Nettopositionen für das Jahr 2013 sind in Abbildung 1 aufgeführt). Da die Nettopositionen von den Mitgliedstaaten oftmals als ungerecht empfunden werden, enthält das Eigenmittelsystem eine Reihe von Rabatten, durch die die Eigenmittelabführungen einzelner Mitgliedstaaten reduziert werden. Hierzu zählt u. a. der sogenannte Briten-Rabatt, den die damalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher, verhandelt hat. Aber auch Deutschland, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Österreich erhalten einen Rabatt.

Das Eigenmittelsystem arbeitet unter vielen Gesichtspunkten bereits erfolgreich. Kritiker weisen aber auf den hohen Verwaltungsaufwand hin, der vor allem mit der Berechnung der Rabatte und der Bemessungsgrundlage für die MwSt-Eigenmittel verbunden ist. Ein Hauptkritikpunkt, der auch immer wieder vom Europäischen Parlament und der Kommission vorgebracht wird, ist ein

Zukunft der EU-Finanzen

vermeintlich verzerrtes Anreizschema für die Mitgliedstaaten. Diese seien bei den Verhandlungen über den MFR und die jährlichen Haushalte bestrebt, die Netto-Rückflüsse aus dem EU-Haushalt zu maximieren. Für dieses Verhalten hat sich im Laufe der Jahre ein eigener Begriff etabliert: das "juste-retour"-Denken. Um sich unabhängiger von den Mitgliedstaaten zu machen, streben Europäisches Parlament und Kommission daher die Schaffung einer eigenen Finanzierungsquelle und ein größeres Mitspracherecht bei der Finanzierung der Union an.

Die Kommission hatte zuletzt im Jahr 2011 einen Vorschlag für eine Reform des Eigenmittelsystems vorgelegt. 1 Der Vorschlag sah unter anderem vor, die MwSt-Eigenmittel abzuschaffen. Stattdessen sollten die Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Mehrwertsteuer-Einnahmen direkt

an die Kommission abführen ("revenue-

ergänzt werden. Für einige Mitgliedstaaten hätte dies zusätzliche Belastungen und nicht akzeptable Verteilungswirkungen bedeutet. Der Vorschlag fand daher nicht die Zustimmung aller Mitgliedstaaten. Im Rahmen der Verhandlungen über den MFR 2014 - 2020 bestanden die Europäische Kommission und das Europäische Parlament darauf, die Diskussion über eine Reform des Eigenmittelsystems fortzuführen. Der Rat hat diesem Anliegen im Rahmen einer Gesamteinigung über den Finanzrahmen im Dezember 2013 zugestimmt.

sharing"). Zusätzlich sollten die Eigenmittel

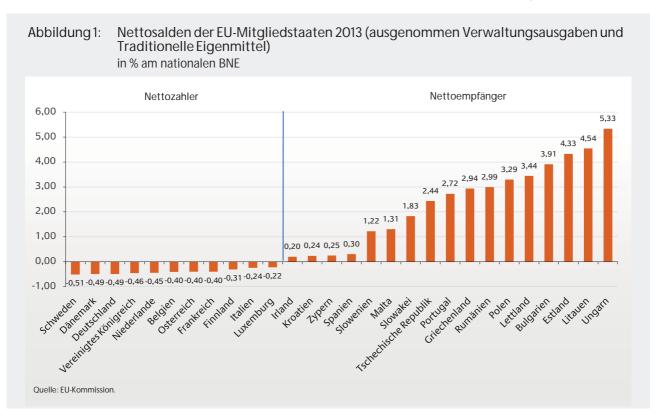
um einen Teil der Einnahmen aus der

geplanten Finanztransaktionsteuer

3 Workshop zur Zukunft der **EU-Finanzen**

Um die Arbeit der Hochrangigen Arbeitsgruppe wissenschaftlich zu begleiten, hat das BMF verschiedene Experten, darunter Prof. Dr. Clemens Fuest als Mitglied der

¹COM (2011) 510 final.



Zukunft der EU-Finanzen

Hochrangigen Arbeitsgruppe, zu einem Workshop eingeladen. Die Experten sollten unter anderem die Vor- und Nachteile des gegenwärtigen Eigenmittelsystems herausarbeiten und Kriterien für eine Reform vorschlagen. Ein weiteres Ziel des Workshops war es, die rechtlichen Grenzen und Möglichkeiten für ein größeres Mitspracherecht des Europäischen Parlaments bei den Einnahmen aufzuzeigen. Die Teilnehmer sollten zudem überlegen, wie es gelingen könne, die Struktur des EU-Haushalts so zu verändern, dass ein echter europäischer Mehrwert geschaffen wird.

3.1 Bewertung des Eigenmittelsystems und Kriterien für die Bewertung von Reformvorschlägen

Die Teilnehmer des Workshops wiesen darauf hin, dass es neben den bekannten Mängeln des Eigenmittelsystems, die vor allem in seiner Komplexität lägen, auch eine Reihe von Vorzügen gebe, die es bei einer Reform zu bewahren gelte. Große Einigkeit bestand darin, dass die größten Probleme des Finanzierungssystems vor allem auf der Ausgabeseite des EU-Haushalts zu finden seien. Ein isolierter Blick auf die Reform der Einnahmeseite sei daher problematisch. Allerdings ließen sich auf der Einnahmeseite durch die Abschaffung der MwSt-Eigenmittel und deren Ersatz durch die BNE-Eigenmittel rasch die Effizienz und Transparenz des Eigenmittelsystems steigern.

Zu den wesentlichen Vorzügen des Eigenmittelsystems zählten die Experten, dass es eine stabile und zuverlässige Finanzierung der Ausgaben der Europäischen Union gewährleiste. Die BNE-Eigenmittel als residuales Finanzierungselement trügen entscheidend zur Ausgabedisziplin bei. Da Ausgabenerhöhungen automatisch zu höheren Zahlungen von BNE-Eigenmitteln aus den Haushalten der Mitgliedstaaten führten, hätten vor allem die Regierungen der Nettozahler an den EU-Haushalt ein starkes Interesse, zusätzliche Ausgabewünsche zu begrenzen.

Ein weiterer Vorteil des bestehenden Eigenmittelsystems sei, dass es den Mitgliedstaaten erlaube, die Eigenmittel entsprechend der Wählerpräferenzen zu finanzieren. Zwischen den Mitgliedstaaten unterschieden sich die Vorstellungen darüber, welche Steuerarten zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben herangezogen werden sollten, teilweise deutlich. Solange die Eigenmittel zu einem großen Teil aus den nationalen Haushalten finanziert würden, könnten die Mitgliedstaaten frei über die innere Finanzierung der Eigenmittel entscheiden. Dieser Vorteil gehe verloren, wenn ein größerer Teil der Eigenmittel nach EU-weit einheitlichen Kriterien direkt bei den Unternehmen und Bürgern erhoben würde, wie dies bei den Traditionellen Eigenmitteln der Fall sei. Darüber hinaus unterstrichen mehrere Teilnehmer, dass die Rabatte dazu beitrügen, Kompromisse über die Finanzierung der EU-Ausgaben zu finden. Daher würden sie weiterhin benötigt. Es könne allenfalls über eine Vereinfachung der Rabattgewährung nachgedacht werden.

Einige Experten argumentierten sogar, das bestehende Eigenmittelsystem komme einem idealen Finanzierungssystem für die EU bereits sehr nahe. Da ein Großteil der EU-Ausgaben über die BNE-Eigenmittel finanziert werde, orientierten sich die Finanzierungsanteile der Mitgliedstaaten im Wesentlichen an ihrer Wirtschaftskraft. Damit werde dem Gerechtigkeitsprinzip bei der Finanzierung der öffentlichen Ausgaben Rechnung getragen. Bei der Finanzierung der BNE- und MwSt-Eigenmittel-Abführungen könnten die Mitgliedstaaten Rücksicht auf die nationalen Gerechtigkeitsvorstellungen und Lebensumstände nehmen. Sie wären darüber hinaus in der Lage, den Beitrag effizienter aufzubringen als die Union, da sie bereits über die nötigen Verwaltungsstrukturen verfügten. Damit würde auch dem Effizienzkriterium

Zukunft der EU-Finanzen

Rechnung getragen. Weitergehende Effizienzgewinne ließen sich durch die Abschaffung der MwSt-Eigenmittel heben, deren Berechnung mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden sei.

Kritisch wurde gesehen, dass der EU-Haushalt mit den Strukturfonds- und der Agrarpolitik zu einem großen Teil Ausgaben finanziere, die zwar ausschließlich einzelnen Mitgliedstaaten zugutekämen, jedoch von allen Mitgliedstaaten bezahlt würden. Daher ergebe sich vor allem für die Regierungen der Nettoempfänger ein Anreiz, auf hohe Ausgaben der EU zu drängen. Dieser Nachteil würde jedoch teilweise durch die von den BNE-Eigenmitteln ausgehenden Anreize, auf Ausgabedisziplin zu achten, kompensiert. Weitere Verbesserungen ließen sich iedoch erreichen, wenn der EU-Haushalt noch stärker auf die Finanzierung europäischer öffentlicher Güter ausgerichtet würde. Neue Reformvorschläge sollten nach Meinung der Experten danach bewertet werden, ob sie dazu beitrügen, dass die Ausgaben der EU einen echten europäischen Mehrwert schaffen.

3.2 Reform der Ausgabeseite: "Better spending" durch europäischen Mehrwert

Ein größerer europäischer Mehrwert lasse sich bereits durch eine Veränderung der Zusammensetzung der EU-Ausgaben erreichen. Einer Ausweitung des Haushalts bedürfe es dafür nicht, wie die Experten betonten. Beispiele für Ausgabenbereiche, die einen europäischen Mehrwert schafften, seien die grenzüberschreitende Transportinfrastruktur, die gemeinsame Grenzsicherung, gemeinsame Konsulate, Energie- und digitale Netze sowie der Bereich Forschung und Entwicklung. Die Teilnehmer erkannten an, dass mit den im Jahr 2013 abgeschlossenen Verhandlungen über den MFR für die Jahre 2014 - 2020 bereits der Einstieg in eine Modernisierung der Ausgaben gelungen sei. Weitere Fortschritte könnten jedoch erreicht werden, wenn der EU-Haushalt noch stärker auf die

genannten Ausgabenbereiche konzentriert werde. Allerdings hätten Fallstudien zu personalintensiven Ausgabenbereichen gezeigt, dass es von der Vergütung der Mitarbeiter abhänge, ob diese Leistungen auf Ebene der Union zu geringeren Kosten bereit gestellt werden könnten als bei einer Bereitstellung durch die Mitgliedstaaten.

Einen Grenzfall stellten die Agrarausgaben dar. Hier vertraten die Experten verschiedene Ansichten. Einige Teilnehmer argumentierten, die Finanzierung der Agrarausgaben über den EU-Haushalt werde einen europäischen Mehrwert schaffen, indem sie Subventionswettläufe zwischen den Mitgliedstaaten verhindere. Andere Experten verwiesen auf empirische Untersuchungen, die auf Daten von Ländern außerhalb der Union basierten und kaum Hinweise auf Subventionswettläufe im Bereich der Agrarausgaben gefunden hätten. Für die Finanzierung der Agrarsubventionen durch die EU gebe es daher keinen Grund mehr.

Mehrere Teilnehmer stellten fest, der EU-Haushalt habe bislang nur der Finanzierung der verschiedenen Politikbereiche der EU gedient und über die Struktur- und Agrarpolitik zusätzlich Mittel zwischen den Mitgliedstaaten umverteilt. Mit dem Report der vier Präsidenten aus dem Jahr 2012² sei eine Diskussion darüber entstanden, ob der EU-Haushalt ebenfalls eine stabilisierende Funktion übernehmen solle, etwa indem er die Mitgliedstaaten bei einem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit bei der Finanzierung des EU-Haushalts entlaste oder aber ein wirtschaftlicher Abschwung zu höheren EU-Ausgaben in den betroffenen Mitgliedstaaten führe.

Die Mehrheit der Experten sah diesen Vorschlag jedoch kritisch. So sei beispielsweise nicht klar, gegen welche Wirtschafts-

² Van Rompuy, H./Barroso, J. M./Juncker, J.-C./ Draghi, M. (2012), Towards a genuine Economic and Monetary Union.

Zukunft der EU-Finanzen

abschwünge die Mitgliedstaaten versichert werden sollten. Möglich sei eine Absicherung bei Abschwüngen, die nur einzelne Mitgliedstaaten träfen. Alternativ kämen auch Abschwünge in Frage, von denen alle Mitgliedstaaten betroffen wären. Offen sei ebenfalls noch die Frage, ob es für eine Konjunkturstabilisierung ausreichen würde, die Finanzierungsbeiträge der Mitgliedstaaten von der Konjunktur abhängig zu machen, oder ob die EU-Ausgaben in den Mitgliedstaaten ebenfalls antizyklisch schwanken müssten.

Grundsätzlich zu klären sei zudem die Frage, warum ein zusätzlicher Absicherungsmechanismus geschaffen werden müsse. Mitgliedstaaten könnten sich grundsätzlich eigenständig gegenüber konjunkturellen Problemen absichern, indem sie den öffentlichen Schuldenstand ausreichend verringerten. Darüber hinaus habe sich gezeigt, dass in anderen Föderationen in Zeiten wirtschaftlicher Abschwünge in größerem Maß ausländische Kapitalgeber einen Rückgang ihrer Rendite akzeptiert oder gar ihre Forderungen teilweise abgeschrieben hätten. Dies werde bereits für Entlastung sorgen. Die Schaffung der Bankenunion werde in diese Richtung wirken. Geklärt werden müsse ebenfalls, wie sich vermeiden lasse, dass ein Risikoteilungsinstrument zur Etablierung permanenter Nettozahler und Nettoempfänger führe.

3.3 "No representation without taxation"?

Intensiv widmeten die Teilnehmer sich der Frage, ob dem Europäischen Parlament mehr Autonomie über die Einnahmeseite des EU-Haushalts zugestanden werden sollte. Diese Forderung nach mehr Einnahmeverantwortung für das Europäische Parlament ist beinahe so alt wie das Eigenmittelsystem selbst. Sie ist zum einen mit der Hoffnung verbunden, dass das Europäische Parlament seine Haushaltspolitik stärker an dem Ziel der Ausgabedisziplin ausrichtet, wenn es sich anstelle der Mitgliedstaaten gegenüber

dem Bürger für eine höhere Steuer- und Abgabelast rechtfertigen muss. Zum anderen versprechen sich die Befürworter einer größeren Einnahmeautonomie eine bessere Legitimierung des Europäischen Parlaments. In Umkehrung einer Losung aus der amerikanischen Revolution lässt sich dieser Standpunkt unter dem Satz "no representation without taxation" zusammenfassen.

Große Einigkeit bestand darüber, dass einem Zugeständnis größerer Finanzautonomie an das Europäische Parlament rechtlich enge Grenzen gesetzt sind. Dies gelte insbesondere für die Einführung einer originären EU-Steuer. Die Experten führten dazu aus, ein Einnahmeinstrument könne nur dann als eine EU-Steuer bezeichnet werden, wenn zumindest die Rechtsetzungshoheit und die Ertragshoheit bei der Union lägen. Für die Vollzugshoheit gelte dies nicht notwendigerweise. Bei unionsweit harmonisierten Steuern könne daher nicht von einer EU-Steuer gesprochen werden.

Der Einführung einer solchen EU-Steuer müsse innerhalb der Maßgaben des europäischen Primärrechts und des nationalen Verfassungsrechts erfolgen. Erschwerend komme noch das Einstimmigkeitsprinzip in Bezug auf das Eigenmittelsystem hinzu. Innerhalb dieser Grenzen sei allenfalls die Einführung von Lenkungssteuern nach Artikel 192 Absatz 2 AEUV möglich. Allerdings müsse bei diesen Steuern die Lenkungswirkung deutlich erkennbar im Vordergrund stehen. Zur Finanzierung des EU-Haushalts seien sie daher nur bedingt geeignet. Darüber hinaus lasse das bestehende Recht zwar weitergehende Harmonisierungsschritte zu, eine echte EU-Steuer könne daraus jedoch nicht resultieren.

Ausdrücklich wiesen mehrere Teilnehmer darauf hin, dass finanzhistorisch und politisch ein enger Zusammenhang zwischen Besteuerungsrechten und Verschuldungsbefugnissen bestehe. Da die Höhe der Steuereinnahmen stets zyklischen Schwankungen unterliege, stünde das

Zukunft der EU-Finanzen

Europäische Parlament bei einer vollständigen Steuerfinanzierung des Haushalts in Phasen wirtschaftlicher Abschwünge vor dem Problem, seine Ausgaben nicht vollständig aus Steuereinnahmen decken zu können. Die Einführung einer EU-Steuer würde daher unweigerlich die Einführung einer Verschuldungsbefugnis für die EU nach sich ziehen. Dies gelte zumindest dann, wenn die BNE-Eigenmittel nicht mehr zur Deckung von Finanzierungslücken zur Verfügung stünden. Dies sei ein weiteres Argument für die Beibehaltung der BNE-Eigenmittel.

4 Fazit und Ausblick

Die Diskussionen aus dem Workshop haben gezeigt, dass die Reform des Eigenmittelsystems auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU ein Projekt von erheblicher Tragweite ist. Der Workshop hat einen bedeutenden Beitrag für die Debatte um die Reform des Eigenmittelsystems geliefert. Zu den wichtigsten Erkenntnissen gehört, dass es nicht ausreicht, die Reformdebatte auf die Einnahmeseite des Haushalts zu beschränken. Das größte Verbesserungspotenzial besteht auf der Ausgabenseite, wo die bereits begonnene Modernisierung der Ausgabestruktur fortgesetzt werden sollte, indem die Ausgaben auf die Finanzierung europäischer öffentlicher Güter konzentriert werden

Die Einnahmeseite des derzeitigen Finanzierungssystems funktioniert in einigen Bereichen bereits gut. Dies gilt insbesondere für die BNE-Eigenmittel. Durch die Abschaffung der MwSt-Eigenmittel könnte jedoch auf einfache Art ein Zugewinn an Transparenz erreicht werden. Sie würden bei einer Abschaffung automatisch durch die sehr viel einfacher nachvollziehbaren BNE-Eigenmitteln ersetzt.

Es wurde ebenfalls argumentiert, dass ein größeres Maß an Einnahmeautonomie für die Union das Europäische Parlament sensibler für Sorgen der Steuerzahler machen könnte. Dazu bedürfte es jedoch einer vollständigen Finanzierung des EU-Haushalts über eine EU-Steuer. Der Einführung einer solchen Steuer sind jedoch durch den von Primär- und Verfassungsrecht gesetzten Rechtsrahmen enge Grenzen gesetzt. Die Finanzierung des EU-Haushalts durch eine EU-Steuer könnte zudem eine Verschuldungsbefugnis für die EU nach sich ziehen.

Die Ergebnisse des Workshops sollen in die Arbeiten der Hochrangigen Arbeitsgruppe eingebracht werden. Das BMF plant weitere Schritte eines vertieften Austauschs mit der Wissenschaft zum Thema der Finanzierung der EU. Es ist beabsichtigt, einige auf dem Workshop identifizierte Fragestellungen im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts zu vertiefen.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

- Die private und öffentliche Verschuldung liegt in vielen Industrieländern auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Der Artikel gibt einen Überblick über die Verschuldungssituation.
- Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sieht übermäßige Verschuldung als wichtiges Hemmnis für nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum. Die "Bilanzsicht" der BIZ wird in diesem Artikel ausführlich dargestellt. Ihr wird in Kurzform die keynesianisch geprägte "Nachfragesicht" gegenübergestellt.
- Die in vielen Ländern bestehenden Verschuldungs-/Bilanzprobleme sollten energisch angegangen werden, um die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu verbessern. Im Euroraum spielt hierbei die umfassende Bankenprüfung eine wichtige Rolle. Darüber hinaus muss in vielen Ländern die öffentliche Verschuldung konsequent abgebaut werden. Zudem müssen Strukturreformen zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt werden.

1	Einleitung	45
2	Sektorale Verschuldung ausgewählter Volkswirtschaften	
3	Hohe Verschuldung als Wachstums- und Stabilitätshemmnis – die "Bilanzsicht" der BIZ	50
3.1	Erklärung eines Finanzmarktbooms	50
3.2	Politik in einer Boomphase	
3.3	Politik nach Ausbruch einer Krise	
3.4	Risiken aus einer Nichtanpassung der Politik	52
4	Gegenüberstellung der "Nachfragesicht" und der "Bilanzsicht"	
5		53

1 Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die "Zentralbank der Zentralbanken", sieht die übermäßige öffentliche und private Verschuldung und unzureichende Strukturreformen als wichtigste Hemmnisse an, die es zu überwinden gilt, um nachhaltiges globales Wirtschaftswachstum in zufriedenstellender Höhe zu erreichen.¹ Damit setzt die BIZ einen deutlich anderen Schwerpunkt als die weitverbreitete keynesianisch geprägte "Nachfragesicht", der zufolge insbesondere auch eine aktive Fiskalpolitik einer gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschwäche entgegenwirken muss.

Dieser Artikel gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung und den Stand der privaten und öffentlichen Verschuldung in wichtigen Industrienationen. Dies soll einen Eindruck zur empirischen Relevanz der von der BIZ vertretenen "Bilanzsicht" vermitteln. Anschließend wird die Sichtweise der BIZ ausführlich dargestellt. In einem weiteren Kapitel wird die "Bilanzsicht" der sogenannten "Nachfragesicht" gegenüberstellt.

¹ Vergleiche z. B.: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich: 84. Jahresbericht, 2014; Jaime Caruana, BIZ: Global economic and financial challenges: a tale of two views, Lecture at the Harvard Kennedy School, 2014; Claudio Borio, BIS Working Papers No. 440: Monetary policy and financial stability: What role in prevention and recovery?, 2014.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

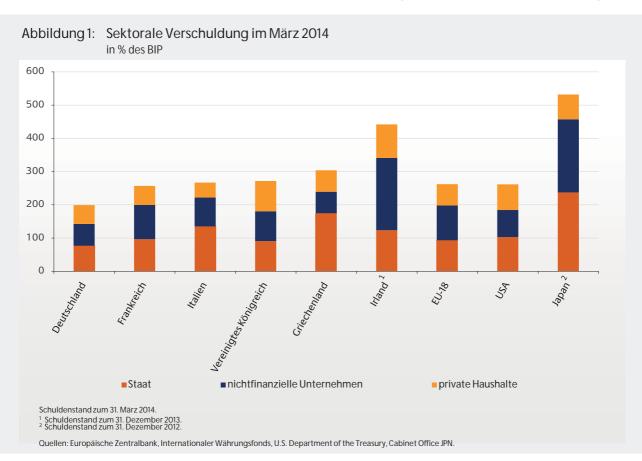
2 Sektorale Verschuldung ausgewählterVolkswirtschaften

Dieser Abschnitt stellt die aktuelle Verschuldungssituation in ausgewählten großen Industrienationen sowie zwei Staaten mit einer besonders prägnanten Verschuldungsentwicklung (Griechenland und Irland) dar und beleuchtet die Entwicklung der Verschuldung in den einzelnen Wirtschaftssektoren seit dem Ausbruch der Finanzkrise.² Die Ursprünge der Finanz- und Staatsschuldenkrise sind bekannt: Vor dem Hintergrund niedriger und stabiler Inflation in Verbindung mit einer wenig restriktiven Geldpolitik und angeheizt durch Finanzinnovationen

entwickelte sich ein kräftiger Finanzboom. Das Kreditvolumen und die Immobilienpreise schnellten vielerorts in die Höhe. Es kam zu einem kräftigen Bauboom, in den späteren Krisenländern war dieser besonders ausgeprägt.

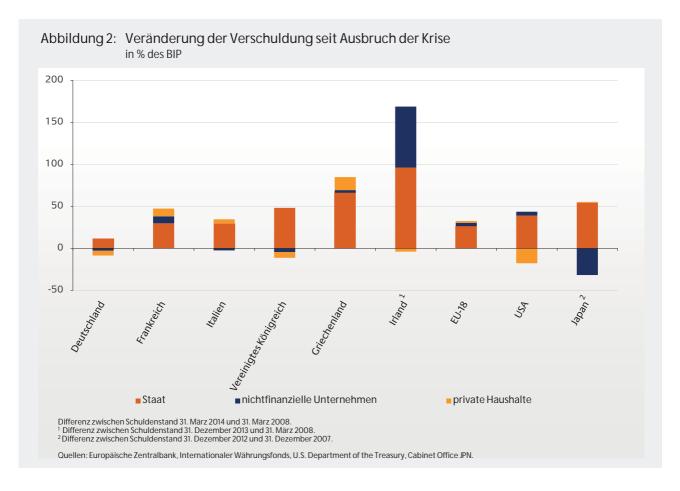
Als der Finanzboom endete und in einen Abschwung überging, kam es zu einer Finanzkrise besonderen Ausmaßes. Produktion und Welthandel brachen ein. Das Gespenst der Großen Depression prägte die politische Reaktion auf die Krise. Geld- und Fiskalpolitik griffen massiv ein, um eine Wiederholung der Ereignisse der 1930er Jahre zu vermeiden.

Dieses Vorgehen machte auch weitab von den direkt von der Krise betroffenen Ländern Schule. In China beispielsweise kam es zu einer massiven kreditinduzierten Expansion. Finanzkrise und Rezession haben die Verschuldung in vielen Volkswirtschaften in die Höhe getrieben. Die sektorale Aufteilung



² Auf die detaillierte Darstellung weiterer Volkswirtschaften wird aufgrund sehr heterogener Datenqualität verzichtet.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis



dieser Schuldenstände ist dabei regional sehr unterschiedlich. Während z. B. in Europa und den USA vor allem der Staat ein Schuldentreiber war, stieg in Asien in vielen Fällen insbesondere die Unternehmensverschuldung an (nicht so in Japan, siehe Abbildung 1 und 2).

Zum Ende des 1. Quartals 2014 wies eine Vielzahl von EU-Staaten eine öffentliche Verschuldung jenseits der Maastricht-Grenze von 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Die (ehemaligen) Programmländer haben teilweise eine Schuldenquote über dem Doppelten der Maastricht-Grenze zu verzeichnen. Dies birgt nicht zu unterschätzende makroökonomische Risiken. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Verschuldung des nichtfinanziellen Privatsektors³ in vielen Staaten oberhalb der

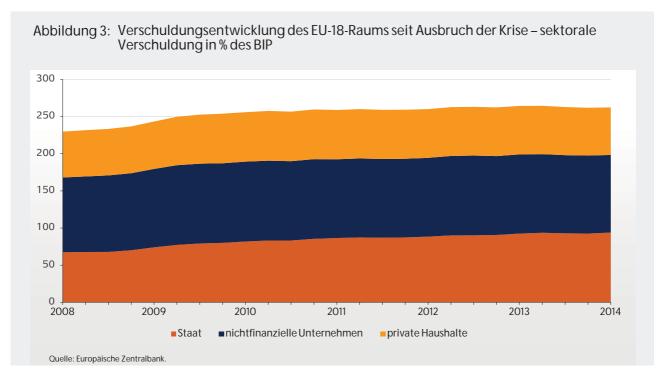
Ein Blick auf die Entwicklungen seit dem Ausbruch der Finanzkrise (siehe Abbildung 2) zeigt, dass im Nachgang der Krise in den betrachteten Volkswirtschaften insbesondere die Staatsverschuldung anstieg. Es zeigt sich jedoch auch, dass die aktuell sehr hohen öffentlichen Schuldenstände nicht nur auf die Reaktionen auf die Krise zurückzuführen sind. Die Maastricht-Grenze von 60 % des BIP hielten von den betrachteten Staaten nur Irland und das Vereinigte Königreich ein. Die Staaten des heutigen Euroraums (EU-18) waren im Aggregat seit 2000 niemals

von der Europäischen Kommission als kritisch angesehenen Grenze von 160 % des BIP liegt.⁴

³ Der nichtfinanzielle Privatsektor umfasst den Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen und den der privaten Haushalte.

⁴ Eine Verschuldung des nichtfinanziellen Privatsektors in Höhe von 160 % des BIP wird von der Europäischen Kommission im Scoreboard für die Macroeocnomic Imbalances Procedure als kritischer Wert ausgewiesen.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis



mit weniger als 60 % des BIP verschuldet.⁵ In Verbindung mit den Maßnahmen zur Krisenbewältigung ergeben sich deshalb vielerorts Schuldenstände des öffentlichen Sektors weit jenseits der 60 % des BIP, welche der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grenze vorsieht.

Die nähere Betrachtung der Verschuldungsentwicklung im heutigen Euroraum (siehe Abbildung 3) unterstreicht diese Ergebnisse. Die öffentliche Verschuldung der heutigen Mitglieder des Euroraums zeigt im Aggregat eine stetige Steigerung, die sich über die vergangenen sechs Jahre zu einem Anstieg um mehr als 25 % der Jahreswirtschaftsleistung des Euroraums kumuliert. Die Verschuldung der nichtfinanziellen privaten Sektoren weist im Aggregat nur wenig Dynamik auf. Am aktuellen Rand deuten die Zahlen auf einen leichten Rückgang der privaten Verschuldung

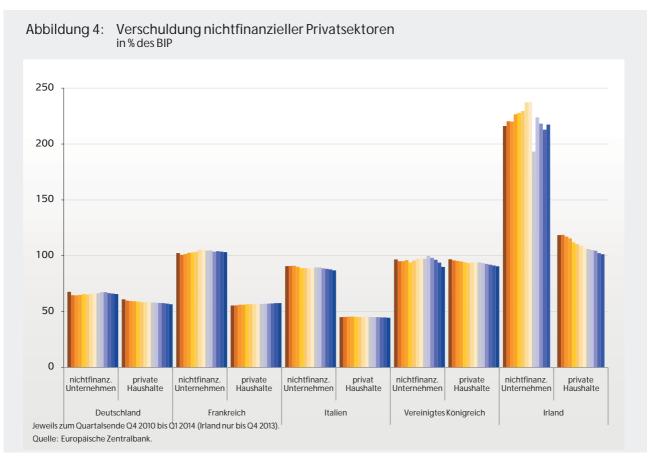
Inwiefern dieser Eindruck von der Aggregation bestimmt wird, lässt sich anhand der Abbildung 4 überprüfen. Es zeigt sich dort einerseits, dass die Entwicklung der Verschuldung in den nichtfinanziellen Privatsektoren tatsächlich nicht die Dynamik der öffentlichen Verschuldung aufweist. Außerdem lassen die Werte am aktuellen Rand tatsächlich auf Stabilisierungen auf hohem Niveau oder sogar rückläufige Schuldenquoten schließen. Andererseits werden signifikante Entwicklungen, wie jene in Irland, oder gegen den Trend verlaufende Entwicklungen, wie bei den privaten Haushalten Frankreichs, durch die Aggregation verdeckt. Summierte Schuldenquoten jenseits von 160 % des BIP sind weiterhin weit verbreitet. Dies wird oftmals von weiterhin sehr hohen Schuldenquoten im Sektor nichtfinanzieller Unternehmen getrieben.

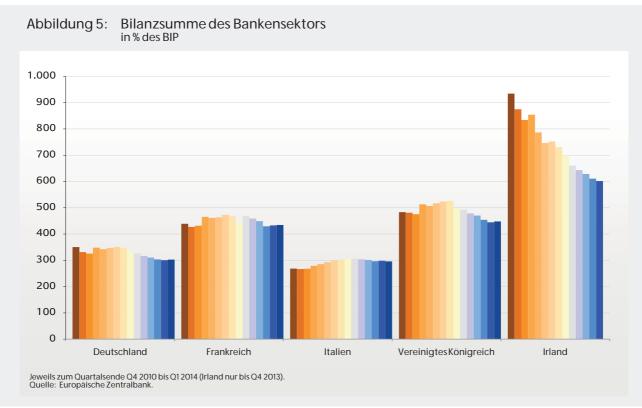
Während die bisherigen Betrachtungen auf die nichtfinanziellen Sektoren ausgerichtet war, soll natürlich auch der Bankensektor gewürdigt werden. Die getrennte Betrachtung ist den relativen Größenordnungen der Sektoren geschuldet (vergleiche Abbildung 5).

oder zumindest eine Stabilisierung auf hohem Niveau hin.

⁵ Eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der Verschuldung im heutigen Euroraum seit 2008 findet sich in Abbildung 3. Für weitergehende Betrachtungen siehe Statistical Data Warehouse der Europäischen Zentralbank, abrufbar unter http://sdw.ecb.europa.eu/.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis





Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

Die Bilanzsummen des Bankensektors scheinen den Höhepunkt überwunden zu haben. Die notwendige Entschuldung und Reduzierung der Bankbilanzen schreitet voran (Deleveraging). Dies lässt sich vor allem in Irland beobachten. Die Verschuldung des irischen Bankensektors hat sich seit Ende 2010 um ein Drittel beziehungsweise 500 Mrd. € reduziert. Dies entspricht knapp 2 ½ Jahreswirtschaftsleistungen von Irland. Doch trotz dieser immensen Reduzierung bleibt der irische Bankensektor relativ gesehen sehr groß.

Insgesamt zeigt sich, dass sich nicht nur die öffentlichen Schulden auf historisch gesehen hohen Niveaus bewegen. Doch während die öffentliche Verschuldung eine hohe mediale Aufmerksamkeit genießt, ist nach Auffassung der BIZ die Kombination aus öffentlicher und privater Verschuldung ein zentrales Wachstumshemmnis. Näheres dazu in den folgenden Abschnitten.

3 Hohe Verschuldung als Wachstums- und Stabilitätshemmnis – die "Bilanzsicht" der BI7

Der Abbau der hohen öffentlichen und privaten Verschuldung steht im Mittelpunkt der "Bilanzsicht", die jüngst vor allem von der BIZ prominent vertreten worden ist. Diese Sichtweise soll im Folgenden näher dargestellt werden.

3.1 Erklärung eines Finanzmarktbooms

Die BIZ stellt fest, dass bislang kein monetäres Regime dauerhaft Preis- und Finanzmarktstabilität sichern konnte. Sie sieht es als gut belegt an, dass Finanzmarktliberalisierung verschärfte Aufund Abschwünge wahrscheinlicher mache, da die Verfügbarkeit von Krediten zunehme. Geldpolitische Regime, die niedrige und stabile Inflation hervorbrächten, sorgten für eine Erwartung stabiler Preise und Löhne. Diese würden dadurch im Boom kaum steigen, und die Geldpolitik bremse folglich nicht. Die daraus resultierenden niedrigen Zinsen erhöhten die Wahrscheinlichkeit, dass Kredite - und damit die Verschuldung und Vermögenspreise zu stark steigen würden. Die BIZ sieht insgesamt deutliche Parallelen zwischen der Entstehung der aktuellen Finanzmarktkrise einerseits und der Phase des klassischen Goldstandards im Vorfeld der Großen Depression in den 1930er Jahren andererseits. Dies bedeute nicht, dass Finanzmarktliberalisierung, glaubwürdige Anti-Inflationspolitik und Globalisierung der Realwirtschaft unwillkommen seien. Den daraus entstehenden Risiken müsse aber begegnet werden. Mögliche Reaktionen werden in den folgenden Ausführungen diskutiert.

3.2 Politik in einer Boomphase

Die BIZ ist der Auffassung, es gebe zunehmend empirische Belege dafür, dass der Aufbau von finanziellen Ungleichgewichten zeitnah mit ausreichender Reaktionszeit identifiziert werden könne. Der beste Indikator sei eine gleichzeitige Abweichung der Kreditvergabe und der Vermögenspreise – insbesondere der Immobilienpreise – vom jeweiligen historischen Trend. Vor der Krise hätten Kreditvergabe und Immobilienpreise ein nicht-nachhaltiges Wirtschaftswachstum angezeigt, die Inflation insgesamt hingegen sei niedrig und stabil geblieben. Die BIZ betont, es gehe nicht darum, mit der Geldpolitik Blasen platzen zu lassen, sondern darum, den Aufbau von finanziellen Ungleichgewichten zu hemmen. Darin könne die Geldpolitik sehr effektiv sein, da sie die Kreditvergabe, die Vermögenspreise und die Risikobereitschaft der Marktteilnehmer beeinflusse. Auch Maßnahmen der Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie die Fiskalpolitik müssten aber ihre Rolle spielen, damit Puffer aufgebaut und die Entstehung einer übersteigerten Kreditund Nachfragedynamik in Boomphasen gehemmt werden könnten.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

3.3 Politik nach Ausbruch einer Krise

Die BIZ unterscheidet zwei Phasen nach dem Ausbruch einer Krise. Für die akute Phase des Krisenmanagements unterstützt die BIZ die konventionelle Sichtweise, dass die Geldpolitik aggressiv gelockert werden müsse, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern. Für die anschließende Phase der Krisenabwicklung betont die BIZ hingegen die Unterschiede zwischen normalen Rezessionen und Bilanzrezessionen, die auf finanzielle Booms folgen: Die Expansion, die Bilanzrezessionen vorangehe, dauere wesentlich länger. Die folgenden Schuldenund Kapitalstocküberhänge seien wesentlich größer und die Beschädigung des Finanzsektors sei viel gravierender als bei normalen zyklischen Rezessionen. Außerdem sei der politische Spielraum kleiner, da die Puffer erschöpft seien (geringe Kapital- und Liquiditätspuffer der Banken, hohe öffentliche Haushaltsdefizite, Notenbankzinsen nahe null). Bilanzrezessionen tendierten dazu, tiefer zu gehen, mit schwächeren Erholungen verbunden zu sein und zu dauerhaften Produktionsverlusten zu führen. Während des Booms würde dies etwa durch die Überschätzung des Produktionspotenzials und Potenzialwachstums sowie die Fehlallokation von Ressourcen bewirkt, insbesondere von Kapital, aber auch von Arbeit. In der Krise trügen die drückenden Effekte der Schulden- und Kapitalüberhänge und die Störungen der Finanzintermediation zu den gravierenderen Auswirkungen bei.

In der Bilanzrezession würden die Wirtschaftsteilnehmer erkennen, dass sie in der Vergangenheit zu viele Kredite aufgenommen hätten. Sie wollten deshalb ihre Kredite abbauen. Die resultierende geringe Ausgabenneigung verringere die Wirksamkeit der expansiven Geldpolitik selbst dann, wenn der geldpolitische Transmissionskanal nicht gestört sei. Auch die Fiskalpolitik werde durch die geringe Ausgabeneigung weniger wirksam. Priorität bei der Krisenabwicklung

müsse stattdessen haben, die Bilanzen des Finanz- und Realsektors zu sanieren, d. h. sich schnell um den Schuldenüberhang und das Problem der schlechten Asset-Qualität zu kümmern. Es gebe empirische Belege, dass ein schnellerer Schuldenabbau zu einer stärkeren gesamtwirtschaftlichen Erholung führe.

Wenn die Geldpolitik trotzdem ultralocker bleibe, würden die negativen Nebenwirkungen der Geldpolitik verstärkt:

- 1. Die Bilanzschwäche werde verschleiert.
- Die Anreize zum Abbau der Überkapazitäten im Finanzsektor würden verringert (Entstehung von "Zombie-Banken").
- Die Ertragskraft von Banken, Versicherungen und Pensionsfonds werde durch die eingeengte Zinsmarge verringert.
- 4. Marktsignale würden abgeschwächt.
- Eine Währungsabwertung in Folge der lockeren Geldpolitik könne zwar entlasten, stoße aber auf Widerstand anderer Länder.
- Die Unabhängigkeit der Zentralbank könne wegen des quasi-fiskalischen Charakters der Geldpolitik kompromittiert werden.

Wenn die Finanzmarktpolitik die erforderliche Reparatur der Bankbilanzen nicht energisch genug angehe und die Fiskalpolitik nicht zielgerichtet die Reparatur der Bilanzen des Privatsektors unterstütze, werde die Geldpolitik überfordert. Geldpolitik könne lediglich Zeit kaufen. Sei die Finanzpolitik zudem nicht solide genug, um eine deutliche Verschlechterung der staatlichen Kreditwürdigkeit zu verhindern, könne eine lähmende Rückkopplungsschleife (feedback loop) zwischen dem Staat und den Banken entstehen.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

Die grundlegende Empfehlung für Geldpolitik, Finanzpolitik und Finanzmarktpolitik sei deshalb, sich stärker gegen eine übersteigerte, sich selbst verstärkende Nachfragedynamik in Boomphasen zu stemmen und weniger aggressiv und lange während der Abschwungphasen zu lockern. Während des Aufschwungs müssten zudem die Probleme mit der Qualität von Aktiva und Passiva der Bilanzen zügig angegangen werden. Es müssten Puffer aufgebaut werden, die den Aufbau des Booms abschwächen und den Abschwung abfedern könnten.

3.4 Risiken aus einer Nichtanpassung der Politik

Missachte die Politik die Empfehlungen, entstünden drei Risiken: Erstens könnten die Zentralbanken ihre Glaubwürdigkeit verlieren, weil die Erwartungen an sie und ihre tatsächlichen Möglichkeiten zu weit auseinanderklaffen. Zweitens könnten Geld-, Fiskal- und Finanzmarktpolitik beim nächsten Finanzzyklus "ohne Waffen" dastehen, da die Puffer zu klein sind. Das ultimative Risiko wird in einem Regimewechsel weg von der globalen Integration der Real- und Finanzwirtschaft und der auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik gesehen. Dann stelle sich die Frage, ob das globale institutionelle Gefüge einen weiteren Schock überstehen würde.

4 Gegenüberstellung der "Nachfragesicht" und der "Bilanzsicht"

In diesem Abschnitt soll die "Bilanzsicht" der keynesianisch geprägten "Nachfragesicht" in gestraffter Form gegenübergestellt werden.⁶ Prominente Vertreter der "Nachfragesicht"

Tabelle 1: Gegenüberstellung der "Nachfragesicht" und der "Bilanzsicht"

Nachfragesicht	Bilanzsicht
Die Krise war ein großer negativer Nachfrageschock mit dauerhaften Konsequenzen.	Die Krise war kein exogener Schock, sondern Folge des Platzens des Finanzbooms.
Der Schuldenabbau (deleveraging) nach der Krise verschärft und verlängert das Nachfrageproblem.	Der Schuldenabbau ist die notwendige Voraussetzung für eine selbsttragende Erholung.
Das schwache Kreditangebot (der schwachen Banken) beschränkt die wirtschaftliche Gesamtnachfrage.	Die schwache Kreditnachfrage (insbesondere der hoch verschuldeten Unternehmen) beschränkt die wirtschaftliche Gesamtnachfrage.
Die Nachfrageschwäche führt zum Risiko einer Deflation.	Preisrückgänge sind zum Teil positive Wirkungen der Globalisierung.
Länder mit einem Leistungsbilanzüberschuss tragen zur globalen Nachfrageschwäche bei.	Eine lockere Geldpolitik in großen Ländern führt zu Finanzbooms auch in anderen Ländern. Wichtiger als die Leistungsbilanzen sind geldpolitisch bedingte Kapitalströme.
Der beharrliche Nachfragemangel schädigt das Angebot (z.B. Wissensverlust der Arbeitslosen).	Die Fehlallokation von Kapital und Arbeit durch extrem niedrige Zinsen führt zur langfristigen Schwächung der Wirtschaft.
Der reale Gleichgewichtszinssatz ist negativ (eventuell dauerhaft). Dies ist u. a. ein Problem, weil Zentralbanken ihren Zinssatz nicht unter null setzen können.	Negative Realzinssätze sind kein Gleichgewichtsphänomen; sie haben im Inund Ausland negative Nebenwirkungen (Blasen).
Politikempfehlungen:	Politikempfehlungen:
 Stimulierung der Nachfrage durch expansive Geld- und Fiskalpolitik, insbesondere in Überschussländern. 	 Angehen der langfristigen Probleme, um Vertrauen zu schaffen. Dies stärkt die Nachfrage.
 Gegebenenfalls Erhöhung der Inflationsziele der Zentralbank. 	 Energische und nachhaltige Sanierung der Bilanzen (Banken, Staat, private Haushalte, Unternehmen).
 Haushaltskonsolidierungen können warten, bis ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum erreicht ist. 	 Rückkopplung von Schuldenüberhang und schlechter Qualität der Aktiva brechen.
	Geldpolitik sollte rechtzeitig eine Normalisierung anstreben.
	Geringeres Wachstum tolerieren in der kurzen Frist.

⁶ Diese Gegenüberstellung stützt sich vor allem auf das obengenannte Working Paper der BIZ und auf den obengenannten Vortrag des Generaldirektors der BIZ, Jaime Caruana.

Sieben Jahre nach Beginn der Finanzkrise: Verschuldung als Wachstumshemmnis

sind z. B. Lawrence Summers⁷ und Paul Krugman⁸. Die vereinfachende Form der Darstellung in Tabelle 1 sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vertreter der beiden Sichtweisen auch gemeinsame Positionen vertreten und sich einige der angesprochenen Punkte nicht gegenseitig ausschließen. Hierzu gehört z. B., dass auch die BIZ in der akuten Phase nach dem Platzen einer Finanzblase für eine energische Stärkung der Gesamtnachfrage durch eine Lockerung der Geldpolitik plädiert. Auch votieren die Vertreter beider Seiten für eine Stärkung des Potenzialwachstums durch Strukturreformen. Grundsätzlich sind zudem auch Vertreter der "Nachfragesicht" der Auffassung, dass hohe private und öffentliche Schuldenstände in Industrieländern als Wachstumsbremse wirken.9

5 Fazit

Die private und öffentliche Verschuldung war bereits vor dem Ausbruch der Finanzkrise in vielen Industrieländern hoch. Im Zuge der Krise ist die Verschuldung in vielen Fällen noch dramatisch angestiegen. Vor diesem Hintergrund ist es essenziell, sich mit den Besonderheiten von Bilanzrezessionen auseinander zu setzen. Die zu expansive Politik vor der Krise kann jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das macht die Anpassungsprozesse schmerzhafter. Im Einzelfall bleibt es aber schwierig festzustellen, wann die negativen Nebenwirkungen einer expansiven Politik überwiegen. Der hohe Verschuldungsgrad in vielen Industrieländern im siebten Jahr nach Beginn der Finanzkrise spricht dafür, dass heute in vielen Ländern Bilanzprobleme eine wichtige Hürde für nachhaltiges Wirtschaftswachstum darstellen. Der umfassenden Bankenprüfung mitsamt dem Stresstest im Euroraum kommt eine besondere Bedeutung für die Überwindung dieser Hürde zu. Gleiches gilt für einen konsequenten Abbau der öffentlichen Verschuldung. Hinzukommen müssen Strukturreformen, die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum nachhaltig stärken. Die BIZ hat diese Argumentationslinie theoretisch und empirisch durch die "Bilanzsicht" zusätzlich untermauert und stellt damit der keynesianisch geprägten "Nachfragesicht" einen überzeugenden Erklärungsansatz gegenüber.

⁷ Vergleiche z. B. seinen Vortrag bei der IMF Research Conference am 8. November 2013, http://larrysummers.com/imf-fourteenth-annualresearch-conference-in-honor-of-stanley-fischer/.

⁸ Vergleiche z. B. Paul Krugman: Vergesst die Krise! Warum wir jetzt mehr Geld ausgeben müssen, 2012.

Vergleiche z. B. Internationaler Währungsfonds, Transcript of a Press Briefing on the World Economic Outlook (WEO) Update, Juli 2014.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die positive konjunkturelle Grunddynamik ist trotz Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 2. Quartal um 0,2 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) nach wie vor intakt. Das Zurückfahren der vorgezogenen Bauinvestitionen trug wesentlich zur Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Quartal bei.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin in einer guten Verfassung. Der Beschäftigungsaufbau hielt in saisonbereinigter Betrachtung auch im Juli an. Die Arbeitslosenzahl stagnierte saisonbereinigt nahezu.
- Im August setzte sich der moderate Verbraucherpreisanstieg mit gleicher Inflationsrate wie im Juli fort. Vor allem rückläufige Preise für Mineralölprodukte wirkten dämpfend.

Die positive konjunkturelle Grunddynamik ist trotz BIP-Rückgang im 2. Quartal um 0,2 % (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) nach wie vor intakt. Dies zeigt die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Halbjahr. Im Vergleich zum Vorzeitraum ist das BIP saison- und preisbereinigt um 0,8 % angestiegen, was einer laufenden Jahresrate von etwas über 1½ % entspricht. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten lag damit in der Tendenz etwas über dem Potenzialwachstum.

Im 2. Quartal kamen positive Impulse sowohl vom privaten als auch vom staatlichen Konsum. Dagegen gaben die Investitionen deutlich nach. Dies war vor allem auf einen kräftigen Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal - 4,2%), während die Investitionen in Ausrüstungen sich nur leicht verringerten (-0,4%). Mit der Abnahme der Bauinvestitionen am aktuellen Rand wurden die witterungsbedingten Vorzieheffekte zu Beginn dieses Jahres korrigiert, die sich in einer Ausweitung der Investitionen in Bauten um 4,1% widerspiegelten. Das Zurückfahren der vorgezogenen Bauinvestitionen trug wesentlich zur Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Quartal bei. Insgesamt weist das 1. Halbjahr jedoch eine intakte positive Grunddynamik

bei der Investitionstätigkeit auf, die mit den günstigen Rahmenbedingungen (niedrige Zinsen, gute Gewinnsituation der Unternehmen) im Einklang steht. Trotz Verunsicherung der Marktakteure vor allem aufgrund der Sanktionen gegenüber Russland, die sich in einer Stimmungsverschlechterung der Unternehmen in den vergangenen Monaten widerspiegelte, beschleunigten sich die Exporte gegenüber dem Vorquartal (+ 0,9 % kalender- und saisonbereinigt). Gleichzeitig beschleunigten sich auch die preisbereinigten Importe von Waren und Dienstleistungen. Sie stiegen mit 1,6 % gegenüber dem Vorquartal jedoch deutlich stärker an als die Exporte, was rein rechnerisch einen leicht negativen Wachstumsbeitrag der Nettoexporte ergibt.

Die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Quartal dürfte nur temporär gewesen sein. Für die 2. Jahreshälfte kann mit einer moderaten BIP-Zunahme gerechnet werden, sofern die geopolitischen Risiken nicht eskalieren. So scheint sich die Industrie wieder zu erholen. Ein hoffnungsvolles Zeichen für die Perspektiven der Binnenwirtschaft gibt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung expandiert nach wie vor. Sie trägt dazu bei, dass der private Konsum das Wirtschaftswachstum weiter stützt. Aber auch von der Investitionstätigkeit sind angesichts der günstigen ökonomischen

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Fundamentalfaktoren im weiteren Jahresverlauf wieder positive Impulse zu erwarten.

Die Exporttätigkeit zeigte einen guten Einstieg in das 3. Quartal. Die nominalen Warenexporte nahmen im Juli sehr kräftig zu (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat), nach einer merklichen Ausweitung im Monat zuvor. Im Zweimonatsdurchschnitt beschleunigte sich damit der Aufwärtstrend. Die nominalen Wareneinfuhren wurden zwar im Juli zurückgefahren. Sie sind jedoch den Juni und Juli zusammengenommen gegenüber April/ Mai aufwärtsgerichtet. In dem Zeitraum Januar bis Juli übertrafen sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte das entsprechende Vorjahresniveau deutlich (+3,3% beziehungsweise + 2,4%). Nach Regionen (Ursprungslandprinzip) liegen die Daten nur bis Juni vor. Dabei wurde der Handel mit den Ländern der EU im 1. Halbjahr 2014 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau kräftig ausgeweitet. Warenausfuhren und -einfuhren nahmen jeweils um 4,7 % beziehungsweise 4,5 % zu. Besonders hoch waren die Wachstumsraten des Außenhandels mit den Ländern der EU außerhalb des Euroraums (+ 9,0 % beziehungsweise + 7,8 %). Aber auch die Exporte in den Euroraum und die Importe aus diesen Ländern zogen spürbar an (+ 2,4 % beziehungsweise + 2,9 %). Dagegen verlief der Außenhandel mit den Ländern außerhalb der EU noch schleppend: Die Importe stagnierten, während die Ausfuhren noch rückläufig waren.

Der Handelsbilanzüberschuss (nominale Warenausfuhr abzüglich Wareneinfuhr) betrug im Zeitraum Januar bis Juli 122,8 Mrd. €. Das waren 8,6 Mrd. € mehr als vor einem Jahr. Diese Entwicklung und eine deutliche Verringerung des Defizits der Dienstleistungsbilanz (+7,9 Mrd. €) trugen hauptsächlich zu der Erhöhung des Leistungsbilanzsaldos um 12,7 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr bei.

Die Exporte Deutschlands dürften sich in der 2. Jahreshälfte weiter erholen. Es sind jedoch keine kräftigen Wachstumsraten zu erwarten. Dies signalisieren die gedämpft optimistischen

Exporterwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen. Dafür spricht auch das eher moderate Wachstum der Weltwirtschaft. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestätigte in ihrer Zwischenprognose vom 15. September, dass sie für das Jahr 2014 von einem moderaten Anstieg der globalen Wirtschaftstätigkeit ausgeht. Dabei könnte die wirtschaftliche Aktivität im 2. Halbjahr etwas lebhafter sein als in der 1. Jahreshälfte. Allerdings sind die Wachstumserwartungen für die einzelnen Länder sehr heterogen. Die USA sind auf dem Wege einer soliden Erholung, während der Euroraum und Japan zur Schwäche neigen. Die Wachstumserwartungen für China und andere Schwellenländer sind hoch, liegen jedoch unter den Raten der vorangegangenen beiden Jahre. Diese Einschätzungen werden vom OECD Composite Leading Indicator bestätigt, der für die OECD-Länder insgesamt eine stabile wirtschaftliche Aktivität signalisiert.

Von einer etwas lebhafteren globalen Erholung würde die deutsche Exportwirtschaft in besonderem Maße profitieren. Nachdem die Bestelltätigkeit im 2. Quartal stagnierte und ein Plus aus dem Euroraum dabei stützend wirkte, wurden im Juli die industriellen Auftragseingänge sowohl aus dem Euroraum als auch aus den Ländern außerhalb des Eurowährungsgebiets deutlich ausgeweitet. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass auch ein überdurchschnittlich hohes Volumen an Großaufträgen dabei eine Rolle gespielt hat.

Die Industrie zeigte insgesamt einen guten Einstieg in das 3. Quartal. Die Industrie-produktion nahm im Juli saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat sehr deutlich zu. Daran waren alle drei Gütergruppen, Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter, beteiligt. Insbesondere die Investitionsgüterherstellung gewann an Schwung und zeigt nach einem Plus von 5,0 % im Juli im Zweimonatsdurchschnitt gegenüber der entsprechenden Vorperiode eine deutliche Aufwärtsbewegung. Hierzu trug vor allem eine sprunghafte Ausweitung der Produktion von

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpolitischer\,Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2013		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr			
	bzw. Index	Vorjahr in %	4. Q. 13	1. Q. 14	2. Q. 14	4. Q. 13	1.Q.14	2.Q.14	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,1	+0,1	+0,4	+0,7	-0,2	+1,0	+2,5	+0,8	
jeweilige Preise	2 809	+2,2	+0,9	+1,2	+0,3	+2,9	+4,5	+2,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 100	+2,2	+1,0	+1,6	-0,3	+3,3	+4,9	+2,1	
Arbeitnehmerentgelte	1 428	+2,8	+0,9	+1,1	+0,7	+2,8	+3,8	+3,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	672	+0,9	+1,3	+2,7	-2,2	+4,5	+7,0	-1,2	
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 682	+1,8	-0,5	+0,6	+0,7	+1,8	+2,3	+2,1	
Bruttolöhne und -gehälter	1 166	+3,0	+0,7	+1,2	+0,7	+3,0	+3,9	+3,7	
Sparen der privaten Haushalte	157	-1,3	-1,5	+2,9	-0,0	+1,6	+3,5	+2,9	
		2013			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahı	r	
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Jun 14	Jul 14	Zweimonats- durchschnitt	Jun 14	Jul 14	Zweimonats durchschnit	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1 094	-0,2	+1,0	+4,7	+2,8	+1,2	+8,5	+4,8	
Waren-Importe	896	-1,1	+4,5	-1,8	+1,8	+2,1	+1,0	+1,6	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	106,4	+0,1	+0,4	+1,9	+0,5	-0,4	+2,5	+1,1	
Industrie ²	107,8	+0,3	+0,3	+2,6	+0,7	+0,3	+4,4	+2,3	
Bauhauptgewerbe	105,6	-0,2	+1,0	+1,7	+0,1	-1,2	-1,2	-1,2	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	105,8	-0,0	+0,9	+0,9	+0,9	+3,2	+4,7	+3,9	
Inland	103,2	-1,5	+1,1	+1,3	+0,6	+2,2	+3,3	+2,7	
Ausland	108,5	+1,4	+0,7	+0,6	+1,2	+4,2	+6,2	+5,2	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie ²	106,1	+2,8	-2,7	+4,6	-1,3	-2,0	+4,9	+1,3	
Inland	101,8	+0,9	-1,5	+1,7	-1,9	-0,1	+1,6	+0,8	
Ausland	109,5	+4,2	-3,4	+6,9	-0,7	-3,4	+7,6	+1,8	
Bauhauptgewerbe	111,3	+2,2	-7,7		-6,8	-10,5		-5,0	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	101,4	+0,2	+1,1	-1,1	+0,4	+0,1	+1,0	+0,5	
Handel mit Kfz	101,9	-1,3	-0,2		-1,8	-1,4		+1,2	

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2013		Veränderung in Tausend gegenüber						
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorp	eriode saisor	bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	Vorjahr in %	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,95	+1,8	+7	-12	+2	-32	-43	-44	
Erwerbstätige, Inland	42,28	+0,6	+25	+44		+338	+341		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29,62	+1,1	+89						
	2013		Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber Vorjahr in %		Vorperio	le	Vorjahr			
20.0			Jun 14	Jul 14	Aug 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	
Importpreise	105,9	-2,6	+0,2	-0,4		-1,2	-1,7		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	106,9	-0,1	+0,0	-0,1		-0,7	-0,8		
Verbraucherpreise	105,7	+1,5	+0,3	+0,3	+0,0	+1,0	+0,8	+0,8	
ifo Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	
Klima	+13,6	+14,8	+13,7	+14,7	+13,1	+11,8	+8,6	+5,3	
Geschäftslage	+13,4	+17,1	+18,6	+18,8	+17,8	+17,8	+14,2	+10,9	
Geschäftserwartungen	+13,9	+12,6	+8,9	+10,7	+8,5	+5,9	+3,1	-0,1	

¹Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut.

Kraftwagen bei (+ 4,3 % gegenüber Vorperiode). Die industrielle Erzeugung insgesamt konnte ebenfalls im Zweimonatsvergleich einen merklichen Anstieg verbuchen.

Der Umsatz mit den hergestellten Produkten wurde im Juli über alle Gütergruppen hinweg sowohl auf ausländischen als auch inländischen Märkten ausgeweitet. Besonders hoch fiel dabei der Inlandsumsatz mit Investitionsgütern aus. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich eine leicht aufwärtsgerichtete Umsatzentwicklung.

Nachdem die Industriekonjunktur im Verlauf des 2. Quartals durch Verunsicherung der Unternehmen aufgrund zahlreicher geopolitischer Konflikte, insbesondere der Ukraine-Krise, gedämpft wurde, scheint sich die Industrie zu Beginn des 3. Vierteljahres wieder zu erholen. Zur Ausweitung der industriellen Aktivität im Juli hat wahrscheinlich auch die späte Lage der Sommerferien beigetragen. Bei den Auftragseingängen kommt ein überdurchschnittlich hohes Volumen an

Großaufträgen hinzu. Aber auch ohne Großaufträge war ein deutliches Plus der Bestelltätigkeit im Juli zu verzeichnen. Im Zweimonatsvergleich liegen die Ergebnisse der saisonbereinigten Orders - aufgrund der vorangegangenen Rückgänge – jedoch noch unter dem Niveau der entsprechenden Vorperiode. Die weitere Entwicklung in der Industrie hängt in starkem Maße davon ab, ob es zu keiner weiteren Eskalation im Ukraine-Konflikt und anderer geopolitischer Krisen kommt und sich vor diesem Hintergrund die Verunsicherung der Marktteilnehmer wieder legt. Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der Verschlechterung der jedoch weiterhin optimistischen Stimmung der vom ifo Institut befragten Unternehmen wider (ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe).

Die Produktion im Baugewerbe stieg im Juli den zweiten Monat in Folge an (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat) und stagnierte nun im Zweimonatsvergleich gegenüber der

²Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Vorperiode. Damit dürfte die Bauproduktion nach der Abschwächung im 2. Quartal – auf dem Wege der Normalisierung sein. Stützend wirkten dabei im Zweimonatsvergleich das Plus im Tief- und Hochbau, während das Ausbaugewerbe noch eine Abwärtsbewegung zeigt, die sich jedoch deutlich verlangsamt hat. Die Entwicklung der Bauproduktion im weiteren Verlauf des 3. Quartals kann schwer eingeschätzt werden. Ausgehend von der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe und der leichten Stimmungsverbesserung im Bauhauptgewerbe hinsichtlich der Einschätzungen zu Geschäftslage und -erwartungen im August könnte sich die Bauproduktion weiter erholen. Allerdings gaben die Auftragseingänge im 2. Quartal kräftig nach.

Der Konsum der privaten Haushalte stützte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal leicht. Auch im weiteren Jahresverlauf sind vom privaten Konsum positive Impulse zu erwarten. Zwar war der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge im Juli rückläufig. Aber die Neuzulassungen von privaten Kraftwagen im Juli/August zeigen gegenüber der Vorperiode eine Aufwärtsbewegung, was für sich genommen für eine günstige Entwicklung des Handels mit Kraftfahrzeugen spricht. Auch die Stimmung der Verbraucher ist sehr gut, wenngleich die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für September eine leichte Verschlechterung prognostiziert. Die weniger optimistische Stimmung resultiert vor allem aus einem kräftigen Rückgang der Konjunkturerwartungen, der sich jedoch nur sehr wenig auf die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung auswirkte. Die Verschlechterung der Konjunkturerwartungen dürfte vor allem mit einer Verunsicherung der Verbraucher hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im Zusammenhang stehen. Die Verunsicherung ist durch geopolitische Risiken geprägt, wobei wahrscheinlich insbesondere der Ukraine-Konflikt das Vertrauen belastet. Die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung dürften gleichwohl weiterhin von der nach wie vor günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt profitiert haben. Die aus

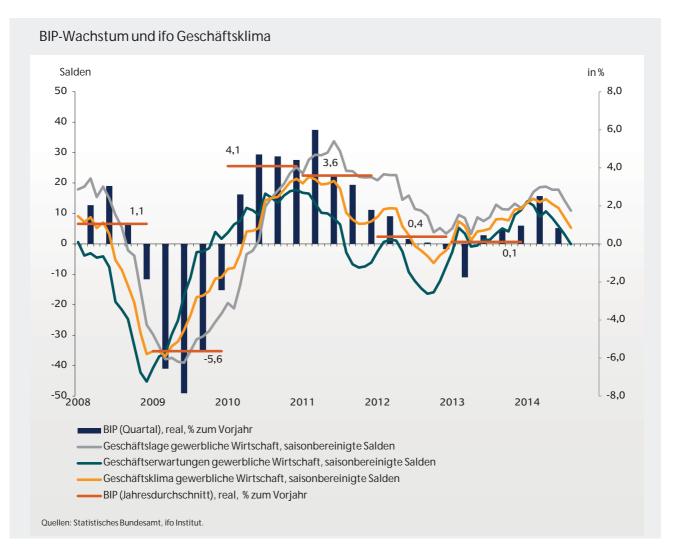
dem Beschäftigungsaufbau resultierenden Lohnsteigerungen, die Tariflohnabschlüsse (1. Halbjahr + 3 % gegenüber dem Vorjahr) sowie die Rentenanpassungen im Juli bewirken Einkommenssteigerungen. Zusätzlich stärkt die niedrige Inflation über reale Einkommenszuwächse die Kaufkraft der Verbraucher. Die Zinsen sind niedrig, sodass es günstiger ist, größere Anschaffungsneigung zu tätigen als Geld zu sparen, wenngleich die Sparneigung laut GfK-Umfrage zuletzt etwas angestiegen ist.

Die gute Verfassung des Arbeitsmarkts zeigt sich vor allem in dem bis zuletzt anhaltenden Beschäftigungsaufbau. So nahm die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) im Juli um 44 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Der Anstieg fiel damit deutlich höher aus als in den zwei Monaten zuvor. Nach Ursprungswerten lag die Zahl bei 42,72 Millionen Personen. Dabei wurde das entsprechende Vorjahresniveau um 0,8 % überschritten.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Juni ein Niveau von leicht über 30 Millionen Personen. Dabei nahm sie um mehr als ½ Millionen Personen gegenüber dem Vorjahr zu (+1,9%). Am stärksten war der absolute Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr im Bereich Wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassungen) und Gesundheits- und Sozialwesen. Auch in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie war ein deutlicher Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen. In saisonbereinigter Betrachtung überschritt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung das Vormonatsniveau spürbar um 89 000 Personen. Die Beschäftigungszunahme ist jedoch wahrscheinlich durch die späte Lage der Sommerferien überzeichnet.

Umgekehrt dürfte die späte Lage der Sommerferien dazu beigetragen haben, dass die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im August nicht weiter zurückging, sondern nahezu stagnierte. Bei einem Niveau von 2,90 Millionen Personen

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



nach Ursprungswerten waren jedoch 44 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte gegenüber August 2013 auf 6,7 %.

Für den weiteren Jahresverlauf kann mit einer Fortsetzung des Beschäftigungsaufbaus gerechnet werden. Dafür spricht die nach wie vor hohe Arbeitskräftenachfrage. So ist der BA-X-Stellenindex im August auf das höchste Niveau seit mehr als zwei Jahren angestiegen. Auch gemäß ifo Beschäftigungsbarometer ist die Einstellungsbereitschaft wieder angestiegen, nachdem sie im Monat zuvor nahezu stagnierte. Dabei wollen die Dienstleistungsbereiche mit ihren hauptsächlich binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen deutlich mehr Personal als im Vormonat einstellen. Darüber

hinaus ist im Baugewerbe die Einstellungsbereitschaft ebenfalls leicht angestiegen.
Die Unternehmen profitieren zur Deckung ihres Beschäftigungsbedarfs von einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung und einer höheren Erwerbsbeteiligung. Risiken für den Arbeitsmarkt – und auch für die Entwicklung des privaten Konsums – könnten sich allerdings aus möglichen Auswirkungen einer Verschärfung der geopolitischen Spannungen auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland ergeben, die zeitverzögert auch die Beschäftigung beeinträchtigen würden.

Im August setzte sich der moderate Verbraucherpreisanstieg mit gleicher Inflationsrate wie im Juli fort. Vor allem eine weitere Verbilligung von Energieprodukten

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

dämpfte den Anstieg des Verbraucherpreisniveaus. Dies zeigt auch die Entwicklung des Rohölpreises auf dem Weltmarkt. So ist der Preis für ein Barrel Öl der Sorte Brent in US-Dollar im August um 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken (Juli: - 2%). Dies dürfte zum einen mit der eher moderaten Dynamik der globalen Weltkonjunktur zusammenhängen. Auch, dass die USA – als bisher größter Importeur von Erdöl – zunehmend im eigenen Land Rohöl fördert, dürfte die Nachfrage entlastet haben. Durch die geopolitischen Spannungen ist es bisher nicht zu einer Verknappung des Erdölangebots gekommen. Auf den dem privaten Verbrauch vorgelagerten Preisstufen war weiterhin eine rückläufige Preisniveauentwicklung zu verzeichnen. So unterschritt der Erzeugerpreisindex im Juli das Vorjahresniveau um 0,8 %. Den höchsten Einfluss hatten dabei rückläufige Erzeugerpreise für Energiegüter (- 3,2%). Ohne Berücksichtigung von Energie wurde das Preisniveau des Vorjahres nur um 0,1% unterschritten. Der Importpreisrückgang beschleunigte sich im Juli mit 1,7 % gegenüber dem Vorjahr (Juni: -1,2 %). Auch hier wirkte die Preisniveauentwicklung der Energieimporte dämpfend. Importe von Erdöl und Mineralölerzeugnissen verbilligten sich deutlich, nachdem sie im Vormonat angestiegen waren. Darüber hinaus sanken Importpreise für Erdgas kräftig (- 20,3 %). Der Einfuhrpreisindex ohne Energie unterschritt das Vorjahresniveau um 0,5 %.

Angesichts der nach wie vor rückläufigen Entwicklung der Import- und Erzeugerpreise ist auf der Konsumentenstufe keine deutliche Zunahme der Inflation zu erwarten, wenngleich es aufgrund der Euroabwertung im Vergleich zum US-Dollar im September bisher zu einer Verteuerung der Importe aus den Ländern außerhalb des Euroraums gekommen sein könnte. Auch die von der GfK befragten Verbraucher, die ihre Preiserwartungen im August gegenüber dem Vormonat noch leicht senkten, gehen von einer weiterhin moderaten Entwicklung der Verbraucherpreise aus. Es besteht jedoch auch keine Deflationsgefahr: Die Kerninflation (Verbraucherpreisindex ohne Preise für Energie und Nahrungsmittel) liegt mit 1,3 % weiterhin leicht über ihrem zehnjährigen Durchschnitt.

Wichtige Aspekte der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt führte im Sommer eine Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) durch, die – neben der Berücksichtigung aktueller Datengrundlagen – vor allem die Umsetzung des in der gesamten EU rechtsverbindlichen ESVG 2010 ("Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") zum Gegenstand hatte.

Das neue ESVG sieht erhebliche konzeptionelle Änderungen vor, und zwar vor allem die vollumfängliche Buchung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) und der militärischen Waffensysteme als Investitionen. Alleine dieser umfassendere Investitionsbegriff führt z. B. für das Jahr 2010 zu einer Niveauerhöhung des Bruttoinlandsprodukts von 2,4 Prozentpunkten des BIP. Dazu trägt die volle Berücksichtigung der F&E-Ausgaben mit 2,3 Prozentpunkten am weitaus stärksten bei.

Alle konzeptionellen Änderungen zusammengenommen sowie unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der primärstatistischen Datengrundlagen rangiert der BIP-Niveaueffekt für den gesamten Revisionszeitraum 1991 bis 2013 zwischen 2,6 Prozentpunkten und 3,6 Prozentpunkten des BIP. Die Ergebnisse der BIP-Revision fallen für den Verlauf des Revisionszeitraums unterschiedlich aus. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität fiel in der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 im Vergleich zum alten Rechenstand noch stärker aus (real - 5,6 % anstatt - 5,1 %). Dagegen

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

war die BIP-Zunahme in der darauf folgenden Erholungsphase in den Jahren 2010 und 2011 etwas kräftiger.

Durch die revidierten BIP-Ergebnisse ergeben sich Veränderungen bei wichtigen wirtschafts- und finanzpolitisch bedeutsamen Kennzahlen:

- Die Investitionsquoten (in Relation zum BIP) liegen nun deutlich höher (2013: + 2,5 Prozent-punkte auf 19,7 % des BIP). Wahrscheinlich wird sich im internationalen Vergleich die relative Position Deutschlands merklich verbessern, da in Deutschland z. B. im Vergleich zu vielen anderen EU-Mitgliedstaaten die deutschen F&E-Ausgaben höher liegen. Am 17. Oktober 2014 wird Eurostat, die Statistikbehörde der EU, die Ergebnisse der VGR-Revisionen aller EU-Mitgliedstaaten bekanntgeben.
- Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen BIP ist durch die Revision deutlichen Änderungen unterworfen. Hierzu tragen zum einen die beschriebenen BIP-Effekte bei. Zum anderen schlägt zu Buche, dass gleichzeitig auch in der Zahlungsbilanzstatistik methodische Revisionen vorgenommen wurden. Für 2013 liegt nunmehr der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bei 6,8 % des BIP und damit um 0,7 Prozentpunkte (beziehungsweise 15 Mrd. €) niedriger als zuvor. Wie sich dadurch die deutsche Position im internationalen Vergleich verschiebt, bleibt abzuwarten.
- Von der Generalrevision ist auch das Bruttonationaleinkommen (BNE) betroffen, das eine wichtige Berechnungsgrundlage für die Ermittlung der Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt darstellt. Allerdings werden die BNE-Eigenmittel bis zum Inkrafttreten des neuen Eigenmittelsystems (2016) weiter auf der Grundlage des alten VGR-Rechensystems verwendet, sodass für die Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt zunächst keine Effekte aus der VGR-Revision resultieren. Erst mit Inkrafttreten des neuen Eigenmittelsystems 2016 werden die BNE-Daten der amtlichen Statistik (d. h. nach neuer Methodik) verwendet. Es werden dann BNE-Eigenmittel-Rückrechnungen bis 2014 durchgeführt, die 2016 auch rückwirkend für die Jahre 2014 und 2015 zahlungswirksam werden. Bis dahin kommt es für Deutschland zu keinen revisionsbedingten Mehrbelastungen.
- Für den Sektor Staat kommt es nur beim Schuldenstand in Relation zum nominalen BIP (Schuldenstandsquote) zu deutlichen Änderungen. Detailergebnisse zum Maastricht-Schuldenstand werden durch die Deutsche Bundesbank im Oktober bekannt gegeben. Aufgrund der Erhöhung des BIP-Niveaus kann für sich genommen mit einer spürbaren Verringerung der Schuldenstandsquote gerechnet werden. Andererseits wurde im Rahmen der Revision auch die Sektor-Zuordnung von Wirtschaftseinheiten überprüft und angepasst. Dies wirkt tendenziell erhöhend auf den Schuldenstand, weil zusätzliche institutionelle Einheiten, die bislang nicht dem Staat zugerechnet wurden, nun statistisch u. a. mit deren Schulden dem Staat zugerechnet werden.
- Der Einfluss auf den Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum BIP (Defizitquote) fällt verhältnismäßig gering aus. Die maximale Veränderung der Defizitquote gegenüber dem bisherigen System beträgt 0,25 Prozentpunkte im Jahr 2003, in den Jahren danach verändert sich die Quote um weniger als 0,2 Prozentpunkte.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im August 2014 im Vorjahresvergleich insgesamt um 3,7 % gestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern nahm im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 % zu. Der Zuwachs der gemeinschaftlichen Steuern basiert auf der günstigen Entwicklung von lediglich zwei Steuern: der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer, wobei bei der Körperschaftsteuer Sondereffekte eine wichtige Rolle spielen. Die Bundessteuern konnten nur leicht um 0,7 % zulegen, wohingegen das Aufkommen der Ländersteuern geringfügig um 0,2 % abnahm. Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 10,3 % über dem Vorjahreswert.

Verteilung auf Bund, Länder und Gemeinden

Bund, Länder und Gemeinden profitierten von der guten Einnahmeentwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im August 2014 um 7,5 % über den Vorjahresniveau. Hierzu trugen neben den gemeinschaftlichen Steuern auch geringere EU-Eigenmittelabrufe (- 33,5 %) im August 2014 im Vergleich zu August 2013 bei. Der Abruf der EU-Eigenmittel orientiert sich im Jahresverlauf an dem jeweiligen Finanzbedarf der EU – für das Gesamtjahr ist weiterhin mit einem leichten Anstieg um 2,8 % zu rechnen. Zudem lagen die reinen Bundessteuern mit 0,7 % im Plus.

Die Steuereinnahmen der Länder legten im Monat August 2014 um 3,2 % zu. Dies liegt im Wesentlichen an der positiven Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern, wohingegen die reinen Ländersteuern gegenüber dem direkten Vorjahresvergleich um 0,2 % niedriger ausfielen. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 5,9 % an.

Entwicklung im Zeitraum Januar bis August 2014

In den Monaten Januar bis August 2014 stieg das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne reine Gemeindesteuern) um 2,7 %. Die gemeinschaftlichen Steuern konnten sich bis August 2014 um 3,6 % verbessern. Die Bundessteuern verringerten sich – insbesondere aufgrund der Auswirkungen der den Unternehmen gewährten Aussetzung der Vollziehung nach Beschluss des Finanzgerichts Hamburg auf das Aufkommen der Kernbrennstoffsteuer – um 3,0 %. Die Ländersteuern legten um 11,6 % zu, die Zölle stiegen um 7,0 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuer zeigte im Berichtsmonat ein Plus von 7,3 % gegenüber dem Vorjahr. Das aus dem Aufkommen der Lohnsteuer gezahlte Kindergeld war leicht um 0,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Die Altersvorsorgezulage wies ebenfalls einen Rückgang auf (- 0,1 Mrd. €). Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer – also vor Abzug der Kindergeldzahlungen und der Altersvorsorgezulage – stieg um 4,9 % an. Im Zeitraum Januar bis August 2014 sind die Einnahmen aus der Lohnsteuer – basierend auf der anhaltenden Beschäftigungsexpansion und steigenden Löhnen – um 6,3 % gestiegen.

Bei der veranlagten Einkommensteuer bestimmte im Monat August wie im Vormonat Juli das Ergebnis der Veranlagungstätigkeit die Einnahmeentwicklung. Das Bruttoaufkommen vor Abzug der Arbeitnehmererstattungen verringerte sich um 3,6 %; die Auszahlungsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussen das Aufkommen nur noch sehr geringfügig.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2014 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €.	in%	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 261	+7,3	107 855	+6,3	167 700	+6,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 408	Х	22 891	+8,5	45 450	+7,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	692	-30,2	12 546	-8,7	16 000	-7,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	474	-7,3	6 029	-7,6	8 399	-3,1
Körperschaftsteuer	292	Х	10635	-1,8	18 050	-7,5
Steuern vom Umsatz	17 264	+0,0	133 534	+3,1	203 400	+3,3
Gewerbesteuerumlage	191	-1,7	2 092	+1,0	3 932	+3,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	64	-16,6	1734	+0,3	3 3 3 0	+2,4
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	31 829	+4,6	297 316	+3,6	466 261	+3,7
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 149	-3,2	21 012	+1,5	39 450	+0,2
Tabaksteuer	1 299	+2,8	8 669	+5,6	14300	+3,5
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	174	+10,7	1 3 5 4	-1,7	2 060	-2,0
Versicherungsteuer	1 244	+6,7	9 601	+4,2	11 950	+3,4
Stromsteuer	596	+6,9	4 422	-9,3	6 8 5 0	-2,3
Kraftfahrzeugsteuer	580	-12,3	5804	-3,7	8 400	-1,1
Luftverkehrsteuer	97	+6,1	585	-1,9	980	+0,2
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	-2 049	Χ	1 300	+1,2
Solidaritätszuschlag	856	+9,0	9 3 4 0	+3,6	14 900	+3,6
übrige Bundessteuern	108	-4,1	955	-1,8	1 478	+0,3
Bundessteuern insgesamt	8 104	+0,7	59 696	-3,0	101 668	+1,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	390	-1,4	3 687	+21,8	5 187	+12,0
Grunderwerbsteuer	762	-0,5	6 083	+8,7	9 150	+9,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	127	+3,8	1 146	+3,4	1 735	+6,1
Biersteuer	71	-0,0	465	+4,0	680	+1,7
Sonstige Ländersteuern	21	+11,6	301	+4,0	383	-2,1
Ländersteuern insgesamt	1 372	-0,2	11 683	+11,6	17 135	+9,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	438	+10,3	2 9 0 5	+7,0	4300	+1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	202	+18,5	3 099	+81,3	4 140	+98,8
BNE-Eigenmittel	1 051	-38,7	16114	-8,9	23 480	-5,3
EU-Eigenmittel insgesamt	1 691	-25,9	22 118	-0,0	31 920	+2,6
Bund ³	20 146	+7,5	163 802	+1,9	268 197	+3,2
Länder ³	17 576	+3,2	162 679	+3,5	252 207	+3,3
EU	1 691	-25,9	22 118	-0,0	31 920	+2,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 329	+5,9	23 001	+5,8	37 040	+5,7
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	41 743	+3,7	371 600	+2,7	589 364	+3,4

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2014.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014

Die Arbeitnehmererstattungen waren ebenfalls leicht rückläufig (-1,0 %). Die Einnahmen aus der veranlagte Einkommensteuer lagen saldiert mit -0,4 Mrd. € nahezu auf dem Niveau des Vorjahresmonats. In kumulierter Betrachtung Januar bis August 2014 ist nunmehr eine Erhöhung der Kasseneinnahmen von insgesamt 8,5 % zu verzeichnen.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer wurde ebenso wie die veranlagte Einkommensteuer von der Veranlagungstätigkeit der Finanzverwaltung bestimmt. Erheblichen Einfluss auf das Aufkommen hatten in diesem Monat einige Sondereffekte: In einem Land waren im Vorjahresmonat hohe Erstattungen zu verzeichnen, die im aktuellen Monat wegfielen. Zudem waren in einigen Ländern erheblich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums liegende nachträgliche Vorauszahlungen zugeflossen.

Insgesamt stiegen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer somit um mehr als 0,8 Mrd. € auf rund 0,3 Mrd. €. Kumuliert ergibt sich allerdings für den Zeitraum Januar bis August angesichts der schlechten Ergebnisse im Februar und April ein Rückgang von 1,8 %.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag lagen im August 30,2 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Bruttoeinnahmen verringerten sich um 21,7 %. Daneben kam es zu einer Verdoppelung der aus dem Aufkommen geleisteten Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (auf circa 0,14 Mrd. €). In kumulierter Betrachtung liegt das Gesamtaufkommen dieser Steuerart im bisherigen Jahresverlauf um 8,7 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sind im August 2014 zum Vorjahr um 7,3 % gesunken. Für den Zeitraum Januar bis August 2014 ergibt sich ein Minus von 7,6 %. Die Steuern vom Umsatz lagen im Berichtsmonat August 2014 mit rund 17,3 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Während die Einfuhrumsatzsteuer um 1,4 % zulegte, verringerte sich die (Binnen-)Umsatzsteuer um 0,4 %. Die Steuern vom Umsatz weisen nun im Zeitraum Januar bis August 2014 kumuliert einen Zuwachs von 3,1 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern verbesserte sich im August 2014 um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr. In kumulierter Betrachtung bis August 2014 liegen die Bundessteuern jedoch um 3,0 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dies ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen der infolge eines Beschlusses des Finanzgerichts Hamburg gewährten Aussetzung der Vollziehung zurückzuführen. Die dadurch bedingte Rückzahlung der Steuer für frühere Jahre und weitere Steuerausfälle im laufenden Jahr führten bisher zu einem negativem Einnahmesaldo in Höhe von mehr als 2 Mrd. €.

Im August 2014 waren Einnahmezuwächse insbesondere bei der Tabaksteuer (+ 2,8 %), der Versicherungsteuer (+ 6,7 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 9,0 %) und der Branntweinsteuer (+ 10,7 %) zu verzeichnen. Nachdem die Kraftfahrzeugsteuer im Vormonat kräftig zugelegt hatte und damit den Aufkommensrückstand im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwaltungshoheit dieser Steuerart auf die Bundeszollverwaltung weitestgehend aufgeholt war, lagen die Einnahmen im aktuellen Monat um 12,3 % unter dem Vorjahresniveau. Schlechter entwickelten sich auch die Energiesteuer (- 3,2 %) und weitere kleinere Steuern wie die Kaffeesteuer (- 3,8 %) oder die Schaumweinsteuer (- 4,7 %).

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat einen leichten Rückgang von 0,2 %.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2014

Während die Erbschaftsteuer um 1,4 % und die Grunderwerbsteuer um 0,5 % zurückgingen, konnten die Rennwett- und Lotteriesteuer um 3,8 % und die Feuerschutzsteuer um 5,7 % zulegen. In kumulierter Betrachtung bis einschließlich August 2014 entwickelten sich die Ländersteuern bisher mit + 11,6 % deutlich besser als die Bundessteuern.

Die Gemeinden profitierten – ebenso wie Bund und Länder – von der bisher guten Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern. Ihr Aufkommen aus diesen Steuern wuchs im August 2014 um 5,9 % und hat damit im bisherigen Jahresverlauf 2014 einen Zuwachs von 5,8 % erreicht.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August 2014 beliefen sich auf 205,6 Mrd. € und lagen damit um 1,2 Mrd. € (- 0,6 %) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die positive Entwicklung auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts war insbesondere auf den Rückgang der Zinsausgaben zurückzuführen..

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 180,5 Mrd. € im Betrachtungszeitraum Januar bis August 2014 um 4,2 Mrd. € (+ 2,4 %) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen lagen mit 163,2 Mrd. € um 3,1 Mrd. € (+ 2,0 %) über dem Ergebnis vom August 2013. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Betrachtungszeitraum um 1,1 Mrd. € (+ 6,6 %) gegenüber dem Ergebnis bis einschließlich August 2013 auf 17,3 Mrd. € an.

Finanzierungssaldo

Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem aktuellen Finanzierungssaldo in Höhe von - 25,1 Mrd. € ableiten. Erst im Verlauf des späteren Haushaltsjahres sind Aussagen zur voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2014 möglich.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2013	Soll 2014	Ist - Entwicklung ¹ August 2014
Ausgaben (Mrd. €)	307,8	296,5	205,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-0,6
Einnahmen (Mrd. €)	285,5	289,8	180,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	259,8	268,2	163,2
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+2,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-22,3	-6,7	-25,1
Finanzierung durch:	22,3	6,7	25,1
Kassenmittel (Mrd. €)			29,5
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	22,1	6,5	-4,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014

$Entwicklung\,der\,Bundesausgaben\,nach\,Aufgabenbereichen$

	I	st	ς	oll	Ist-Entv	Unterjährige	
		013		013	Januar bis August 2013	Januar bis August 2014	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	72 647	23,6	69 602	22,6	46 270	45 910	-0,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 899	1,9	6324	2,1	3 718	3 493	-6,0
Verteidigung	32 269	10,5	32366	10,5	20 772	20 660	-0,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	13 205	4,3	13 949	4,5	9 2 2 3	9 448	+2,4
Finanzverwaltung	3 865	1,3	4 004	1,3	2 495	2 527	+1,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 684	6,1	19 304	6,3	11 722	11 473	-2,1
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 686	0,9	2 708	0,9	1 886	1 783	-5,5
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 150	3,3	10598	3,4	5 630	5 554	-1,3
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	145 706	47,3	147 876	48,0	102 585	106 530	+3,8
Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	98 701	32,1	99 691	32,4	71 925	74828	+4,0
Arbeitsmarktpolitik	32 680	10,6	31 400	10,2	21 857	21 428	-2,0
Darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 484	6,3	19 200	6,2	13 297	13 581	+2,1
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 685	1,5	3 900	1,3	3 3 4 0	2 655	-20,5
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	6 5 4 8	2,1	7 3 4 3	2,4	4420	4975	+12,6
Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 340	0,8	2300	0,7	1 604	1 442	-10,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 633	0,5	2 008	0,7	936	989	+5,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 304	0,7	2 192	0,7	1 372	1 250	-8,9
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 660	0,5	1 680	0,5	1 229	1 137	-7,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	904	0,3	960	0,3	334	328	-1,9
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3 900	1,3	4 180	1,4	2 611	2 737	+4,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	796	0,3	603	0,2	371	342	-7,8
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 492	0,5	1 621	0,5	1 313	1 408	+7,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 406	5,3	16 421	5,3	8 784	8 794	+0,1
Straßen	7 399	2,4	7 435	2,4	3 863	4 2 9 1	+11,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 597	1,5	4 5 5 3	1,5	2 385	2 175	-8,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	46 017	14,9	33 957	11,0	32 410	27 819	-14,2
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,0	27 941	23 300	-16,6
Ausgaben zusammen	307 843	100,0	296 500	96,3	206 802	205 597	-0,6

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

					lst - Entwicklung		Unterjährige
	lst 2013		20 20	oll 113	Januar bis August 2013	Januar bis August 2014	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io. €	in%
Konsumtive Ausgaben	274 366	89,1	268 544	90,6	189 566	188 195	-0,7
Personalausgaben	28 575	9,3	28 907	9,7	19 611	19 842	+1,2
Aktivbezüge	20938	6,8	21 119	7,1	14218	14283	+0,5
Versorgung	7 637	2,5	7 788	2,6	5 394	5 558	+3,0
Laufender Sachaufwand	23 152	7,5	24 196	8,2	13 449	13 241	-1,5
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 453	0,5	1 289	0,4	864	766	-11,3
Militärische Beschaffungen	8 550	2,8	9 989	3,4	4621	4 656	+0,8
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 148	4,3	12918	4,4	7964	7818	-1,8
Zinsausgaben	31 302	10,2	27 618	9,3	27 941	23 300	-16,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	190 781	62,0	187 196	63,1	128 182	131 407	+2,5
An Verwaltungen	27 273	8,9	20718	7,0	12 228	12 072	-1,3
An andere Bereiche	163 508	53,1	166 478	56,1	115 968	119 335	+2,9
Darunter:							
Unternehmen	25 024	8,1	26 707	9,0	17 215	17 137	-0,5
Renten, Unterstützungen u. a.	27 055	8,8	27 471	9,3	18 493	19 246	+4,1
Sozialversicherungen	103 693	33,7	104320	35,2	74 955	78 015	+4,1
Sonstige Vermögensübertragungen	555	0,2	628	0,2	383	406	+6,0
Investive Ausgaben	33 477	10,9	29 853	10,1	17 236	17 402	+1,0
Finanzierungshilfen	25 582	8,3	22 044	7,4	13 597	13 394	-1,5
Zuweisungen und Zuschüsse	14772	4,8	16 264	5,5	8 188	8 431	+3,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 032	0,7	1 294	0,4	1 010	563	-44,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	8 778	2,9	4 486	1,5	4 400	4 400	+0,0
Sachinvestitionen	7 895	2,6	7 809	2,6	3 638	4 007	+10,1
Baumaßnahmen	6264	2,0	6 273	2,1	3 086	3 473	+12,5
Erwerb von beweglichen Sachen	1 020	0,3	996	0,3	425	439	+3,3
Grunderwerb	611	0,2	541	0,2	128	95	-25,8
Globalansätze	0	0,0	-1 897	-0,6	0	0	
Ausgaben insgesamt	307 843	100,0	296 500	100,0	206 802	205 597	-0,6

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich August 2014

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

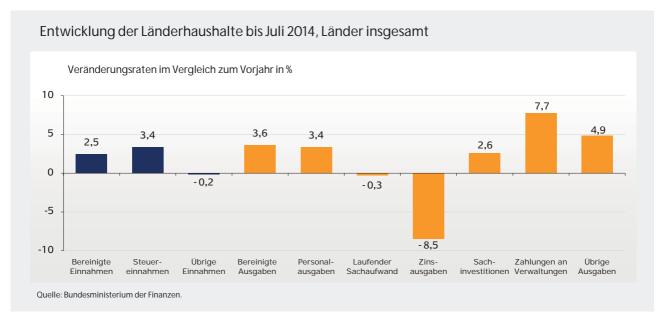
	Is	+	So	AII.	Ist-Entw	vicklung	Unterjährige
	20		20		Januar bis August 2013	Januar bis August 2014	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	in%
I. Steuern	259 807	91,0	268 197	92,6	160 112	163 240	+2,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	213 199	74,7	220 890	76,2	134806	139 662	+3,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	107 340	37,6	111310	38,4	65 608	68 209	+4,0
Davon:							
Lohnsteuer	67 174	23,5	71 273	24,6	41 481	44 271	+6,7
Veranlagte Einkommensteuer	17 969	6,3	19316	6,7	8 965	9728	+8,5
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 631	3,0	8 000	2,8	6 8 7 6	6 2 3 9	-9,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 812	1,3	3 696	1,3	2 871	2 653	-7,6
Körperschaftsteuer	9 754	3,4	9 025	3,1	5 4 1 5	5318	-1,8
Steuern vom Umsatz	104 283	36,5	107 951	37,3	68 341	70 587	+3,3
Gewerbesteuerumlage	1 575	0,6	1 629	0,6	858	867	+1,0
Energiesteuer	39 364	13,8	39 450	13,6	20 708	21 012	+1,5
Tabaksteuer	13 820	4,8	14300	4,9	8 209	8 669	+5,6
Solidaritätszuschlag	14378	5,0	14900	5,1	9 019	9 3 4 0	+3,6
Versicherungsteuer	11 553	4,0	11 950	4,1	9214	9 601	+4,2
Stromsteuer	7 009	2,5	6850	2,4	4877	4 422	-9,3
Kraftfahrzeugsteuer	8 490	3,0	8 400	2,9	6 025	5 8 0 4	-3,7
Kernbrennstoffsteuer	1285	0,5	1 300	0,4	566	-2 049	Х
Branntweinabgaben	2 104	0,7	2 062	0,7	1 380	1 355	-1,8
Kaffeesteuer	1 021	0,4	1 040	0,4	660	658	-0,3
Luftverkehrsteuer	978	0,3	980	0,3	596	585	-1,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10792	-3,8	-10 450	-3,6	-5317	-5 296	-0,4
BNE-Eigenmittel der EU	-24787	-8,7	-23 480	-8,1	-17 696	-16114	-8,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 083	-0,7	-4140	-1,4	-1 709	-3 099	+81,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 191	-2,5	-7 299	-2,5	-4794	-4866	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,1	-6 744	-6744	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	25 645	9,0	21 585	7,4	16 190	17 264	+6,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4886	1,7	6847	2,4	3 338	5 344	+60,1
Zinseinnahmen	191	0,1	245	0,1	101	151	+49,5
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 9 7 8	2,1	2 380	0,8	3 137	2 149	-31,5
Einnahmen zusammen	285 452	100,0	289 782	100,0	176 302	180 504	+2,4

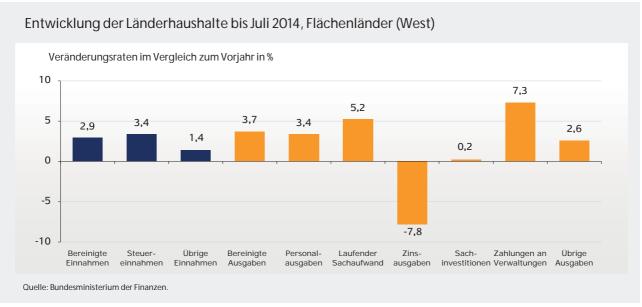
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014

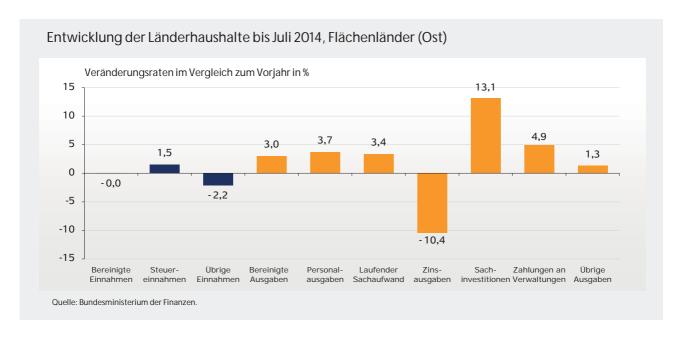
Das BMF legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Juli 2014 vor.

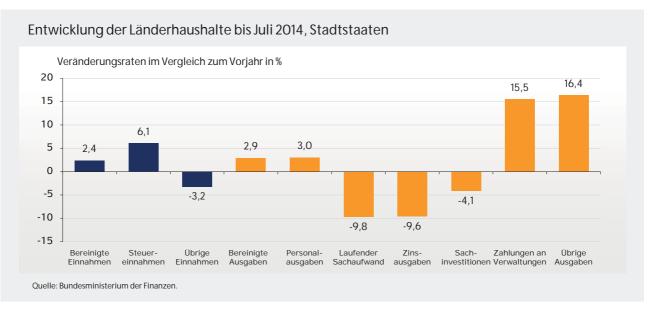
Die Ausgaben der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,6 %, während sich die Einnahmen um 2,5 % erhöhten. Die Steuereinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 %. Das Finanzierungsdefizit betrug Ende Juli rund 4,8 Mrd. € und liegt damit fast 2,1 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Derzeit planen die Länder insgesamt für 2014 ein Defizit von knapp 10 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im August durchschnittlich 1,74 % (1,93 % im Juli).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende August 0,89 % (1,16 % Ende Juli).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende August auf 0,16 % (0,21 % Ende Juli).

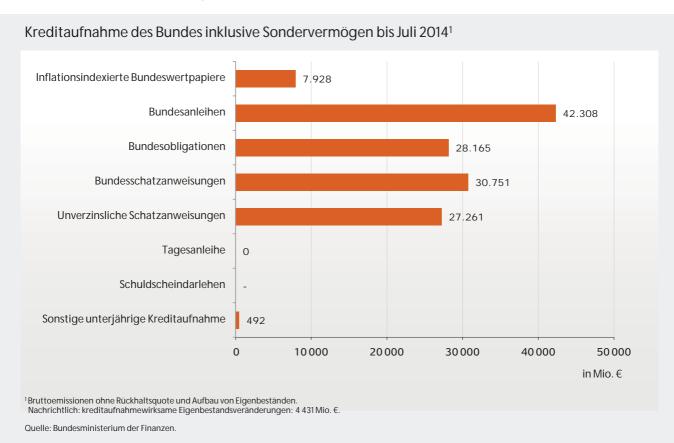
Die Europäische Zentralbank hat in ihrer Ratssitzung am 4. September 2014 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 10 Basispunkte auf 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um

10 Basispunkte auf 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf - 0,20 % jeweils mit Wirkung vom 10. September 2014 zu senken.

Der Deutsche Aktienindex betrug 9 470 Punkte am 29. August (9 407 Punkte am 31. Juli). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 116 Punkten am 31. Juli auf 3 173 Punkte am 29. August.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Juli bei 1,8 % nach 1,6 % im Juni und 1,1 % im Mai. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Mai bis Juli 2014 bei 1,5 %, verglichen mit 1,2 % in der Zeit von April bis Juni 2014.



Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Monat Juli auf - 2,0 % (- 2,2 % im Vormonat). In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,88 % im Juli gegenüber 0,34 % im Juni.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

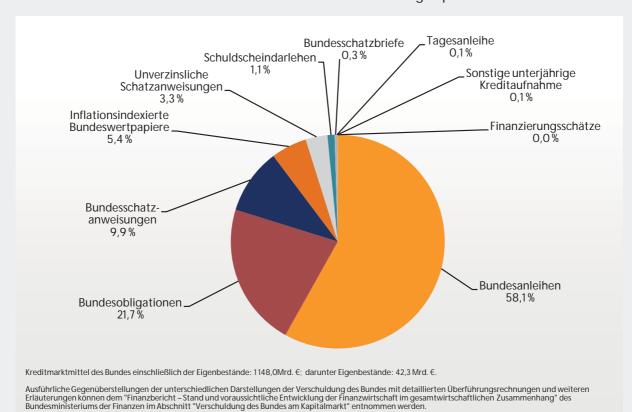
Im Juli 2014 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 136,9 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 124,0 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. € aufgenommen, wobei für den Verkauf von Bundeswertpapieren am Sekundärmarkt 4,4 Mrd. € eingesetzt wurden.

Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 164,7 Mrd. € (davon 140,3 Mrd. € Tilgungen und 24,4 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 27,8 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 134,7 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 2,1 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds und 0,1 Mrd. € für die Finanzierung des Investitionsund Tilgungsfonds eingesetzt.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Juli 2014



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. (€					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-						-
Anleihen	24,0	-	-	-	-	-	25,0						49,0
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-						19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-						30,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	7,0	7,0	6,0	6,0	6,0	3,0	5,0						40,0
Bundesschatzbriefe	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2						0,9
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,1
Tagesanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						0,1
Schuldscheindarlehen	-	-	-	0,0	-	0,1	-						0,1
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,0	-	-	0,1	-						1,1
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0						-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	31,2	7,3	22,1	25,2	6,1	18,3	30,2						140,3

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2014 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul in Mrd. :	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	9,5	1,1	-0,1	2,4	0,1	0,2	11,1						24,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014 Kapitalmarktinstrumente

			3. Quartal 2014 insgesamt	ca. 38 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Aufstockung	17. September 2014	2 Jahre/fällig 16. September 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	ca. 4 Mrd. €	
Bundesanleihe ISIN DE000112366 WKN 110236	Neuemission	10. September 2014	10 Jahre/fällig 15. August 2024 Zinslaufbeginn 15. August 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	ca. 5 Mrd. €	
Bundesobligation ISIN DE0001141703 WKN 114170	Neuemission	3. September 2014	5 Jahre/fällig 11. Oktober 2019 Zinslaufbeginn 5. September 2014 erster Zinstermin 11. Oktober 2015	ca. 5 Mrd. €	
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137479 WKN 113747	Neuemission	20. August 2014	2 Jahre/fällig 16. Septemer 2016 Zinslaufbeginn 22. August 2014 erster Zinstermin 16. September 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE000112358 WKN 110235	Aufstockung	13. August 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	6. August 2014	5 Jahre/fällig 12. April 2019 Zinslaufbeginn 12. April 2014 erster Zinstermin 12. April 2015	3 Mrd.€	3 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001102358 WKN 110235	Aufstockung	16. Juli 2014	10 Jahre/fällig 15. Mai 2024 Zinslaufbeginn 15. Mai 2014 erster Zinstermin 15. Mai 2015	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137461 WKN113746	Aufstockung	2 Jahre/fällig 10. Juni 2016 9. Juli 2014 Zinslaufbeginn 16. Mai 2014 erster Zinstermin 10. Juni 2015		4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141695 WKN 114169	Aufstockung	5 Jahre/fällig 12. April 2019 2. Juli 2014 2. Juli 2014 2. Juli 2014 2. Spril 2015		4 Mrd. €	4 Mrd. €
Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2014 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119287 WKN 111928	Neuemission	14. Juli 2014	6 Monate/fällig 14. Januar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119295 WKN 111929	Neuemission	28. Juli 2014	12 Monate/fällig 29. Juli 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119303 WKN 111930	Neuemission	11. August 2014	6 Monate/fällig 11. Februar 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119311 WKN 111931	Neuemission	25. August 2014	12 Monate/fällig 26. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119329 WKN 111932	Neuemission	8. September 2014	6 Monate/fällig 11. März 2015	ca. 2 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119337 WKN 111933	Neuemission	29. September 2014	12 Monate/ fällig 30. September 2015	ca. 2 Mrd. €	
			3. Quartal 2014 insgesamt	ca. 12 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2014 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahres- vorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2014	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag einmal im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 3. Quartal		4 Mrd. €			
Inflationsindexierte Bundesobligation ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	8. Juli 2014	7 Jahre/fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn 15. April 2011 nächster Zinstermin 10. Juni 2015		1Mrd.€

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des informellen ECOFIN am 12. und 13. September 2014 in Mailand

In der Eurogruppe wurde am
12. September 2014 in Mailand über die
wirtschaftliche und finanzpolitische
Entwicklung im Euroraum und Reformen
zur Reduzierung der hohen Steuer- und
Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen
diskutiert. Darüber hinaus wurde über
die Situation in einigen Mitgliedstaaten
gesprochen.

Zur wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklung im Euroraum bestand Einvernehmen unter den Ministern, dass der erfolgreiche Mix aus wachstumsfreundlicher Konsolidierung und Strukturreformen fortgesetzt und die Regeln des Stabilitätsund Wachstumspakts konsequent angewandt werden müssten. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, stellte klar, dass die Geldpolitik mit den beschlossenen Maßnahmen weiter unterstützend wirke, allerdings nur in Verbindung mit einer soliden, glaubwürdigen Finanzpolitik und der Durchführung von wachstumssteigernden Strukturreformen ihre volle Wirkung entfalten und so das Vertrauen in den Euroraum weiter festigen könne.

Aus diesem Grund hatte die Eurogruppe zuletzt beschlossen, auch im Zusammenhang mit den länderspezifischen Empfehlungen im zweiten Halbjahr eine breit angelegte Diskussion zur Koordinierung von Strukturreformen zu führen, um das Wachstumspotenzial und die Beschäftigung nachhaltig zu erhöhen. In dieser Eurogruppe verständigten sich die Minister in einer gemeinsamen Erklärung auf allgemeine Prinzipien bei Reformen zur Verringerung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen: Die Reformen sollen im Einklang mit den Vorgaben des

Stabilitäts- und Wachstumspakts sein und durch entsprechende Einsparungen beziehungsweise anderweitige Mehreinnahmen gegenfinanziert werden; sie sollen entsprechend der länderspezifischen Herausforderungen ausgestaltet werden, und um maximale Wirkung zu entfalten, sollen sie durch weitere Arbeitsmarktreformen begleitet werden. Sowohl bei der Bewertung der zu Mitte Oktober an die Kommission zu übersendenden gesamtstaatlichen Haushaltsplanungen als auch bei der Diskussion zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen im kommenden Frühjahr soll die Diskussion zu diesem Thema weitergeführt werden.

Des Weiteren diskutierten die Minister die Situation in den Programmländern Zypern und Griechenland. Zu Zypern wurde die fünfte Überprüfung des Anpassungsprogramms beraten. Die Minister verwiesen die ausstehende politische Entscheidung im Hinblick auf die Auszahlung der nächsten Tranche an die Eurogruppen-Arbeitsgruppe, da die Troika die ordnungsgemäße Umsetzung der zwei zu erfüllenden Vorabmaßnahmen (Prior Actions, Insolvenzund Zwangsvollstreckungsreform) noch nicht bestätigen konnte. Die Eurogruppe rief Zypern auf, die zur Behebung der Probleme des zyprischen Finanzsektors notwendigen Reformen baldmöglichst wie im Memorandum of Understanding vorgesehen umzusetzen. Erst nach Bestätigung der effektiven Umsetzung der Vorabmaßnahmen durch die Troika kann über die Auszahlung der nächsten Tranche entschieden werden.

Zu Griechenland gab die Troika einen kurzen Ausblick auf die Ende des Monats beginnende fünfte Programmüberprüfung, zu der vorbereitende Gespräche in Paris

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

stattgefunden haben. Sie verwies darauf, dass zwar bereits weitere bedeutende Fortschritte erzielt worden seien, gleichwohl aber noch große Herausforderungen zu bewältigen seien.

Die Minister berieten das Anliegen Irlands, einen Teil des IWF-Kredits vorzeitig zu tilgen, und verständigten sich darauf, entsprechende Schritte zur Befassung ihrer nationalen Parlamente einzuleiten. In Deutschland ist die Zustimmung des Plenums des Deutschen Bundestages erforderlich, um eine Ausnahme von der parallelen proportionalen Rückzahlung des EFSF-Darlehens zu genehmigen. Die Minister betonten, dass ein Verzicht auf die Parallelitätsklausel mit einer Verbesserung der Schuldentragfähigkeit Irlands einhergehen müsse.

Im Fokus des informellen ECOFIN am
13. September 2014 in Mailand standen die
Wirtschaftsentwicklung und die Finanzpolitik
sowie die Verbindung von Strukturreformen
mit Investitionen und deren Finanzierung.
Darüber hinaus wurde über den Sachstand
verschiedener Aspekte der Bankenunion
berichtet.

Gegenstand der Beratungen zur Wirtschaftslage waren die schwachen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung im 2. Quartal, aber auch das niedrige Potenzialwachstum insgesamt. Die Kommission verwies darauf, dass es am aktuellen Rand angesichts einer dynamischen Entwicklung der Industrieproduktion und weiter steigender Beschäftigung auch wieder Lichtblicke gebe.

Um jedoch nachhaltig Wachstum und Beschäftigung zu erhöhen, waren sich die Minister darin einig, gemeinsam nach Wegen zu suchen, Investitionen und Strukturreformen sinnvoll zu kombinieren. Denn der Staat kann durch Strukturreformen die Bedingungen für private Investitionen verbessern. Gemeinsam mit seinem französischen Kollegen, Michel Sapin, hatte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Vorfeld des Treffens ein Papier mit konkreten Überlegungen hierzu

vorgelegt. Dafür gab es viel Unterstützung seitens der übrigen Minister. Die Minister verständigten sich darauf, dass bis Ende des Jahres verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen werden: So sollen die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Kommission konkrete Projekte für Investitionen identifizieren; dies soll in Verbindung mit der Evaluierung und Vorschlägen zur Weiterentwicklung bisheriger Ansätze geschehen. Darüber hinaus sollen die EIB und nationale Entwicklungsbanken ihre Zusammenarbeit verbessern und so die Effizienz stärken. Schließlich sollen Vorschläge zur Weiterentwicklung der länderspezifischen Empfehlungen, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung von Strukturreformen, und zur investitionsfreundlicheren Ausrichtung des EU-Haushalts erarbeitet werden.

Auch wenn die Finanzierung von Investitionen derzeit kein Problem darstellt, sondern vielmehr der Mangel an konkreten Projekten, wurden unter dem Stichwort "Finanzierung von Wachstum – ein Fahrplan" eigenkapitalbasierte Finanzierungsmöglichkeiten diskutiert, die zusätzlich zur vorherrschenden Fremdfinanzierung ausgebaut werden sollten. Konkrete und wichtigste Fortschritte sind bezüglich Verbriefungen im Hochqualitätssegment möglich, auch wenn es hier noch technische Details auszuarbeiten gibt. Hieran sollen Kommission und Wirtschafts- und Finanzausschuss weiter arbeiten.

Die Minister dankten der Kommission für ihre bisherige Arbeit im Dialog mit den USA zur internationalen Zusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen. Vorrangige Anliegen sind das Streben nach internationalen Regulierungsstandards (auf Grundlage der unterschiedlichen gesetzlichen Strukturen und Hintergründe) unter Berücksichtigung der G20-Vorgaben und die Schaffung von Systemen der gegenseitigen Anerkennung von Normen. Im Falle von Bail-in-Regelungen für global systemisch wichtige Banken besteht ein gemeinsames Interesse, sodass es hierzu

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

möglicherweise beim G20-Gipfel in Brisbane eine Verständigung gibt.

Des Weiteren wurde zum Sachstand verschiedener Aspekte der Bankenunion berichtet. Danièle Nouy, die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums des Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), berichtete über die Fortschritte beim Comprehensive Assessment. Die Minister und Zentralbankgouverneure stimmten zudem dem Vorschlag von Sabine Lautenschläger, Vorsitzender des Mediation Panels im SSM, zum Besetzungsverfahren des Gremiums zu. Gemäß der SSM-Verordnung ist die EZB verpflichtet, ein Mediation Panel zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen EZB-Rat und Aufsichtsgremium einzurichten. Frau Lautenschläger hatte für die Besetzung eine gleichmäßige Verteilung von Teilnehmern aus dem Aufsichtsgremium und aus dem EZB-Rat vorgeschlagen.

Die Kommission informierte darüber, dass in den meisten Mitaliedstaaten nationale Backstops vorhanden seien beziehungsweise Vorschläge zur Gestaltung vorlägen. Sie rief die übrigen Mitgliedstaaten auf, hier rasch nachzulegen, um die Glaubwürdigkeit des Stresstests zu stärken. Die Bundesregierung will ihre Verpflichtungen durch das im Regierungsentwurf befindliche BRRD-Umsetzungsgesetz erfüllen, wonach die Antragsfrist des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) um ein Jahr letztmalig bis zum 31. Dezember 2015 verlängert wird und der Restrukturierungsfonds seine Kreditermächtigung in Höhe von bis zu 20 Mrd. € behält.

Zur Ausgestaltung der Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds wurden mittlerweile gute Fortschritte erzielt. Auch wenn in Einzelheiten immer noch Klärungsbedarf besteht, waren sich die Minister einig, dass jetzt schnell eine ausgewogene Lösung gefunden werden muss. Es bestand eine große Bereitschaft, eine angemessene Entlastung für kleine Banken zu verankern. Im Hinblick auf die Gleichbehandlung von Teilnehmern am Einheitlichen Abwicklungsmechanismus aus dem Euroraum mit jenen außerhalb des Euroraums wurde die Arbeit an den Wirtschafts- und Finanzausschuss verwiesen. Ziel ist es, eine rechtlich mögliche und ökonomisch sinnvolle Lösung zu finden.

Die Minister tauschten sich auch über Vorstellungen zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung aus. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble äußerte starke Bedenken im Hinblick auf eine Vergemeinschaftung der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik. In der Debatte herrschte großes Einvernehmen, dass es sich hierbei nicht um ein vordringliches Thema handele.

Zur Vorbereitung des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankgouverneure am 20. und 21. September 2014 in Cairns wurde eine gemeinsame Sprachregelung der EU angenommen. Der Wirtschaftsund Finanzausschuss wurde mandatiert, eine Sprachregelung der EU für die IWFund Weltbank-Jahrestagung, die vom 9. bis 12. Oktober 2014 in Washington, D.C., stattfindet, zu finalisieren.

Schließlich wurde auch im ECOFIN nochmals das Anliegen Irlands bezüglich der vorzeitigen Teilrückzahlung des IWF-Kredits und das weitere Vorgehen diskutiert, da als Gläubiger neben der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) auch der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) sowie Gläubiger bilateraler Kredite ihre Zustimmung zum Abweichen von der Parallelitätsklausel für diesen Fall geben müssen.

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. Oktober 2014	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.				
11./12. Oktober 2014	Jahresversammlung von IWF und Weltbank in Washington D.C.				
13./14. Oktober 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg				
23./24. Oktober 2014	Europäischer Rat in Brüssel				
6./7. November 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel				
15./16. November 2014	G20-Gipfel in Brisbane				
8./9. Dezember 2014	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel				
18./19. Dezember 2014	Europäischer Rat in Brüssel				

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2015 und des Finanzplans bis 2018

12. März 2014	Kabinettbeschluss zu den Eckwerten Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
6 8. Mai 2014	Steuerschätzung in Berlin
28. Mai 2014	Stabilitätsrat
2. Juli 2014	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018
8. August 2014	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
9 12. September 2014	1. Lesung Bundestag
19. September 2014	1. Beratung Bundesrat
4 6. November 2014	Steuerschätzung in Mecklenburg-Vorpommern
25 28. November 2014	2./3. Lesung Bundestag
Anfang Dezember 2014	Stabilitätsrat
19. Dezember 2014	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2014	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt		
Oktober 2014	September 2014	20. Oktober 2014		
November 2014	Oktober 2014	21. November 2014		
Dezember 2014	November 2014	19. Dezember 2014		

 $^{^1} Nach \, IWF\text{-}Special \, Data \, Dissemination \, Standard \, (SDDS), \, siehe \, http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Auf den Punkt: Bundeshaushalt 2014

Auf den Punkt: Demografie und öffentliche Haushalte

Auf den Punkt: Bund-Länder-Finanzen

Auf den Punkt: EU-Haushalt

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721 Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

upers	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
1	Kreditmarktmittel	84
2	Gewährleistungen	85
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	86
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	88
5	Bundeshaushalt 2013 bis 2018.	90
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis	2015 91
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktione	
	Soll 2014	93
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	99
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	101
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	103
12	Entwicklung der Staatsquote	104
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	105
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	107
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	108
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	109
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	110
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	111
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	112
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	113
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014	114
Übers	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	115
Abb.1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2013/2014	115
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Juli 2014	
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2014	118

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Gesar	ntwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	122
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	123
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	125
4	Bruttoinlandsprodukt	
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	128
6	Kapitalstock und Investitionen	132
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	133
8	Preise und Löhne	. 134
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	136
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	136
2	Preisentwicklung	137
3	Außenwirtschaft	138
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	141
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 142
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
Abb 1.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	. 145
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	146
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden,	
	Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 150

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 30. Juni 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Juli 2014
Glie	derung nach Schuldenarte	en		
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	61 000	1 000	-	62 000
Bundesanleihen	688 405	4000	25 000	667 405
Bundesobligationen	245 000	4000	-	249 000
Bundesschatzbriefe	3 772	-	205	3 567
Bundesschatzanweisungen	110 000	4000	-	114000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	38 969	4000	4998	37971
Finanzierungsschätze	11	-	3	7
Tagesanleihe	1 262	-	12	1 250
Schuldscheindarlehen	12 137	-	-	12 137
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	665	-	-	665
Kreditmarktmittel insgesamt	1 161 222			1 148 003

	Stand: 30. Juni 2014		Stand: 31. Juli 2014					
Gliederung nach Restlaufzeiten								
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	203 003		198 685					
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	365 337		370 109					
langfristig (mehr als 4 Jahre)	592 881		579210					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 161 222		1 148 003					

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht - Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des Bundesministeriums der Finanzen im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. Juni 2014	Belegung am 30. Juni 2013					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	145,0	136,8	131,1					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	60,0	44,3	41,7					
FZ-Vorhaben	12,5	6,6	5,6					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	108,1	107,4					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,4	56,2					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4					

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

				Central Governr	ment Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münz- einnahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2014	Dezember	-	-	-	-	-	-
ſ	November	-	-	-	-	-	-
(Oktober	-	-	-	-	-	-
:	September	-	-	-	-	-	-
,	August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579
	Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
	Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
ı	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
,	April	103 067	84896	-18 139	-28 185	- 18	10028
	März	80119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 1 7 9
	Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	August	206 802	176302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
	April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	- 58	13 213
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222
	Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
	November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
	Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
	September	225 415	199 188	-26 173	-10344	132	-15 697
	•	193 833	156 426	-37 352	-19849	123	-17 379
	August	184344	153 957	-30 335	-24804	122	-5 408
	Juli	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16515
	Juni	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
	Mai	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
	April						-2 406
	März	82 673 62 345	58 613	-24 040	-21 711 16 750	-77	-2 406
	Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10254

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	nent Operations							
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münz- einnahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme					
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing					
		in Mio. €/€ m									
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343					
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280					
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712					
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244					
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851					
Juli	185 285	150 535	-34709	-4 344	162	-30 202					
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335					
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257					
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544					
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	- 41	-16 554					
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	- 93	-11 841					
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861					
2010 Dezember	303 658	259 293	-44 323	0	311	-44 011					
November	278 005	217 455	-60 499	-8 629	136	-51 733					
Oktober	254887	200 042	-54 793	-15 223	149	-39 421					
September	230 693	181 230	-49 412	-8 532	125	-40 755					
August	209 871	160 620	-49 202	-7 736	125	-41 341					
Juli	188 128	143 120	-44 982	-14368	142	-30 471					
Juni	155 292	122 389	-32 877	4 465	78	-37 264					
Mai	129 243	94 005	-35 209	7 707	45	-42 870					
April	107 094	74930	-32 137	-2 388	-38	-29 788					
März	81 856	53 961	-27 883	3 657	-93	-31 633					
Februar	60 455	31 940	-28 499	- 653	-115	-27 962					
Januar	40 352	16 498	-23 844	-14862	- 137	-9 118					

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

			(Central Government D	Debt	
		Kre	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	zeiten	Cowährloistungon
			Outsta	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2014	Dezember	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-
	Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-
	Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452
	Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-
	April	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-
	März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	463
	Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-
	Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-
2013	Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	457
2013	November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	_
	Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	-
		204 138	360 829	583 822	1 148 789	470
	September	207 355	371 083	572 836	1 151 273	_
	August	207 948	366 074	562 859	1 136 882	_
	Juli	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474
	Juni	207 541	377 104	562 867	1 147 512	-
	Mai	204 592	377 104	551 886	1 128 651	
	April	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472
	März	210723	378 264	549 986	1 147 897	472
	Februar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-
	Januar					470
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1118841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Debt - Schulden Bund

		(Central Government [Debt	
	Kr	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	zeiten	Gewährleistungen
		Outsta	nding debt		Gewanneistungen
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
		in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
Mai	232 210	364 702	534474	1 131 385	-
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
Februar	234948	362 885	514 604	1 112 437	-
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-
2010 Dezember	234986	335 073	534 991	1 105 505	343
November	231 952	347 673	526 944	1 106 568	-
Oktober	232 952	341 728	515 041	1 089 721	-
September	233 889	336 633	526 289	1 096 811	336
August	233 001	346 511	513 508	1 093 020	-
Juli	232 000	339 551	507 692	1 079 243	-
Juni	227 289	332 426	517 873	1 077 587	335
Mai	232 294	341 244	512 071	1 085 609	-
April	238 248	334207	499 124	1 071 579	-
März	240 583	326118	502 193	1 068 193	311
Februar	242 829	335 135	491 171	1 069 135	-
Januar	245 822	328 119	480 327	1054 268	-

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2013 bis 2018 Gesamtübersicht

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
			Mrd	d. €		
1. Ausgaben	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,3	- 3,7	+ 1,0	+ 3,7	+ 3,0	2,9
2. Einnahmen ¹	285,5	289,8	299,2	310,3	319,6	329,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,9
darunter:						
Steuereinnahmen	259,8	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,9	+ 5,2	+ 2,7	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	-22,4	-6,7	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	7,3	2,3	0,1	0,1	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	238,6	204,3	189,5	207,0	186,8	197,5
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	7,9	2,6	-1,0	-3,1	0,8	0,2
6. Tilgungen (+)	224,4	200,3	188,5	203,9	187,6	197,7
7. Nettokreditaufnahme	22,1	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0
8. Münzelnnahmen	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	33,5	29,9	26,1	27,2	27,9	27,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 7,8	- 10,8	- 12,6	+ 4,3	+ 2,6	- 2,4
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

¹Gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 3 BHO.

 $^{^2\,} Nach\, Ber \ddot{u}ck sichtigung\, der\, Eigenbestands veränderung.$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart		lst			Soll	RegEntwurf ¹
			in Mi	o. €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	28 907	29 839
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 119	21 943
Ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	10974	11 993
Militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	10 145	9 950
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7788	7 896
Ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2 619	2 694	2 737
Militärischer Bereich	4 620	4682	4889	5018	5 094	5 159
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	24 196	24 340
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 289	1 367
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	9 989	9 685
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	12 918	13 288
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	27 618	26 969
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31302	27 618	26 969
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31302	27 618	26 969
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	27 576	26 927
an Ausland	8	- 0	-	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 196	192 150
an Verwaltungen	14114	15 930	17 090	27 273	20 718	22 543
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	13 976	15 663
Gemeinden	17	12	8	8	7	6
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6734	6 873
Zweckverbände	1	1	1	0	1	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 478	169 607
Unternehmen	24212	23 882	24 225	25 024	26 707	26 840
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	26718	26 307	27 055	27 471	27 826
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104320	107310
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 960	1 955
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 0 7 5	6018	5 675
an Sonstige	3	2	2	5	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	267 916	273 299

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart		Ist			Soll	RegEntwurf
			in Mi	0.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 809	7 766
Baumaßnahmen	6 242	5814	6 1 4 7	6 2 6 4	6 273	6 241
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	996	1 040
Grunderwerb	503	492	629	611	541	486
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 892	17 446
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 944	14 589	15 524	14772	16264	16 770
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4805	4923
Länder	5 142	5 1 7 8	5 152	4873	4736	4836
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	69	86
Sondervermögen		-	581	-	1	1
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9 8 4 8	11 459	11 848
Sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3	6 3 3 1	6 790
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 128	5 057
Sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	628	676
an andere Bereiche	406	695	480	555	628	676
Unternehmen - Inland	0	260	4	7	30	30
Sonstige - Inland	137	123	129	141	134	136
Ausland	269	311	348	406	464	510
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 780	1 552
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2736	2 032	1 294	1 551
an Verwaltungen	1	1	1	0	1	1
Länder	1	1	1	0	1	1
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 293	1 551
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	905	1 154
Ausland	1 587	1710	1 666	1 435	388	397
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10304	8 778	4 486	1
Inland	13	0	0	91	143	1
Ausland	797	788	10304	8 687	4 3 4 3	0
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	30 481	26 764
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 853	26 089
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-1 897	- 564
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	296 500	299 500

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	69 602	59 699	25 128	19 681	-	14 890
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	13 949	13 662	3 854	1 623	-	8 185
02	Auswärtige Angelegenheiten	14 451	5 557	549	199	-	4808
03	Verteidigung	32 366	32 173	15 239	15 836	-	1 098
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4355	3 968	2 482	1 220	-	267
05	Rechtsschutz	478	445	270	131	-	43
06	Finanzverwaltung	4 004	3 894	2 733	672	-	489
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	19 304	16 016	516	960	-	14 540
13	Hochschulen	4947	3 952	12	10	-	3 9 3 1
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	2 708	2 703	-	0	-	2 703
15	Sonstiges Bildungswesen	281	211	10	73	-	128
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 598	8 558	494	866	-	7 199
19	Übrige Bereiche aus 1	769	591	1	10	-	580
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	147 876	147 272	180	242	-	146 850
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99 691	99 691	36	0	-	99 655
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 4 3	7 3 4 2	-	0	-	7 3 4 2
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 300	1 828	-	3	-	1 824
25	Arbeitsmarktpolitik	31 400	31 282	1	73	-	31 208
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	354	351	-	25	-	326
29	Übrige Bereiche aus 2	6 789	6 779	143	141	-	6 495
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 008	1 140	354	461	-	325
31	Gesundheitswesen	597	531	207	238	-	86
32	Sport und Erholung	135	119	0	4	-	116
33	Umwelt- und Naturschutz	671	311	89	160	-	62
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	605	179	58	59	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 192	819	-	12	-	807
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 680	809	-	2	-	807
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	508	10	-	10	-	0
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	-	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	960	543	15	225	-	302
52	Landwirtschaft und Ernährung	932	516	-	216	-	300
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	131	131	-	103	-	28
529	Übrige Bereiche aus 52	802	386	-	113	-	272
599	Übrige Bereiche aus 5	28	27	15	9	-	2

 $\ddot{\textbf{U}} \textbf{bersichten} \, \textbf{zur} \, \textbf{finanzwirtschaftlichen} \, \textbf{Entwicklung}$

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	996	4 175	4 732	9 903	9 888
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	229	57	-	286	286
02	Auswärtige Angelegenheiten	123	4039	4732	8 894	8 893
03	Verteidigung	141	52	-	193	178
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	359	27	-	387	387
05	Rechtsschutz	33	-	-	33	33
06	Finanzverwaltung	110	0	-	110	110
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	140	3 148	-	3 288	3 288
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	-	5	-	5	5
15	Sonstiges Bildungswesen	0	70	-	70	70
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	137	1 902	-	2 040	2 040
19	Übrige Bereiche aus 1	1	178	-	179	179
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	8	596	1	604	22
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	-	-	0	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	470	1	473	8
25	Arbeitsmarktpolitik	-	118	-	118	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	-	10	10
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	481	386	-	868	868
31	Gesundheitswesen	57	9	-	66	66
32	Sport und Erholung	0	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	354	-	360	360
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	418	8	-	426	426
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 369	4	1 373	1 373
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	867	4	871	871
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	497	-	497	497
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		5	-	5	5
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	416	1	417	417
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	416	1	416	416
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	416	1	416	416
599	Übrige Bereiche aus 5	1	1	-	1	1

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 180	2 540	68	423	-	2 050
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	25	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 621	1 591	-	0	-	1 591
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	428	376	-	35	-	341
65	Handel und Tourismus	376	376	-	313	-	62
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 005	95	-	41	-	54
69	Regionale Fördermaßnahmen	603	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus 6	80	79	68	11	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 421	4 071	1 019	1 952	-	1 101
72	Straßen	7 435	1 041	-	898	-	143
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 785	902	547	284	-	70
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 553	79	-	5	-	74
75	Luftfahrt	355	211	58	25	-	127
799	Übrige Bereiche aus 7	2 294	1 839	413	740	-	686
8	Finanzwirtschaft	33 957	35 815	1 627	240	27 618	6 330
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 675	5 675	-	-	-	5 675
82	Steuern und Finanzzuweisungen	693	655	-	-	-	655
83	Schulden	27 621	27 621	-	3	27 618	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	577	577	577	-	-	-
88	Globalposten	-847	1 050	1 050	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	238	238	-	237	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	296 500	267 916	28 907	24 196	27 618	187 196

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2014

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	738	900	1 639	1 609
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	25	-	25	25
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	30	-	30	30
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	52	-	52	52
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	10	900	910	910
69	Regionale Fördermaßnahmen	-	592	-	592	592
699	Übrige Bereiche aus 6	1	-	-	1	1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 182	6 025	143	12 350	12 350
72	Straßen	4976	1 418	-	6394	6394
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	883	-	-	883	883
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4 474	-	4 474	4 474
75	Luftfahrt	1	-	143	144	144
799	Übrige Bereiche aus 7	322	133	-	455	455
8	Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	Übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 809	16 892	5 780	30 481	29 853

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2014 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+ 12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	-0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,1	- 0,4	- 27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-		-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche									
Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
öffentlichen Gesamthaushalts ²									
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen ³	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+ 4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten									
Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
cogenitatia dei Naciiweisang			Is	t-Ergebnisse				Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	296,5	299
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	- 3,7	1,
Einnahmen	Mrd. €	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	289,8	299,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	1,5	3,
Finanzierungssaldo	Mrd. €	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	- 6,7	- 0
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5	0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-		-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	28,9	29
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	- 1,2	0,7	1,9	1,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,7	10
Anteil an den Personalausgaben des	0/								
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,8	12,5	
Zinsausgaben	Mrd. €	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	27,6	27
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 11,8	- 2
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	9,3	9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentllichen Gesamthaushalts ²	%	59,7	61,0	57,2	42,4	44,8	46,1	47,4	
Investive Ausgaben	Mrd. €	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,9	26
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 7,2	11,5	- 3,8	- 2,7	43,1	- 7,8	- 10,8	- 12
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	10,1	8
Anteil an den investiven Ausgaben des							,		Ü
öffentlichen Gesamthaushalts ²	%	37,1	27,8	30,2	27,7	39,5	36,6	35,0	
SteuereInnahmen ³	Mrd. €	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	268,2	278
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	3,2	1,5	3,2	3
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	90,5	93
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	92,6	93
Anteil am gesamten	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	41,9	
Steueraufkommen ⁴ Nettokreditaufnahme	Mrd. €	11 5	24.1	44.0	17.2	22.5	22.1	6.5	0
	Wird. €	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	- 6,5	0
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des		4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	2,2	0
Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	21,8	0
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 111,2	- 38,0	- 55,9	- 67,0	- 83,4	- 148,5	- 154,0	
öffentlichen Gesamthaushalts ²	70	- 111,2	- 55,0	- 55,5	- 01,0	- 00,4	- 1-0,0	107,0	
nachrichtlich: Schuldenstand ²									
öffentliche Haushalte ⁴	Mrd. €	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3			
darunter: Bund	Mrd. €	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5			

¹Stand: Kabinettbeschluss vom 2. Juli 2014.

 $^{^2}$ StandJuli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

 $^{^3\,\}mathrm{Nach}\,\mathrm{Abzug}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Erg\ddot{a}nzungszuwe}\mathrm{isungen}\,\mathrm{an}\,\mathrm{L\ddot{a}nder}.$

⁴ Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabelle 9:	Entwicklung des (Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	780,2	786,3
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	753,1	772,6
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,6
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	70,0	75,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	70,5	83,1
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	7,8
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	359,4	357,2
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	337,1	342,6
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-14,5
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben		-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen		-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	_	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,0	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	188,8	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	1,8	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt ¹		,	,	,			, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderung	gen gegenüber	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,8
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-13,5	7,6
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-18,2	17,9
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,9	-0,6
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,6
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,1	4,
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	2,6	4,
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juli 2014.

 $Bis\,2010\,sind\,als\,Extra haushalte\,ausge w\"{a}hlte\,Sonderverm\"{o}gen\,der\,jeweiligen\,Ebene\,ausge wiesen.$

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹ Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
	inononnat		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	incoccomt		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepubli	k Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013 ²	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014 ²	639,9	332,3	307,6	51,9	48,1
2015 ²	666,6	351,1	315,5	52,7	47,3
2016 ²	690,6	368,2	322,4	53,3	46,7
2017 ²	712,4	384,4	328,1	54,0	46,0
2018 ²	738,5	403,4	335,1	54,6	45,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1971); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2014.

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen G	esamtrechnungen ²	Abgre	enzung der Finanzstat	istik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitrags- quote		
Jahr			in Relation :	n zum BIP in %				
1960	33,4	23,0	10,3					
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0		
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7		
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4		
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9		
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4		
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9		
1991	38,9	22,0	16,8	38,0	22,0	16,0		
1992	39,6	22,3	17,2	39,2	22,7	16,4		
1993	40,1	22,4	17,7	39,6	22,6	16,9		
1994	40,5	22,3	18,2	39,7	22,5	17,2		
1995	40,5	21,9	18,5	40,2	22,5	17,6		
1996	41,0	21,8	19,2	40,0	21,8	18,1		
1997	41,0	21,5	19,5	39,5	21,3	18,2		
1998	41,3	22,1	19,2	39,6	21,7	17,9		
1999	42,3	23,3	19,0	40,4	22,6	17,7		
2000	42,1	23,5	18,6	40,3	22,8	17,5		
2001	40,2	21,9	18,4	38,5	21,2	17,2		
2002	39,9	21,5	18,4	38,0	20,7	17,3		
2003	40,1	21,6	18,5	38,0	20,6	17,4		
2004	39,2	21,1	18,1	37,2	20,2	17,0		
2005	39,2	21,4	17,9	37,1	20,3	16,8		
2006	39,5	22,2	17,3	37,4	21,1	16,3		
2007	39,5	23,0	16,5	37,6	22,2	15,5		
2008	39,7	23,1	16,5	38,2	22,7	15,5		
2009	40,4	23,1	17,3	38,2	22,1	16,2		
2010	38,9	22,0	16,9	37,1	21,3	15,8		
2011	39,5	22,7	16,8	37,6	22,0	15,7		
2012	40,0	23,2	16,8	38,3	22,5	15,8		
2013	40,0	23,2	16,8	38,4	22,6	15,8		

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates						
la la c		darunte	er				
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³				
		in Relation zum BIP in %					
1960	32,9	21,7	11,2				
1965	37,1	25,4	11,6				
1970	38,5	26,1	12,4				
1975	48,8	31,2	17,				
1980	46,9	29,6	17,				
1985	45,2	27,8	17,				
1990	43,6	27,3	16,				
1991	46,2	28,2	18,				
1992	47,1	27,9	19,				
1993	48,1	28,2	19,				
1994	48,0	28,0	20,				
1995 ⁴	48,2	27,7	20,				
1995	54,9	34,3	20,				
1996	49,1	27,6	21,				
1997	48,2	27,0	21,				
1998	48,0	26,9	21,				
1999	48,2	27,0	21,				
2000 ⁵	47,6	26,4	21,				
2000	45,1	23,9	21,				
2001	47,6	26,3	21,				
2002	47,9	26,2	21,				
2003	48,5	26,4	22,				
2004	47,1	25,8	21,				
2005	46,9	26,0	20,				
2006	45,3	25,4	19,				
2007	43,5	24,5	19,				
2008	44,1	25,0	19,				
2009	48,3	27,2	21,				
2010	47,9	27,5	20,				
2011	45,2	25,7	19,				
2012	44,7	25,3	19,				
2013	44,5	25,0	19,				

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

²⁰⁰⁹ bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite	-	-		978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-		996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-		986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-		10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 804	1 454 113	1 524 867	1 573 937	1 583 745	1 652 797	1 769 89
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357		-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds				_			7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009		
		Schulden (Mio. €)							
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567		
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531		
Kreditmarktmittel I.w.S.	-	-	-	-	-	-	531		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36		
Kreditmarktmittel I.w.S.	-	-	-	-	-	-	36		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
			Anteil	an den Schulden	(in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2		
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5		
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5		
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1		
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7		
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-		-	0,0		
nachrichtlich:							0,0		
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8		
			Anteil de	r Schulden am B	SIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4		
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4		
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,8		
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,6	1,0	2,5		
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2		
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8		
Gesetziche Sozialversicherung		-	-	-		-	0,0		
nachrichtlich:									
Länder und Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0		
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,2	68,6	68,0	65,2	66,8	74,5		
			Schu	ılden insgesamt	(€)				
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698		
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,2		
Einwohner (30.06.)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862		

 $^{^1} Kredit markt schulden \ im \ weiteren \ Sinne \ zuzüglich \ Kassen kredite.$

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik 1

	2010	2011	2012
		in Mio. €	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289
in Relation zum BIP in %	80,6	77,6	77,6
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179
Kassenkredite	16 256	7313	14338
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520
Sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626
Kassenkredite	4930	3 748	6 304
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 54
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 33
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661
Kassenkredite	0	58	2
Kernhaushalte	506	735	627
Extrahaushalte ⁴	32	88	38
Schulden insgesamt (€)			
je Einwohner	24 607	25 215	25 685
Maastricht-Schuldenstand	2 057 308	2 086 816	2 160 193
in Relation zum BIP in %	82,5	80,0	81,0
nachrichtlich:			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 495	2610	2 666
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \,\, eigene \,\, Berechnungen.$

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

³ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}text{Nur}\,\text{Extrahaushalte}\,\text{der}\,\text{gesetzlichen}\,\text{Sozialversicherung}\,\text{unter}\,\text{Bundesaufsicht}.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtsch	aftlichen Gesamt	rechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP ir	า %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995	-175,4	-167,9	-7,5	-9,5	-9,1	-0,4	-	-
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-	-
2000	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-47,3	-2,3
2002	-82,0	-75,9	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-65,5	-3,1
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,8	-8,7	6,9	-0,1	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-73,6	-59,3	-14,3	-3,1	-2,5	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-104,3	-108,4	4,0	-4,2	-4,3	0,2	-78,7	-3,2
2011	-21,5	-36,6	15,2	-0,8	-1,4	0,6	-25,5	-1,0
2012	2,3	-16,0	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	5,2	-1,1	6,6	0,2	0,0	0,2	-14,1	-0,5

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2009 bis 2012: Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2013. 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2014.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen (Deutsche Kredit Bank).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-4,2	-0,8	0,1	0,0	0,0	-0,1
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-3,8	-3,8	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	0,2	1,1	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	-2,5	-0,7	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-7,0	-5,2	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-10,9	-9,6	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-30,6	-13,1	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-4,5	-3,7	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-8,2	-3,5	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	-0,8	0,2	0,0	0,1	-0,2	-1,4
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-3,5	-2,7	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	-5,1	-4,3	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-4,5	-2,5	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-9,8	-4,3	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5
Slowakei	-	-	0,0	-3,4	-12,3	-2,8	-7,5	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-5,9	-6,4	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-9,6	-9,6	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	-5,3	-6,3	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-6,2	-4,1	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	-3,1	-2,0	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	-2,5	-1,9	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4
Kroatien	-	-	-	-	-	-	-6,4	-7,8	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-7,2	-5,5	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-7,8	-5,1	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-6,8	-5,5	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	0,3	0,2	-3,9	-4,3	5,7	-2,9
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-4,7	-3,2	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-4,3	4,3	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-10,0	-7,6	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-6,5	-4,4	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-12,0	-10,6	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-8,3	-8,8	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

 $Quellen: F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission\ (Statistischer\ Annex),\ Mai\ 2013.$

Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

² Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in%de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	82,5	80,0	81,0	78,4	76,0	73,6
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	96,6	99,2	101,1	101,5	101,7	101,5
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	6,7	6,1	9,8	10,0	9,8	9,6
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	48,8	49,3	53,6	57,0	59,9	61,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	82,7	86,2	90,6	93,5	95,6	96,6
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	148,3	170,3	157,2	175,1	177,2	172,4
Irland	68,2	99,3	92,0	80,1	35,1	27,3	91,2	104,1	117,4	123,7	121,0	120,4
Italien	56,6	80,2	94,3	120,9	108,5	105,7	119,3	120,7	127,0	132,6	135,2	133,9
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	44,5	42,0	40,8	38,1	39,5	33,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	19,5	18,7	21,7	23,1	23,4	25,5
Malta	-	-	-	34,2	53,9	68,0	66,0	68,8	70,8	73,0	72,5	71,1
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	63,4	65,7	71,3	73,5	73,8	73,4
Österreich	35,4	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	72,5	73,1	74,4	74,5	80,3	79,2
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	50,7	67,7	94,0	108,2	124,1	129,0	126,7	124,8
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	41,0	43,6	52,7	55,4	56,3	57,8
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	38,7	47,1	54,0	71,7	80,4	81,3
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,2	61,7	70,5	86,0	93,9	100,2	103,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	61,3	71,5	86,6	111,7	122,2	126,4
Euroraum	-	-	-	72,0	69,2	70,3	85,7	88,1	92,7	95,0	96,0	95,4
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	16,2	16,3	18,4	18,9	23,1	22,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	42,8	46,4	45,4	44,5	43,5	44,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-	45,0	52,0	55,9	67,1	69,0	69,2
Litauen	-	-	-	11,5	23,6	18,3	37,8	38,3	40,5	39,4	41,8	41,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	54,9	56,2	55,6	57,0	49,2	50,0
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	30,5	34,7	38,0	38,4	39,9	40,1
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	39,4	38,6	38,3	40,6	41,6	40,4
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	38,4	41,4	46,2	46,0	44,4	45,8
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	82,2	82,1	79,8	79,2	80,3	79,5
Vereinigtes Königreich	52,6	51,6	33,0	50,6	41,1	42,2	78,4	84,3	89,1	90,6	91,8	92,7
EU	-	-	-	-	61,9	62,9	80,1	83,0	86,8	88,9	89,5	89,2
Japan	50,7	66,7	67,0	91,2	140,1	186,4	216,0	229,8	237,3	244,0	243,7	244,1
USA	42,6	56,2	64,4	71,6	55,1	67,7	94,8	99,0	102,4	104,5	105,9	105,4

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2005 – EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010 – EU-Kommission, Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land -	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	22,7	22,8	22,9	23,1	22,9	22,0	22,7	23,2
Belgien	21,3	27,5	30,3	29,2	30,8	30,1	30,1	28,7	29,5	29,9	30,8
Dänemark	28,8	38,2	44,8	47,7	47,6	47,9	46,8	46,8	46,4	46,7	47,1
Finnland	28,3	29,1	31,1	31,6	35,3	31,1	30,9	30,1	29,9	31,1	31,0
Frankreich	22,5	21,1	24,3	24,4	28,4	27,5	27,3	25,8	26,3	27,4	28,3
Griechenland	12,3	13,8	16,6	19,7	23,8	21,3	21,0	20,0	20,5	21,6	23,1
Irland	23,3	24,5	29,2	27,5	26,7	26,3	24,1	22,1	21,8	23,3	24,2
Italien	16,8	13,7	22,0	27,4	30,0	30,3	29,6	29,7	29,5	29,6	30,9
Japan	13,9	14,5	18,6	17,6	17,3	18,1	17,4	15,9	16,3	16,8	-
Kanada	23,8	28,3	27,6	30,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,8	25,9
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	27,3	29,1	25,8	26,7	27,3	26,5	26,0	26,8
Niederlande	22,7	25,1	23,7	24,1	24,2	25,3	24,7	24,4	24,8	23,7	-
Norwegen	26,1	29,5	33,8	31,3	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,0	32,6
Österreich	25,4	26,6	27,9	26,5	28,4	27,7	28,5	27,7	27,6	27,8	28,3
Polen	-	-	-	25,2	19,8	22,8	22,9	20,4	20,6	20,9	-
Portugal	12,4	12,5	18,1	21,5	22,9	24,0	23,7	21,7	22,3	23,7	23,5
Schweden	29,2	33,2	35,6	34,4	37,9	35,0	34,9	35,2	34,1	34,1	34,0
Schweiz	14,9	18,6	19,5	19,6	22,1	21,2	21,6	21,9	21,4	21,6	21,1
Slowakei	-	-	-	25,3	19,9	17,8	17,4	16,4	16,0	16,5	16,1
Slowenien	-	-	-	22,3	23,1	24,0	23,1	22,2	23,0	22,1	22,2
Spanien	10,5	9,7	16,3	20,5	22,4	25,2	21,0	18,8	20,3	20,1	21,1
Tschechien	-	-	-	21,0	18,9	20,2	19,5	18,9	18,8	19,5	19,9
Ungarn	-	-	-	26,7	27,8	27,2	27,1	27,4	26,1	24,1	26,2
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	27,7	30,2	29,1	29,0	27,4	28,2	29,1	28,4
Vereinigte Staaten	21,4	19,6	18,4	20,1	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

 $^{^3\,1970\,}bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Land	1965	1975	1985	1995	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,1	37,2	37,5	36,1	36,5	37,4	36,2	36,9	37,6	
Belgien	31,1	39,4	44,3	43,5	44,7	43,6	44,0	43,1	43,5	44,1	45,3	
Dänemark	30,0	38,4	46,1	48,8	49,4	48,9	47,8	47,8	47,4	47,7	48,0	
Finnland	30,4	36,6	39,8	45,7	47,2	43,0	42,9	42,8	42,5	43,7	44,1	
Frankreich	34,2	35,5	42,8	42,9	44,4	43,7	43,5	42,5	42,9	44,1	45,3	
Griechenland	18,0	19,6	25,8	29,1	34,3	32,5	32,1	30,5	31,6	32,2	33,8	
Irland	24,9	28,4	34,2	32,1	30,9	31,1	29,2	27,6	37,4	27,9	28,3	
Italien	25,5	25,4	33,6	39,9	42,0	43,2	43,0	43,4	43,0	43,0	44,4	
Japan	17,8	20,4	26,7	26,4	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	-	
Kanada	25,2	31,4	31,9	34,9	34,9	32,3	31,6	31,4	30,6	30,4	30,7	
Luxemburg	27,7	32,8	39,5	37,1	39,1	35,6	37,3	39,0	37,3	37,0	37,8	
Niederlande	32,8	40,7	42,4	41,5	39,6	38,7	39,2	38,2	38,9	38,6	-	
Norwegen	29,6	39,2	42,6	40,9	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,5	42,2	
Österreich	33,9	36,7	40,9	41,4	43,0	41,8	42,8	42,4	42,2	42,3	43,2	
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,8	34,2	31,7	31,7	32,3	-	
Portugal	15,9	19,1	24,5	29,3	30,9	32,5	32,5	30,7	31,2	33,0	32,5	
Schweden	33,3	41,3	47,4	47,5	51,4	47,4	46,4	46,6	45,4	44,2	44,3	
Schweiz	17,5	23,8	25,2	26,9	29,3	27,7	28,1	28,7	28,1	28,6	28,2	
Slowakei	-	-	-	40,3	34,1	29,5	29,5	29,1	28,3	28,7	28,5	
Slowenien	-	-	-	39,0	37,3	37,7	37,1	37,0	38,1	37,1	37,4	
Spanien	14,7	18,4	27,6	32,1	34,3	37,3	33,1	30,9	32,5	32,2	32,9	
Tschechien	-	-	-	35,9	34,0	35,9	35,0	33,8	33,9	34,9	35,5	
Ungarn	-	-	-	41,5	39,3	40,3	40,1	39,9	38,0	37,1	38,9	
Vereinigtes Königreich	30,4	34,9	37,0	33,6	36,4	35,7	35,8	34,2	34,9	35,7	35,2	
Vereinigte Staaten	24,7	24,6	24,6	26,7	28,4	26,9	25,4	23,3	23,8	24,0	24,3	

 $^{^{1} {\}it Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD}.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2012, Paris 2013.

Stand: Dezember 2013.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
Land	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland ¹	43,6	54,9	45,1	46,9	45,3	43,5	44,1	48,3	47,9	45,2	44,7	44,7	44,6	44,5
Belgien	52,2	52,1	49,0	51,7	48,4	48,2	49,7	53,7	52,5	53,4	55,0	54,6	53,9	54,2
Estland	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,0	39,7	44,8	40,5	37,6	39,5	38,3	38,5	38,2
Finnland	48,2	61,5	48,3	50,2	49,1	47,4	49,2	55,9	55,5	54,8	56,3	58,1	58,6	58,3
Frankreich	49,6	54,4	51,7	53,5	52,9	52,6	53,3	56,7	56,5	55,9	56,7	57,0	56,8	56,1
Griechenland	45,2	46,2	47,1	44,4	45,1	47,2	50,5	54,0	51,3	51,8	53,3	58,5	47,4	45,5
Irland	42,3	40,9	31,2	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	65,5	47,2	42,7	43,1	40,5	39,4
Italien	52,6	52,2	45,8	47,9	48,5	47,7	48,6	52,0	50,6	49,8	50,7	50,8	50,3	49,8
Lettland	31,5	38,4	37,6	35,8	38,3	36,0	39,1	43,7	43,5	38,4	36,4	36,1	35,3	34,3
Luxemburg	37,8	39,7	37,6	41,5	38,6	36,3	39,1	45,2	43,5	42,6	43,9	43,5	43,1	44,0
Malta	_	38,5	39,5	43,6	43,2	41,8	43,3	42,5	41,2	41,3	43,1	43,9	44,1	43,8
Niederlande	54,9	56,4	44,2	44,8	45,5	45,2	46,2	51,4	51,4	49,9	50,5	49,9	49,8	49,5
Österreich	51,5	56,2	51,8	49,9	49,0	48,5	49,3	52,6	52,8	50,8	51,6	51,2	52,4	50,9
Portugal	38,5	41,9	41,6	46,6	45,2	44,3	44,7	49,7	51,5	49,3	47,4	48,6	47,1	45,6
Slowakei	_	48,6	52,1	38,0	36,5	34,2	34,9	41,6	39,8	38,9	38,2	38,7	38,0	37,5
Slowenien	_	52,3	46,5	45,1	44,3	42,3	44,1	48,7	49,5	49,9	48,4	59,4	49,5	47,4
Spanien	_	44,5	39,2	38,4	38,3	39,2	41,4	46,2	46,3	45,7	47,8	44,9	43,8	43,0
Zypern	_	33,4	37,1	43,1	42,6	41,3	42,1	46,2	46,2	46,3	45,8	45,8	47,1	46,1
Bulgarien	_	45,6	41,3	37,3	34,4	39,2	38,4	41,4	37,4	35,6	35,8	38,7	39,4	39,5
Dänemark	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,6	58,0	57,5	57,5	59,2	57,0	56,8	55,8
Kroatien	_	-	-	-	-	-	-	46,1	46,9	48,1	45,7	45,9	46,8	46,6
Litauen	_	34,4	39,8	34,0	34,2	35,3	37,9	44,9	42,2	38,7	36,0	34,4	34,2	33,3
Polen	_	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,6	45,4	43,4	42,2	41,9	41,3	41,2
Rumänien	_	34,1	38,6	33,6	35,5	38,2	39,3	41,1	40,1	39,4	36,7	35,0	34,8	34,7
Schweden	_	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,7	52,0	51,3	51,8	52,6	52,2	51,3
Tschechien	_	53,0	41,6	43,0	42,0	41,0	41,2	44,7	43,8	43,2	44,5	42,4	42,5	42,6
Ungarn	_	55,8	47,7	50,1	52,1	50,7	49,3	51,5	49,9	50,0	48,6	49,8	50,2	49,3
Vereinigtes Königreich	40,7	43,0	36,4	43,4	43,6	43,3	47,1	50,9	49,9	48,0	48,1	47,1	45,6	44,3
Euroraum ²	_	53,0	46,1	47,3	46,6	46,0	47,1	51,2	51,0	49,5	49,9	49,8	49,2	48,7
EU-28	_	-	-	-	-	-	-	51,0	50,6	49,0	49,4	49,1	48,4	47,7
USA	37,0	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,0	38,8	38,3	38,3
Japan	31,1	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,5	42,3	41,7

¹1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

 $^{^2} Einschließlich \, Lettland.$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

		EU-Hausl	nalt 2013			EU-Hau:	shalt 2014	
	Verpflichtu	ungen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	71 276,2	47,0	69 236,2	47,9	63 986,3	44,9	62 392,8	46,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	60 159,2	39,7	58 068,0	40,2	59 267,2	41,6	56 458,9	41,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 194,1	1,4	1 715,2	1,2	2 172,0	1,5	1 677,0	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	9 583,1	6,3	6 941,1	4,8	8 325,0	5,8	6 191,2	4,6
5. Verwaltung	8 430,4	5,6	8 430,0	5,8	8 405,1	5,9	8 406,0	6,2
6. Ausgleichszahlungen	75,0	0,0	75,0	0,1	28,6	0,0	28,6	0,0
Besondere Instrumente					456,2	0,32	350,0	0,26
Gesamtbetrag	151 718,0	100,0	144 465,6	100,0	142 640,5	100,0	135 504,6	100,0

Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2013.

2014: Verabschiedeter Haushalt, Ratsdokument 16106/13 ADD 1.

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2013 bis 2014

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	-10,2	-9,9	-7 289,9	-6 843,4
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,5	-2,8	-892,0	-1 609,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,0	-2,2	- 22,1	-38,2
4. Die EU als globaler Akteur	-13,1	-10,8	-1 258,1	- 749,9
5. Verwaltung	-0,3	-0,3	- 25,2	-24,0
6. Ausgleichszahlungen	-61,9	-61,9	- 46,4	-46,4
Besondere Instrumente			456,2	350,0
Gesamtbetrag	-6,0	-6,2	-9 077,6	-8 961,0

 $Quellen: 2013: Berichtigungshaushaltsplan\,Nr.\,8/2013.$

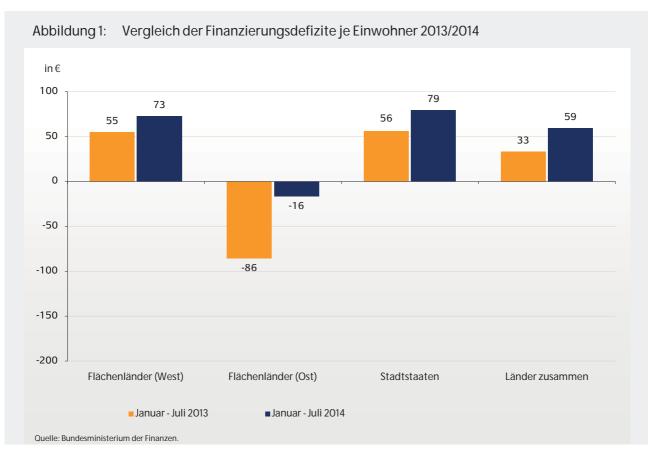
 $2014: Verabschiedeter\, Haushalt,\, Ratsdokument\, 16106/13\, ADD\, 1.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2014 im Vergleich zum Jahressoll 2014

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	223 897	129 592	53 205	29 709	38 475	22 734	308 844	177 87
darunter:								
Steuereinnahmen	175 705	100 852	31 099	17 505	24 635	14 153	231 439	132 510
Übrige Einnahmen	48 192	28 740	22 105	12 204	13 841	8 581	77 405	45 36
Bereinigte Ausgaben	232 063	134 126	54 119	29 503	39 383	23 195	318 832	182 660
darunter:								
Personalausgaben	89 808	53 241	13 471	7 647	11 547	7 403	114826	68 290
Laufender Sachaufwand	15 093	8 3 6 8	3 907	2 111	8 806	4 850	27 805	15 328
Zinsausgaben	12 222	7 503	2 445	1 358	3 734	2 075	18 400	10 936
Sachinvestitionen	4 450	1 664	1 739	653	909	297	7 098	2 614
Zahlungen an Verwaltungen	69 482	39 332	19018	10815	818	593	82 585	46 577
Übrige Ausgaben	41 009	24 019	13 539	6919	13 569	7 976	68 117	38 914
Finanzierungssaldo	-8 167	-4 534	-914	206	- 898	- 461	-9 979	-4 78



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2014

		in Mio. €										
		Juli 2013 Juni 2014							Juli 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt		
	Seit dem 1. Januar gebuchte											
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	156 321	173 588	317 846	134 048	154 405	278 682	159 069	177 871	324 984		
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	153 089	166 570	319 659	133 334	148 840	282 173	156 797	170 831	327 628		
111	Steuereinnahmen	141 617	128 145	269 762	121 631	115 577	237 208	143 314	132 510	275 82		
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 319	31 025	32 344	1 331	28 073	29 404	1 560	31 850	33 410		
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	1 3 9 8	1 398	-	1 667	1 667	-	1 667	1 66		
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-			
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 232	7018	10 250	714	5 5 6 5	6 2 7 9	2 273	7 040	9312		
121	Veräußerungserlöse	1 749	188	1 937	262	759	1 021	1 071	780	1 85		
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 645	69	1 715	92	666	758	886	674	1 56		
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	497	3 822	4319	188	2 602	2 790	397	3 764	416		
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	185 785	176 257	349 978	150 047	157 292	297 568	184 378	182 660	355 08		
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	170 077	162 353	332 430	136 602	144834	281 437	168 282	167 840	336 12		
211	Personalausgaben	17 271	66 062	83 333	14903	58 517	73 420	17327	68 290	85 61		
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 117	19872	24989	4525	17 805	22 330	5 228	20 989	26 21		
212	Laufender Sachaufwand	11 114	15 369	26 483	9 2 7 9	12819	22 098	11 066	15 328	2639		
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	6 686	9877	16 563	5 588	8 634	14221	6 607	10361	16 96		
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	27 822	11 952	39 774	12 415	10 073	22 488	23 278	10936	3421		
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10857	38 488	49 346	9347	36 638	45 986	10851	41 768	52 61		
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 98	- 98	-	51	51	-	183	18		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	4	36 107	36 112	4	34278	34 282	4	38 936	38 94		
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	15 708	13 903	29 611	13 445	12 457	25 902	16 096	14820	30 91		
221	Sachinvestitionen	2879	2 547	5 427	2 5 1 8	2 047	4565	3 2 6 8	2 614	5 88		
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 593	4743	7 3 3 5	1 772	4251	6024	2 539	4810	734		
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	15 361	13 425	28 786	13 168	12 030	25 199	15 719	14344	30 06		

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2014

			Juli 2013			Juni 2014		Juli 2014			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 29 418 ²	-2 668	-32 087	-15 973 ²	-2 887	-18 860	-25 268 ²	-4 789	-30 05	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	147 230	46 058	193 288	101 505	36 303	137 807	121 542	45 303	166 84	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	148 184	60 970	209 153	102 209	53 722	155 930	131 642	57 344	188 98	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 954	-14912	-15 866	-704	-17 419	-18 123	-10 100	-12 041	-22 14	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	15 688	6 162	21 850	-9 791	7 750	-2 042	10728	8 239	18 96	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	20310	20310	-	17 723	17723	-	17 003	17 00	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-15 687	-7 054	-22 741	9 794	-5 238	4556	-10 727	-6394	-17 12	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2014

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	24 486	28 845	5 710	12 588	3 986	15 538	32 983	8 373	2 052
11	Einnahmen der laufenden Rechung	23 530	27 971	5 346	12 286	3 711	14834	31 863	8 076	2 015
111	Steuereinnahmen	18 393	23 180	3 326	10167	2 294	11 586 ⁴⁾	25 890	6 0 4 7	1 431
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 993	2 615	1 593	1 454	1 229	1 897	4391	1510	525
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	120	-	-	24	212	72	34
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	272	-	272	92	368	129	79
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	956	875	364	302	275	704	1120	297	37
121	Veräußerungserlöse	406	0	8	9	3	215	8	39	3
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	405	-	0	-	-	214	0	38	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	418	635	146	284	98	414	633	144	29
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	24 676	27 617 a	5 771	13 779	3 968	15 847	35 856	9 105	2 369
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	22 424	25 341 a	5 175	12 792	3 547	15 112	32 878	8 389	2 213
211	Personalausgaben	10 040	12 141	1 481	5014	1 048	6 119 ²	13 063 ²	3 603	932
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 3 7 2	3 650	153	1 699	81	2 092	4723	1 225	388
212	Laufender Sachaufwand	1 150	2 005	347	1 057	273	1 057	2 028	657	107
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 033	1 602	295	855	231	809	1 472	507	94
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 153	674 a	261	946	189	956	2 291	659	351
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6770	7 951	2 103	3 785	1 357	4 527	9 222	2 235	352
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	1 406	2 715	-	989	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5304	5 119	1 791	2 663	1 153	4384	9 029	2 192	346
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 252	2 276	596	986	421	736	2978	717	157
221	Sachinvestitionen	340	704	35	284	95	99	143	31	20
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	759	776	198	419	195	113	1139	220	34
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 2 1 2	2 154	596	934	421	735	2 831	687	145

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2014

	_		•		•	in Mio. €	•			•
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 190	1 229 b	- 61	-1 191	18	- 310	-2 872	- 732	- 318
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 2 5 9	1 531 °	1188	1 840	755	3 749	10 561	4 2 4 4	1 049
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7816	2 535 °	2 841	4338	1 020	5 626	9 405	5 677	1 051
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 557	-1 004	-1 653	-2 498	- 265	-1 877	1 156	-1 433	-2
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	40	2 856	-		-	717	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 262	1 576	20	1 432	584	2 524	3 018	3	284
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 87	0	- 657	-2 257	509	-313	1 937	-716	-36

 $^{^1}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne August-Bezüge

 $^{^3\,}BY-davon\,Stabilisierungs fonds\,Finanzmarkt\,und\,BayernLB:\,a\,260,4\,Mio.\, \\ \in,\,b\,-260,4\,Mio.\, \\ \in,\,c\,92,0\,Mio.\, \\ \in,\,b\,-260,4\,Mio.\, \\ \in,\,b\,-260,$

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2014

					in M	lio. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 461	5 426	5 491	5 126	13 391	2 635	6 707	177 871
1	Einnahmen der laufenden Rechung	8 678	5 165	5 3 3 1	4 8 4 5	12 905	2 578	6 625	170 831
11	Steuereinnahmen	5 669	3 071	4 158	3 146	7 457	1 349	5 3 4 7	132 510
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 651	1 731	861	1 467	4 2 2 2	985	725	31 850
121	darunter: Allgemeine BEZ	216	118	59	116	557	102	38	1 667
122	Länderfinanzausgleich ¹	656	329	96	320	1 879	376	60	-
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	784	261	160	280	487	57	83	7 040
21	Veräußerungserlöse	0	2	2	9	73	0	4	780
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	0	4	10	-	-	674
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	300	194	91	139	139	48	54	3 764
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	9 144	5 440	5 642	5 180	13 396	2 999	6 800	182 660
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	8 047	4957	5 463	4 699	12 742	2 595	6395	167 840
211	Personalausgaben	2311	1 404	2 3 3 0	1 403	4 409	858	2 136	68 290
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	160	131	872	112	1 207	302	824	20 989
212	Laufender Sachaufwand	576	568	307	347	3318	458	1 075	15 328
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	406	165	257	212	1 409	206	812	10361
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	167	389	474	352	1 287	376	412	10936
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 067	1 475	1 743	1719	197	84	110	41 768
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	183
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2610	1 190	1 665	1 477	3	8	3	38 936
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 097	483	178	481	654	403	405	14820
221	Sachinvestitionen	312	82	44	130	118	26	153	2 614
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	385	166	51	150	92	58	53	4810
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 098	483	177	481	591	394	405	14344

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2014

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	317	- 14	- 150	- 54	- 5	- 364	- 93	-4 789
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	3 756	1 223	782	4332	3 846	2 190	45 303
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	655	2 574	1 739	819	5 401	3 822	2 025	57344
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 655	1 182	- 516	-37	-1 069	24	165	-12 041
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	3 372	-	-	346	624	284	8 2 3 9
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 571	94	-	200	462	-116	1 091	17 003
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 445	- 658	21	-339	- 425	72	-6394

 $^{^1}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne August-Bezüge.

 $^{^3}$ BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 260,4 Mio. \in , b -260,4 Mio. \in , c 92,0 Mio. \in

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,1 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 15. April 2014

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite https://circabc. europa.eu/. Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke (siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434) sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission (siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478).
- Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen

- Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung.
- 6. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unter- beziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslückendienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

(http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-desbundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		budgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2014	2 857,7	2 834,5	-23,2	0,210	-4,9
2015	2 949,0	2 941,1	-8,0	0,210	-1,7
2016	3 039,0	3 032,3	-6,7	0,210	-1,4
2017	3 129,2	3 126,3	-2,9	0,210	-0,6
2018	3 223,2	3 223,2	0,0	0,210	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken					
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	ninal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP		
1980	1 383,6		835,3		32,1	2,3	19,4	2,3		
1981	1 414,5	+2,2	889,6	+6,5	8,7	0,6	5,5	0,6		
1982	1 443,4	+2,0	949,4	+6,7	-25,8	-1,8	-17,0	-1,8		
1983	1 472,5	+2,0	995,7	+4,9	-32,6	-2,2	-22,0	-2,2		
1984	1 502,7	+2,1	1 036,3	+4,1	-22,2	-1,5	-15,3	-1,5		
1985	1 533,8	+2,1	1 080,2	+4,2	-18,8	-1,2	-13,2	-1,2		
1986	1 568,4	+2,3	1 137,7	+5,3	-18,7	-1,2	-13,6	-1,2		
1987	1 604,8	+2,3	1 179,0	+3,6	-33,4	-2,1	-24,5	-2,1		
1988	1 644,3	+2,5	1 228,5	+4,2	-14,6	-0,9	-10,9	-0,9		
1989	1 689,5	+2,7	1 298,6	+5,7	3,7	0,2	2,8	0,2		
1990	1 739,1	+2,9	1 382,1	+6,4	43,0	2,5	34,2	2,5		
1991	1 791,8	+3,0	1 468,0	+6,2	81,3	4,5	66,6	4,5		
1992	1 845,9	+3,0	1 593,9	+8,6	63,1	3,4	54,5	3,4		
1993	1 894,2	+2,6	1 700,8	+6,7	-4,4	-0,2	-3,9	-0,2		
1994	1 934,1	+2,1	1 779,9	+4,6	2,5	0,1	2,3	0,1		
1995	1 968,9	+1,8	1 848,3	+3,8	0,2	0,0	0,2	0,0		
1996	2 000,6	+1,6	1 890,1	+2,3	-16,0	-0,8	-15,1	-0,8		
1997	2 030,6	+1,5	1 923,5	+1,8	-11,5	-0,6	-10,9	-0,6		
1998	2 060,6	+1,5	1 963,4	+2,1	-3,9	-0,2	-3,7	-0,2		
1999	2 092,8	+1,6	1 997,9	+1,8	2,4	0,1	2,3	0,1		
2000	2 126,5	+1,6	2 016,4	+0,9	32,8	1,5	31,1	1,5		
2001	2 159,7	+1,6	2 071,0	+2,7	32,2	1,5	30,9	1,5		
2002	2 191,2	+1,5	2 131,2	+2,9	1,0	0,0	1,0	0,0		
2003	2 220,0	+1,3	2 183,0	+2,4	-36,1	-1,6	-35,5	-1,6		
2004	2 248,4	+1,3	2 234,6	+2,4	-39,2	-1,7	-38,9	-1,7		
2005	2 276,4	+1,2	2 276,4	+1,9	-52,0	-2,3	-52,0	-2,3		
2006	2 306,0	+1,3	2 313,2	+1,6	0,7	0,0	0,7	0,0		
2007	2 335,9	+1,3	2 381,4	+2,9	46,2	2,0	47,1	2,0		
2008	2 364,0	+1,2	2 428,7	+2,0	43,9	1,9	45,1	1,9		
2009	2 385,5	+0,9	2 479,7	+2,1	-101,5	-4,3	-105,5	-4,3		
2010	2 409,6	+1,0	2 530,6	+2,1	-33,9	-1,4	-35,6	-1,4		
2011	2 439,4	+1,2	2 593,5	+2,5	15,4	0,6	16,4	0,6		
2012	2 473,6	+1,4	2 668,4	+2,9	-1,8	-0,1	-2,0	-0,1		
2013	2 510,8	+1,5	2 768,9	+3,8	-28,4	-1,1	-31,3	-1,1		
2014	2 548,8	+1,5	2 857,7	+3,2	-20,7	-0,8	-23,2	-0,8		
2015	2 586,7	+1,5	2 949,0	+3,2	-7,0	-0,3	-8,0	-0,3		
2016	2 621,5	+1,3	3 039,0	+3,0	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2		
2017	2 654,8	+1,3	3 129,2	+3,0	-2,5	-0,1	-2,9	-0,1		
2018	2 689,3	+1,3	3 223,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0		

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,2	-0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,3	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,6	0,0	0,8
1989	+2,7	1,7	0,1	0,9
1990	+2,9	1,8	0,2	0,9
1991	+3,0	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,6	0,2	1,1
1993	+2,6	1,4	0,1	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,6	1,0	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,9
1998	+1,5	0,9	-0,3	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,0
2000	+1,6	1,0	-0,2	0,0
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,6
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,2	0,8	0,0	0,5
2006	+1,3	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,2	0,6	0,1	0,5
2009	+0,9	0,5	0,0	0,4
2010	+1,0	0,5	0,1	0,4
2011	+1,2	0,5	0,3	0,4
2012	+1,4	0,5	0,5	0,4
2013	+1,5	0,6	0,6	0,4
2014	+1,5	0,6	0,5	0,4
2015	+1,5	0,7	0,4	0,4
2016	+1,3	0,7	0,2	0,4
2017	+1,3	0,7	0,1	0,4
2018	+1,3	0,8	0,1	0,!

 $^{^{1}} Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
1962	755,3	+4,7	207,0	+11,1
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,7
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,7
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,1
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,0
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,6
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,7
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,6
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,7
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt ¹	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,0
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,0	-5,1	2 374,2	-4,0
2010	2 375,7	+4,0	2 495,0	+5,1
2011	2 454,8	+3,3	2 609,9	+4,6
2012	2 471,8	+0,7	2 666,4	+2,2
2013	2 482,4	+0,4	2 737,6	+2,7
2014	2 528,0	+1,8	2 834,5	+3,5
2015	2 579,7	+2,0	2 941,1	+3,8
2016	2 615,7	+1,4	3 032,3	+3,1
2017	2 652,3	+1,4	3 126,3	+3,1
2018	2 689,3	+1,4	3 223,2	+3,1

 $^{^{1}} Verkettete \, Volumen angaben, \, berechnet \, auf \, Basis \, der \, vom \, Statistischen \, Bundesamt \, ver\"{o}ffentlichten \, Indexwerte \, (2005 = 100).$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa ⁻	tionsraten				
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
960	54 632			59,9	32 275			
1961	54 667	+0,1		60,4	32 725	+1,4		
1962	54 803	+0,2		60,4	32 839	+0,3		
1963	55 035	+0,4		60,4	32 917	+0,2		
1964	55 2 1 9	+0,3		60,2	32 945	+0,1		
1965	55 499	+0,5	59,8	60,2	33 132	+0,6		
1966	55 793	+0,5	59,4	59,7	33 030	-0,3		
1967	55 845	+0,1	59,0	58,6	31 954	-3,3		
1968	55 951	+0,2	58,7	58,1	31 982	+0,1		
1969	56 377	+0,8	58,5	58,2	32 479	+1,6		
1970	56 586	+0,4	58,5	58,5	32 926	+1,4		
1971	56 729	+0,3	58,5	58,7	33 076	+0,5		
1972	57 126	+0,7	58,5	58,7	33 258	+0,6		
1973	57 519	+0,7	58,5	59,1	33 660	+1,2		
1974	57 776	+0,4	58,3	58,7	33 341	-0,9		
1975	57 814	+0,1	58,1	58,0	32 504	-2,5		
1976	57 871	+0,1	58,0	57,8	32 369	-0,4		
1977	58 057	+0,3	58,0	57,6	32 442	+0,2		
1978	58 348	+0,5	58,1	57,8	32 763	+1,0		
1979	58 738	+0,7	58,4	58,3	33 396	+1,9		
1980	59 196	+0,8	58,8	58,8	33 956	+1,7		
1981	59 595	+0,7	59,4	59,3	33 996	+0,1		
	59 823							
1982 1983	59 823	+0,4	60,1	60,1	33 734 33 427	-0,8		
1984	59 957	+0,0	61,7	61,7	33 715	+0,9		
1985	59 980	+0,0	62,4	62,6	34 188	+1,4		
1986	60 095	+0,0			34 845			
			63,2	63,1	35 331	+1,9		
1987	60 194	+0,2	63,8	63,7	25.004	+1,4		
1988	60 300	+0,2	64,4	64,4	35 834	+1,4		
1989 1990	60 567	+0,4	64,9	64,8	36 507 37 657	+1,9		
1990	61 427	+0,8	65,5	66,5	38 712	+3,2		
1992	62 068	+1,0	65,5	65,6	38 183	-1,4		
1993	62 679	+1,0	65,4	65,0	37 695	-1,4		
1993	63 022	+0,5	65,3	65,0	37 695	-0,1		
1995	63 211	+0,3	65,3	64,9	37 802	+0,4		
1996	63 340	+0,3	65,5	65,2	37 772	-0,1		
1997	63 383	+0,1	65,7	65,5	37716	-0,1		
1998	63 381	-0,0	66,0	66,1	38 148	+1,1		
1999	63 431	+0,1	66,3	66,4	38 721	+1,5		

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend Tatsächlich bzw. prognostiziert		Erwerbstätige, Inland		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	63 515	+0,1	66,6	66,9	39 382	+1,7	
2001	63 643	+0,2	66,9	67,1	39 485	+0,3	
2002	63 819	+0,3	67,1	67,0	39 257	-0,6	
2003	63 942	+0,2	67,3	67,0	38 918	-0,9	
2004	63 998	+0,1	67,5	67,5	39 034	+0,3	
2005	64 032	+0,1	67,7	68,0	38 976	-0,1	
2006	64 029	-0,0	67,8	67,8	39 192	+0,6	
2007	63 983	-0,1	68,0	67,9	39 857	+1,7	
2008	63 881	-0,2	68,2	68,1	40 348	+1,2	
2009	63 650	-0,4	68,5	68,5	40 372	+0,1	
2010	63 381	-0,4	68,8	68,7	40 587	+0,5	
2011	63 218	-0,3	69,1	69,1	41 152	+1,4	
2012	63 163	-0,1	69,5	69,5	41 608	+1,1	
2013	63 162	-0,0	69,8	69,8	41 841	+0,6	
2014	63 084	-0,1	70,1	70,2	42 081	+0,6	
2015	62 908	-0,3	70,5	70,6	42 201	+0,3	
2016	62 669	-0,4	70,7	70,8	42 281	+0,2	
2017	62 449	-0,4	71,0	71,0	42 362	+0,2	
2018	62 225	-0,4	71,3	71,2	42 442	+0,2	
2019	61 998	-0,4	71,5	71,5			
2020	61 872	-0,2	71,7	71,7			
2021	61 785	-0,1	72,0	72,0			

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	
1960			2 165		25 095		1,4	
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9	
1962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8	
1963			2 071	-1,4	26377	+1,1	1,0	
1964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9	
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8	
1966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8	
1967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,0
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,0
1969	1 971	-1,2	1 973	-1,0	27 034	+2,8	0,9	1,0
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27814	+2,9	0,5	1,1
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,2
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,3
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,4
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,6
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,9
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,3
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,7
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,2
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,7
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30337	+2,0	2,4	4,3
1981	1 727	-0,9	1 722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,9
1982	1712	-0,9	1711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,5
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,1
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,5
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,9
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,1
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,2
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,3
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,3
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,3
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,3
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,4
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,5
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,7
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,9
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,1
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	ı. prognostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKU
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,4
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 441	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,6
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,6
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,4
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,1
2008	1 411	-0,4	1 422	-0,0	35 868	+1,4	7,2	7,7
2009	1 405	-0,4	1 382	-2,8	35 901	+0,1	7,4	7,3
2010	1 400	-0,3	1 404	+1,6	36 111	+0,6	6,8	6,9
2011	1 397	-0,2	1 405	+0,1	36 604	+1,4	5,7	6,4
2012	1 394	-0,2	1 393	-0,9	37 060	+1,2	5,3	5,9
2013	1 392	-0,1	1 388	-0,4	37 358	+0,8	5,1	5,5
2014	1 392	-0,0	1 388	-0,0	37 613	+0,7	4,9	5,0
2015	1 392	+0,0	1 394	+0,5	37 683	+0,2	4,9	4,5
2016	1 394	+0,1	1 395	+0,1	37 743	+0,2	4,7	4,3
2017	1 395	+0,1	1 396	+0,1	37 803	+0,2	4,5	4,3
2018	1 397	+0,1	1 398	+0,1	37 864	+0,2	4,2	4,3
2019	1 3 9 8	+0,1	1 399	+0,1				
2020	1 399	+0,1	1 400	+0,1				
2021	1 401	+0,1	1 400	+0,1				

 $^{^{1} 12.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

² NAWRU - Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 3 7 8 , 1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	441,4	+1,3	2,2
2009	11 983,4	+1,3	389,9	-11,7	2,0
2010	12 113,1	+1,1	412,2	+5,7	2,4
2011	12 252,5	+1,2	440,5	+6,9	2,5
2012	12 394,7	+1,2	431,3	-2,1	2,4
2013	12 530,7	+1,1	428,4	-0,7	2,4
2014	12 658,9	+1,0	445,9	+4,1	2,5
2015	12 792,8	+1,1	467,0	+4,7	2,6
2016	12 942,7	+1,2	479,9	+2,8	2,0
2017	13 106,0	+1,3	493,2	+2,8	2,5
2018	13 278,6	+1,3	506,9	+2,8	2,0

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3949
1985	-7,3814	-7,3817
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3527
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3014
1991	-7,2573	-7,2839
1992	-7,2459	-7,2678
1993	-7,2510	-7,2536
1994	-7,2351	-7,2409
1995	-7,2238	-7,2298
1996	-7,2171	-7,2198
1997	-7,2052	-7,2104
1998	-7,2001	-7,2012
1999	-7,1966	-7,1919
2000	-7,1770	-7,1821
2001	-7,1639	-7,1724
2002	-7,1615	-7,1633
2003	-7,1628	-7,1550
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1396
2006	-7,1223	-7,1321
2007	-7,1056	-7,1253
2008	-7,1081	-7,1195
2009	-7,1473	-7,1149
2010	-7,1258	-7,1099
2011	-7,1064	-7,1049
2012	-7,1051	-7,0997
2013	-7,1058	-7,0941
2014	-7,0947	-7,0879
2015	-7,0829	-7,0812
2016	-7,0750	-7,0742
2017	-7,0673	-7,0668
2018	-7,0599	-7,0591

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı	
1960	24,2		27,7		83,9		
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9	
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6	
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3	
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4	
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0	
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7	
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2	
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4	
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6	
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7	
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3	
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9	
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8	
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6	
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5	
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1	
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4	
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8	
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3	
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7	
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
	73,5						
1987		+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9 79,5	+2,9	74,9 77,1	+3,9	728,0 787,6	+4,6	
1990 1991	81,9	+3,4	79,4	+3,0 +2,9	858,8	+8,2 +9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9		954,0	+2,4	
				+3,6			
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland			
	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	2005 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8		
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9		
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6		
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2		
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3		
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7		
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5		
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6		
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,6	1 229,4	+3,6		
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,0	1 232,2	+0,2		
2010	105,0	+1,0	106,2	+2,0	1 268,6	+3,0		
2011	106,3	+1,2	108,4	+2,1	1 324,0	+4,4		
2012	107,9	+1,5	110,2	+1,6	1 375,9	+3,9		
2013	110,3	+2,2	112,0	+1,6	1 414,2	+2,8		
2014	112,1	+1,7	113,4	+1,3	1 462,7	+3,4		
2015	114,0	+1,7	115,4	+1,8	1 516,1	+3,7		
2016	115,9	+1,7	117,6	+1,8	1 560,9	+3,0		
2017	117,9	+1,7	119,7	+1,8	1 607,3	+3,0		
2018	119,9	+1,7	121,9	+1,8	1 654,8	+3,0		

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,1	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,5	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,8	3,8	9,1	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,3	3,7	8,9	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,6	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	52,1	3,2	7,4	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,2	3,5	8,2	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,1	3,9	9,1	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,6	4,2	9,6	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,1	4,6	10,4	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,2	4,2	9,7	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,3	3,6	8,2	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,5	3,1	7,1	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,8	3,2	7,3	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,7	2,9	6,7	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,8	2,5	5,7	+3,6	+2,2	+2,0	20,1
2012	42,0	+1,1	54,1	2,3	5,2	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,2	2,3	5,1	+0,1	-0,5	+0,4	19,7
2008/03	39,8	+0,8	53,0	3,9	9,0	+1,6	1,3	+1,4	19,7
2013/08	41,4	+0,7	53,9	2,7	6,2	+0,4	-0,2	+0,6	19,8

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2 \,} Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \, \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			a.				
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2008/03	+2,9	+0,9	-1,0	+1,3	+1,4	+1,9	-0,3
2013/08	+1,9	+1,4	+0,1	+1,4	+1,2	+1,4	+2,2

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisation en ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Arbeitnehmerentgelte \, je \, Arbeitnehmerstunde \, dividiert \, durch \, das \, reale \, BIP \, je \, Erwerbst \, \ddot{a}tigenstunde \, (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	
Jahr	Veränderu	ng in % p. a.	in Mrd. €			Anteile	am BIP in %		
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6	
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2	
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0	
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5	
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3	
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8	
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5	
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7	
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4	
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5	
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5	
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7	
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6	
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5	
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7	
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9	
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0	
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7	
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0	
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9	
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1	
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3	
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0	
2008/03	+9,0	+8,4	126,4	118,2	39,0	33,7	5,3	4,9	
2013/08	+2,8	+3,1	143,8	167,8	43,3	37,9	5,4	6,3	

 $^{^{1}} In \, jeweiligen \, Preisen.$

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen		Arbeitnehmer- entgelte	Lohno	quote	Bruttolöhne und -gehälter (je	Reallöhne (je	
		einkommen	(Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer) ³	
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	1.	in	%	Veränderung in % p. a.		
1991				70,0	70,0			
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2	
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9	
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9	
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6	
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5	
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5	
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5	
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4	
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5	
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7	
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1	
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5	
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1	
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3	
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,8	-1,3	
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6	
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,3	+0,1	
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	+0,0	+0,5	
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9	
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5	
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1	
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6	
2008/03	+3,4	+7,1	+1,7	66,5	67,8	+1,1	-0,4	
2013/08	+2,0	+0,4	+2,8	67,0	68,3	+2,1	+0,9	

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Lanu	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+4,0	+3,3	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,3	+1,8	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	+2,6	+9,6	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+3,4	+2,8	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	+1,7	+2,0	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-4,9	-7,1	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-1,1	+2,2	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	+1,7	+0,4	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-1,3	+5,3	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+3,1	+1,9	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	+1,6	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,5	+0,9	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,8	+2,8	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+1,9	-1,3	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+4,4	+3,0	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+1,3	+0,7	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	-0,2	+0,1	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+1,3	+0,4	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+1,9	+1,6	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+0,4	+1,8	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,4	+1,1	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9
Kroatien	-	-	-	-	-	-2,3	-0,2	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+1,6	+6,0	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+3,9	+4,5	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	-1,1	+2,3	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+6,6	+2,9	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+2,5	+1,8	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+1,1	+1,6	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	+1,7	+1,1	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+2,0	+1,6	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	+4,7	-0,5	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+2,5	+1,8	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Lond			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	+0,2	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4
Belgien	+0,0	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3
Estland	+0,2	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0
Finnland	+1,6	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4
Frankreich	+0,1	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1
Griechenland	+1,3	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3
Irland	-1,7	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1
Italien	+0,8	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2
Lettland	+3,3	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5
Luxemburg	+0,0	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4
Malta	+1,8	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9
Niederlande	+1,0	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9
Österreich	+0,4	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7
Portugal	-0,9	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1
Slowakei	+0,9	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6
Slowenien	+0,9	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2
Spanien	-0,2	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8
Zypern	+0,2	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4
Euroraum	+0,3	+1,6	+2,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2
Bulgarien	+2,5	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2
Dänemark	+1,1	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6
Kroatien	-	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2
Litauen	+4,2	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8
Polen	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9
Rumänien	+5,6	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3
Schweden	+1,9	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5
Tschechien	+0,6	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8
Ungarn	+4,0	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8
Vereinigtes Königreich	+2,2	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0
EU	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5
Japan	-1,4	-0,7	-0,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6
USA	-0,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Louid				i	n % der zivile	en Erwerbsk	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,1	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,2	7,6	8,4	8,5	8,2
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	16,7	12,3	10,0	8,6	8,1	7,5
Finnland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,4	7,8	7,7	8,2	8,5	8,4
Frankreich	17,8	14,4	20,0	11,7	9,2	9,3	9,2	9,8	10,3	10,4	10,2
Griechenland	8,9	8,0	10,5	9,0	9,3	12,6	17,7	24,3	27,3	26,0	24,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	14,7	13,1	11,4	10,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	8,4	8,4	10,7	12,2	12,8	12,5
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	9,6	19,5	16,2	15,0	11,9	10,7	9,6
Luxemburg	-	-	2,6	4,8	5,3	4,6	4,8	5,1	5,8	5,7	5,5
Malta	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	6,9	6,5	6,4	6,5	6,5	6,5
Niederlande	-	4,9	5,0	6,7	7,3	4,5	4,4	5,3	6,7	7,4	7,3
Österreich	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	4,4	4,2	4,3	4,9	4,8	4,7
Portugal	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	12,0	12,9	15,9	16,5	15,4	14,8
Slowakei	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	14,5	13,7	14,0	14,2	13,6	12,9
Slowenien	-	-	13,3	18,9	16,4	7,3	8,2	8,9	10,1	10,1	9,8
Spanien	-	-	6,9	6,7	6,5	19,9	21,4	25,0	26,4	25,5	24,0
Zypern	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,3	7,9	11,9	15,9	19,2	18,4
Euroraum	-	-	10,7	8,7	9,2	10,1	10,1	11,3	12,0	11,8	11,4
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	10,3	11,3	12,3	13,0	12,8	12,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	7,5	7,6	7,0	7,0	6,7	6,6
Kroatien	-	-	-	-	-	11,8	13,5	7,5	7,0	6,8	6,6
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,0	17,8	15,4	15,9	17,2	18,0	18,0
Polen	-	-	13,2	16,1	17,9	9,7	9,7	13,4	11,8	10,6	9,7
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	7,3	7,4	10,9	10,2	9,0	8,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	8,6	7,8	10,1	10,3	9,9	9,5
Tschechien	-	-	3,8	8,8	7,9	7,3	6,7	7,0	7,3	7,2	7,1
Ungarn	-	-	10,1	6,3	7,2	11,2	10,9	8,0	8,0	7,6	7,2
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	7,8	8,0	7,9	7,5	6,6	6,3
EU	-	-	-	8,8	9,0	9,6	9,6	10,4	10,8	10,5	10,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	5,1	4,6	4,3	4,0	3,8	3,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	9,6	8,9	8,1	7,4	6,4	5,9

Quellen: Für die Jahre 2000 und 2005: EU-Kommission (Statistischer Annex), Mai 2013. Für die Jahre ab 2010: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandspro	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz				
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des no Bruttoinlan		S	
	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 ¹	2012	2013	2014 ¹	2015 1	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,1	+2,3	+3,1	+6,5	+6,4	+6,6	+6,1	2,6	0,7	1,9	1,	
darunter													
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+1,3	+2,3	+5,1	+6,8	+5,8	+5,3	3,6	1,6	2,1	1,	
Ukraine	+0,2	+0,1	-	-	+0,6	-0,3	-	-	-8,1	-9,2	-		
Asien	+6,7	+6,5	+6,7	+6,8	+4,6	+4,5	+4,5	+4,3	0,8	1,1	1,2	1,	
darunter													
China	+7,7	+7,7	+7,5	+7,3	+2,7	+2,6	+3,0	+3,0	2,3	2,1	2,2	2,	
Indien	+4,7	+4,4	+5,4	+6,4	+10,2	+9,5	+8,0	+7,5	-4,7	-2,0	-2,4	-2,	
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,4	+5,8	+4,0	+6,4	+6,3	+5,5	-2,8	-3,3	-3,0	-2,	
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,2	+5,0	+1,7	+2,1	+3,3	+3,9	6,1	3,8	4,1	4,0	
Thailand	+6,5	+2,9	+2,5	+3,8	+3,0	+2,2	+2,3	+2,1	-0,4	-0,7	0,2	0,	
Lateinamerika	+3,1	+2,7	+2,5	+3,0	+5,9	+6,8	-	-	-1,9	-2,7	-2,7	-2,	
darunter													
Argentinien	+1,9	+4,3	+0,5	+1,0	+10,0	+10,6	-	-	-0,1	-0,9	-0,5	-0,	
Brasilien	+1,0	+2,3	+1,8	+2,7	+5,4	+6,2	+5,9	+5,5	-2,4	-3,6	-3,6	-3,	
Chile	+5,5	+4,2	+3,6	+4,1	+3,0	+1,8	+3,5	+2,9	-3,4	-3,4	-3,3	-2,	
Mexiko	+3,9	+1,1	+3,0	+3,5	+4,1	+3,8	+4,0	+3,5	-1,2	-1,8	-1,9	-2,	
Sonstige													
Türkei	+2,2	+4,3	+2,3	+3,1	+8,9	+7,5	+7,8	+6,5	-6,2	-7,9	-6,3	-6,	
Südafrika	+2,5	+1,9	+2,3	+2,7	+5,7	+5,8	+6,0	+5,6	-5,2	-5,8	-5,4	-5,	

¹ Prognosen des IWF.

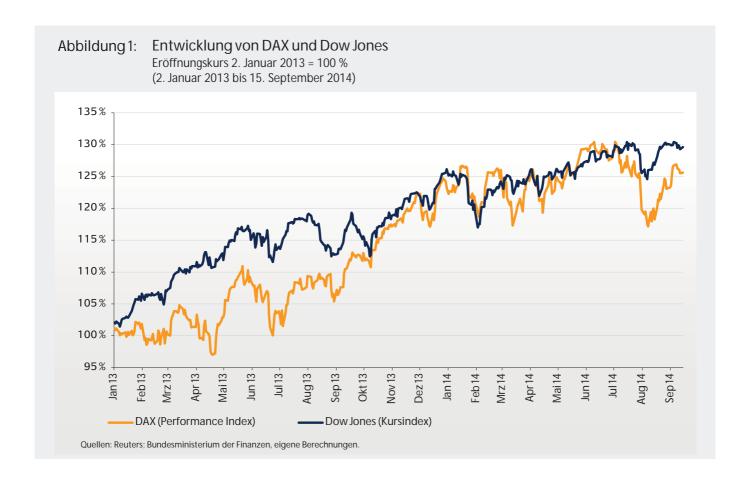
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2014.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9:	Übersicht Weltfinanzmärkte
Tabelle 9	UDEISICH WEITHAHZHIAKTE

Aktienindizes	Aktuell 12. Sept. 2014	Ende 2013	Änderung in % zu Ende 2013	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
Dow Jones	16 988	16 577	2,48	13 329	17 138
Euro Stoxx 50	3 2 3 5	3 109	4,06	2 512	3 315
Dax	9 651	9 552	1,04	7 460	10 029
CAC 40	4 442	4 296	3,39	3 5 9 6	4 595
Nikkei	15 948	16 291	-2,11	10 487	16 291
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen 10 Jahre	Aktuell 12. Sept. 2014	Ende 2013	Spread zu US-Bond	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
USA	2,63	3,05	-	1,63	3,05
Deutschland	1,08	1,95	-1,55	0,88	2,01
Japan	0,58	0,74	-2,05	0,45	0,94
Vereinigtes Königreich	2,54	3,07	-0,09	1,64	3,08
Währungen	Aktuell 12. Sept. 2014	Ende 2013	Änderung in % zu Ende 2013	Tief 2013/2014	Hoch 2013/2014
US-Dollar/Euro	1,29	1,38	-6,24	1,28	1,40
Yen/US-Dollar	107,32	105,30	1,92	87,03	105,30
Yen/Euro	138,72	144,72	-4,15	113,93	145,02
Pfund/Euro	0,80	0,83	-4,45	0,79	0,88

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Deutschland													
EU-KOM	+0,7	+0,4	+1,8	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,4	5,5	5,3	5,1	5,1	
OECD	+0,9	+0,5	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+1,1	+1,8	5,5	5,3	5,0	4,9	
IWF	+0,9	+0,5	+1,7	+1,6	+2,1	+1,6	+1,4	+1,4	5,5	5,3	5,2	5,2	
USA													
EU-KOM	+2,8	+1,9	+2,8	+3,2	+2,1	+1,5	+1,7	+1,9	8,1	7,4	6,4	5,9	
OECD	+2,8	+1,7	+2,9	+3,4	+2,1	+1,5	+1,5	+1,7	8,1	7,4	6,5	6,0	
IWF	+2,8	+1,9	+2,8	+3,0	+2,1	+1,5	+1,4	+1,6	8,1	7,4	6,4	6,2	
Japan													
EU-KOM	+1,4	+1,5	+1,5	+1,3	+0,0	+0,4	+2,5	+1,6	4,3	4,0	3,8	3,8	
OECD	+1,9	+1,8	+1,5	+1,0	-0,0	+0,4	+2,6	+2,0	4,3	4,0	3,8	3,7	
IWF	+1,4	+1,5	+1,4	+1,0	-0,0	+0,4	+2,8	+1,7	4,3	4,0	3,9	3,9	
Frankreich													
EU-KOM	+0,0	+0,2	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,1	9,8	10,3	10,4	10,2	
OECD	+0,0	+0,2	+1,0	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+1,1	9,4	9,9	9,9	9,8	
IWF	+0,0	+0,3	+1,0	+1,5	+2,2	+1,0	+1,0	+1,2	10,2	10,8	11,0	10,7	
Italien													
EU-KOM	-2,4	-1,9	+0,6	+1,2	+3,3	+1,3	+0,7	+1,2	10,7	12,2	12,8	12,5	
OECD	-2,6	-1,9	+0,6	+1,4	+3,3	+1,3	+0,5	+0,9	10,7	12,2	12,8	12,5	
IWF	-2,4	-1,9	+0,6	+1,1	+3,3	+1,3	+0,7	+1,0	10,7	12,2	12,4	11,9	
Vereinigtes													
Königreich													
EU-KOM	+0,3	+1,7	+2,7	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+2,0	7,9	7,5	6,6	6,3	
OECD	+0,1	+1,4	+2,4	+2,5	+2,8	+2,6	+2,0	+2,1	7,9	7,6	6,9	6,5	
IWF	+0,3	+1,8	+2,9	+2,5	+2,8	+2,6	+1,9	+1,9	8,0	7,6	6,9	6,6	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	+1,7	+1,7	+2,3	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	+1,8	7,3	7,1	6,9	6,6	
IWF	+1,7	+2,0	+2,3	+2,4	+1,5	+1,0	+1,5	+1,9	7,3	7,1	7,0	6,9	
Euroraum													
EU-KOM	-0,7	-0,4	+1,2	+1,7	+2,5	+1,3	+0,8	+1,2	11,3	12,0	11,8	11,4	
OECD	-0,6	-0,4	+1,0	+1,6	+2,5	+1,3	+0,7	+1,1	11,2	11,9	11,7	11,4	
IWF	-0,7	-0,5	+1,2	+1,5	+2,5	+1,3	+0,9	+1,2	11,4	12,1	11,9	11,6	
EZB	-0,6	-0,4	+1,2	+1,5	+2,5	+1,4	+1,0	+1,3	11,4	12,1	11,9	11,6	
EU-28													
EU-KOM	-0,4	+0,1	+1,6	+2,0	+2,6	+1,5	+1,0	+1,5	10,4	10,8	10,5	10,1	
IWF	-0,3	+0,2	+1,6	+1,8	+2,6	+1,5	+1,1	+1,4	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

EZB: Eurosystem/EZB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2014 (BIP-Wachstum und Verbraucherpreise für den Euroraum; für 2013 bis 2015 Mittelwertberechnung).

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums noch Tabelle 10:

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Belgien													
EU-KOM	-0,1	+0,2	+1,4	+1,6	+2,6	+1,2	+0,9	+1,3	7,6	8,4	8,5	8,2	
OECD	-0,3	+0,1	+1,1	+1,5	+2,6	+1,2	+0,8	+1,0	7,6	8,4	8,4	8,2	
IWF	-0,1	+0,2	+1,2	+1,2	+2,6	+1,2	+1,0	+1,1	7,7	8,4	9,1	8,9	
Estland													
EU-KOM	+3,9	+0,8	+1,9	+3,0	+4,2	+3,2	+1,5	+3,0	10,0	8,6	8,1	7,5	
OECD	+3,9	+1,0	+2,4	+4,0	+4,2	+3,2	+0,7	+1,7	10,1	8,6	8,9	8,5	
IWF	+3,9	+0,8	+2,4	+3,2	+4,2	+3,5	+3,2	+2,8	10,0	8,6	8,5	8,4	
Finnland													
EU-KOM	-1,0	-1,4	+0,2	+1,0	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,5	8,4	
OECD	-0,8	-1,0	+1,3	+1,9	+3,2	+2,2	+1,4	+1,4	7,7	8,2	8,4	8,4	
IWF	-1,0	-1,4	+0,4	+1,1	+3,2	+2,2	+1,7	+1,5	7,7	8,1	8,1	7,9	
Griechenland													
EU-KOM	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,0	-0,9	-0,8	+0,3	24,3	27,3	26,0	24,0	
OECD	-6,4	-3,5	-0,4	+1,8	+1,0	-0,9	-1,1	-1,0	24,2	27,3	27,1	26,7	
IWF	-7,0	-3,9	+0,6	+2,9	+1,5	-0,9	-0,4	+0,3	24,2	27,3	26,3	24,4	
Irland				· ·									
EU-KOM	+0,2	-0,3	+1,7	+3,0	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,1	11,4	10,2	
OECD	+0,1	+0,1	+1,9	+2,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,7	14,7	13,0	11,4	10,4	
IWF	+0,2	-0,3	+1,7	+2,5	+1,9	+0,5	+0,6	+1,1	14,7	13,0	11,2	10,5	
Lettland	. 0,2	0,0	, .	. 2,0	,0	. 0,0	. 0,0	,.	,.	13,0	,=	. 0,0	
EU-KOM	+5,2	+4,1	+3,8	+4,1	+2,3	+0,0	+1,2	+2,5	15,0	11,9	10,7	9,6	
OECD	-		-	,.	-			-	-		-	-	
IWF	+5,2	+4,1	+3,8	+4,4	+2,3	+0,0	+1,5	+2,5	15,0	11,9	10,7	10,1	
Luxemburg	. 5,2	,.	. 5,6	, .	. 2,0	. 0,0	,0	, 2,0	.5,0	,5			
EU-KOM	-0,2	+2,1	+2,6	+2,7	+2,9	+1,7	+1,4	+2,4	5,1	5,8	5,7	5,5	
OECD	-0,2	+1,8	+2,3	+2,3	+2,9	+1,7	+1,0	+2,2	6,1	6,9	7,1	7,1	
IWF	-0,2	+2,0	+2,1	+1,9	+2,9	+1,7	+1,6	+1,8	6,1	6,8	7,1	6,9	
Malta	0,2	,0	. = , .	,0	. 2,0	,.	,0	, ,,0	0,1	0,0	.,.	0,0	
EU-KOM	+0,6	+2,4	+2,3	+2,3	+3,2	+1,0	+1,2	+1,9	6,4	6,5	6,5	6,5	
OECD	-	, -	-		-	- 1,0			-	-	-	-	
IWF	+0,9	+2,4	+1,8	+1,8	+3,2	+1,0	+1,2	+2,6	6,4	6,5	6,3	6,2	
Niederlande	. 0,0	, .	,0	,0	. 5,2	,0	,=	72,0	0, .	0,0	0,5	0,2	
EU-KOM	-1,2	-0,8	+1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+0,7	+0,9	5,3	6,7	7,4	7,3	
OECD	-1,2	-1,1	-0,1	+0,9	+2,8	+2,6	+0,5	+0,8	5,2	6,6	7,6	7,6	
IWF	-1,2	-0,8	+0,8	+1,6	+2,8	+2,6	+0,8	+1,0	5,3	6,9	7,0	7,0	
Österreich	1,2	0,0	10,0	11,0	1 2,0	12,0	10,0	11,0	5,5	0,3	7,5	7,1	
EU-KOM	+0,9	+0,4	+1,6	+1,8	+2,6	+2,1	+1,6	+1,7	4,3	4,9	4,8	4,7	
OECD	+0,9												
OECD	+υ,υ	+0,4 +0,4	+1,7 +1,7	+2,2	+2,6 +2,6	+2,1 +2,1	+1,4 +1,8	+1,6 +1,7	4,4 4,4	5,0 4,9	5,0 5,0	4,6 4,9	

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP (real)				Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,4	+1,1	15,9	16,5	15,4	14,8
OECD	-3,2	-1,7	+0,4	+1,1	+2,8	+0,4	-0,3	+0,4	15,6	16,3	15,1	14,8
IWF	-3,2	-1,4	+1,2	+1,5	+2,8	+0,4	+0,7	+1,2	15,7	16,3	15,7	15,1
Slowakei												
EU-KOM	+1,8	+0,9	+2,2	+3,1	+3,7	+1,5	+0,4	+1,6	14,0	14,2	13,6	12,9
OECD	+1,8	+0,8	+1,9	+2,9	+3,7	+1,5	+0,4	+1,0	13,9	14,2	13,9	13,2
IWF	+1,8	+0,9	+2,3	+3,0	+3,7	+1,5	+0,7	+1,6	14,0	14,2	13,9	13,6
Slowenien												
EU-KOM	-2,5	-1,1	+0,8	+1,4	+2,8	+1,9	+0,7	+1,2	8,9	10,1	10,1	9,8
OECD	-2,5	-2,3	-0,9	+0,6	+2,8	+1,9	+0,7	+0,9	8,8	10,1	10,2	10,2
IWF	-2,5	-1,1	+0,3	+0,9	+2,6	+1,6	+1,2	+1,6	8,9	10,1	10,4	10,0
Spanien												
EU-KOM	-1,6	-1,2	+1,1	+2,1	+2,4	+1,5	+0,1	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,0
OECD	-1,6	-1,3	+0,5	+1,0	+2,4	+1,5	+0,1	+0,5	25,0	26,4	25,4	24,4
IWF	-1,6	-1,2	+0,9	+1,0	+2,4	+1,5	+0,3	+0,8	25,0	26,4	25,5	24,9
Zypern												
EU-KOM	-2,4	-5,4	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	15,9	19,2	18,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-6,0	-4,8	+0,9	+3,1	+0,4	+0,4	+1,4	11,9	16,0	19,2	18,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	+0,6	+0,9	+1,7	+2,0	+2,4	+0,4	-0,8	+1,2	12,3	13,0	12,8	12,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,6	+0,9	+1,6	+2,5	+2,4	+0,4	-0,4	+0,9	12,4	13,0	12,5	11,9
Dänemark												
EU-KOM	-0,4	+0,4	+1,5	+1,9	+2,4	+0,5	+1,0	+1,6	7,5	7,0	6,8	6,6
OECD	-0,4	+0,3	+1,6	+1,9	+2,4	+0,8	+0,7	+1,3	7,5	7,0	6,8	6,7
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	+1,7	+2,4	+0,8	+1,5	+1,8	7,5	7,0	6,8	6,7
Kroatien												
EU-KOM	-1,9	-1,0	-0,6	+0,7	+3,4	+2,3	+0,8	+1,2	15,9	17,2	18,0	18,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,0	-0,6	+0,4	+3,4	+2,2	+0,5	+1,1	16,1	16,5	16,8	17,1
Litauen												
EU-KOM	+3,7	+3,3	+3,3	+3,7	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,6	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,7	+3,3	+3,3	+3,5	+3,2	+1,2	+1,0	+1,8	13,4	11,8	10,8	10,5
Polen												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+3,2	+3,4	+3,7	+0,8	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,9	9,5
OECD	+2,1	+1,4	+2,7	+3,3	+3,6	+1,0	+1,1	+1,9	10,1	10,3	9,8	9,5
IWF	+1,9	+1,6	+3,1	+3,3	+3,7	+0,9	+1,5	+2,4	10,1	10,3	10,2	10,0
Rumänien												
EU-KOM	+0,6	+3,5	+2,5	+2,6	+3,4	+3,2	+2,5	+3,3	7,0	7,3	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,7	+3,5	+2,2	+2,5	+3,3	+4,0	+2,2	+3,1	7,0	7,3	7,2	7,0
Schweden												
EU-KOM	+0,9	+1,5	+2,8	+3,0	+0,9	+0,4	+0,5	+1,5	8,0	8,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+0,7	+2,3	+3,0	+0,9	-0,0	+0,1	+1,4	8,0	8,0	7,9	7,4
IWF	+0,9	+1,5	+2,8	+2,6	+0,9	-0,0	+0,4	+1,6	8,0	8,0	8,0	7,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,0	-0,9	+2,0	+2,4	+3,5	+1,4	+0,8	+1,8	7,0	7,0	6,7	6,6
OECD	-1,0	-1,5	+1,1	+2,3	+3,3	+1,4	+0,1	+2,0	7,0	6,9	6,9	6,8
IWF	-1,0	-0,9	+1,9	+2,0	+3,3	+1,4	+1,0	+1,9	7,0	7,0	6,7	6,3
Ungarn												
EU-KOM	-1,7	+1,1	+2,3	+2,1	+5,7	+1,7	+1,0	+2,8	10,9	10,2	9,0	8,9
OECD	-1,7	+1,2	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,5	+2,8	11,0	10,2	8,7	8,9
IWF	-1,7	+1,1	+2,0	+1,7	+5,7	+1,7	+0,9	+3,0	10,9	10,2	9,4	9,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Deutschland													
EU-KOM	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,4	76,0	73,6	7,0	7,4	7,3	7,0	
OECD	0,1	0,0	-0,2	0,2	81,0	78,3	76,3	72,3	7,5	7,6	7,9	7,4	
IWF	0,1	0,0	0,0	-0,1	81,0	78,1	74,6	70,8	7,4	7,5	7,3	7,1	
USA													
EU-KOM	-9,2	-6,2	-5,4	-4,7	0,0	104,5	105,9	105,4	-2,7	-2,3	-2,2	-2,4	
OECD	-9,3	-6,4	-5,8	-4,6	102,1	104,3	106,2	106,5	-2,7	-2,3	-2,5	-2,9	
IWF	-9,7	-7,3	-6,4	-5,6	102,4	104,5	105,7	105,7	-2,7	-2,3	-2,2	-2,6	
Japan													
EU-KOM	-8,7	-9,0	-7,4	-6,2	237,3	244,0	243,7	244,1	1,0	0,7	0,7	1,2	
OECD	-8,7	-9,3	-8,4	-6,7	216,5	224,6	229,6	232,5	1,1	0,7	0,2	0,7	
IWF	-8,7	-8,4	-7,2	-6,4	237,3	243,2	243,5	245,1	1,0	0,7	1,2	1,3	
Frankreich													
EU-KOM	-4,9	-4,3	-3,9	-3,4	90,6	93,5	95,6	96,6	-2,1	-1,9	-1,8	-2,0	
OECD	-4,9	-4,3	-3,8	-3,1	90,6	93,4	95,9	96,9	-2,2	-1,6	-1,6	-1,4	
IWF	-4,8	-4,2	-3,7	-3,0	90,2	93,9	95,8	96,1	-2,2	-1,6	-1,7	-1,0	
Italien													
EU-KOM	-3,0	-3,0	-2,6	-2,2	127,0	132,6	135,2	133,9	-0,4	0,9	1,5	1,5	
OECD	-2,9	-2,8	-2,7	-2,1	127,0	132,6	134,3	134,5	-0,5	0,6	1,2	1,3	
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-1,8	127,0	132,5	134,5	133,1	-0,4	0,8	1,1	1,1	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-6,1	-5,8	-5,1	-4,1	89,1	90,6	91,8	92,7	-3,8	-4,4	-3,8	-3,3	
OECD	-6,3	-5,9	-5,3	-4,1	89,1	90,6	91,5	93,1	-3,8	-4,4	-3,7	-3,1	
IWF	-8,0	-5,8	-5,3	-4,1	88,6	90,1	91,5	92,7	-3,7	-3,3	-2,7	-2,2	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-3,4	-3,0	-2,1	-1,2	96,1	93,6	94,2	93,6	-3,4	-3,2	-3,2	-2,9	
IWF	-3,4	-3,0	-2,5	-2,0	88,1	89,1	87,4	86,6	-3,4	-3,2	-2,6	-2,5	
Euroraum													
EU-KOM	-3,7	-3,0	-2,5	-2,3	92,7	95,0	96,0	95,4	1,8	2,6	2,9	2,9	
OECD	-3,7	-3,0	-2,5	-1,8	92,9	95,1	96,0	95,2	2,1	2,8	3,1	3,2	
IWF	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	92,8	95,2	95,6	94,5	2,0	2,9	2,9	3,1	
EU-28													
EU-KOM	-3,9	-3,3	-2,6	-2,5	86,8	88,9	89,5	89,2	0,9	1,6	1,8	1,8	
IWF	-4,2	-3,3	-2,9	-2,3	86,6	88,7	89,0	88,4	1,0	1,9	1,9	2,1	

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	
Belgien													
EU-KOM	-4,1	-2,6	-2,6	-2,8	101,1	101,5	101,7	101,5	-0,2	-0,3	0,3	-0,3	
OECD	-4,1	-2,7	-2,1	-1,2	101,1	101,6	101,7	100,3	-1,9	-1,7	-0,8	-0,2	
IWF	-4,1	-2,8	-2,4	-2,1	99,8	99,8	99,8	99,6	-2,0	-1,7	-1,3	-1,0	
Estland													
EU-KOM	-0,2	-0,2	-0,5	-0,6	9,8	10,0	9,8	9,6	-2,8	-1,8	-2,7	-2,8	
OECD	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	9,8	10,0	9,9	9,7	-1,8	-0,5	-2,8	-3,2	
IWF	-0,2	-0,4	-0,4	0,2	9,8	11,3	10,9	10,3	-1,8	-1,0	-1,3	-1,5	
Finnland													
EU-KOM	-1,8	-2,1	-2,3	-1,3	53,6	57,0	59,9	61,2	-1,4	-0,8	-0,4	-0,2	
OECD	-2,2	-2,5	-2,2	-0,9	53,7	57,0	59,9	60,7	-1,7	-0,8	-1,1	-0,5	
IWF	-2,2	-2,6	-2,6	-1,9	53,6	57,0	60,2	62,1	-1,7	-0,8	-0,3	0,2	
Griechenland													
EU-KOM	-8,9	-12,7	-1,6	-1,0	157,2	175,1	177,2	172,4	-4,6	-2,4	-2,3	-2,2	
OECD	-8,9	-12,7	-2,5	-1,4	157,2	175,1	177,7	177,2	-2,4	0,7	0,2	0,8	
IWF	-6,3	-2,6	-2,7	-1,9	157,2	173,8	174,7	171,3	-2,4	0,7	0,9	0,3	
Irland													
EU-KOM	-8,2	-7,2	-4,8	-4,2	117,4	123,7	121,0	120,4	4,4	6,6	7,4	8,9	
OECD	-8,1	-7,0	-4,7	-3,1	117,4	123,7	121,9	121,1	4,4	6,6	6,6	7,6	
IWF	-8,2	-7,4	-5,1	-3,0	117,4	122,8	123,7	122,7	4,4	6,6	6,4	6,5	
Lettland													
EU-KOM	-1,3	-1,0	-1,0	-1,1	40,8	38,1	39,5	33,4	-2,5	-0,8	-1,3	-2,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,1	-1,3	-1,1	1,3	36,4	32,1	32,7	29,3	-2,5	-0,8	-1,6	-1,9	
Luxemburg													
EU-KOM	0,0	0,1	-0,2	-1,4	21,7	23,1	23,4	25,5	5,8	5,2	6,4	5,0	
OECD	0,0	0,1	0,3	-0,9	21,7	23,1	24,4	26,3	5,8	5,2	7,0	6,5	
IWF	-0,6	0,0	0,1	-2,4	21,7	22,9	24,1	27,0	6,6	6,7	6,7	5,5	
Malta													
EU-KOM	-3,3	-2,8	-2,5	-2,5	70,8	73,0	72,5	71,1	1,1	0,6	0,3	1,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-2,9	-3,1	-3,3	70,8	71,7	72,5	72,6	2,1	0,9	1,4	1,4	
Niederlande													
EU-KOM	-4,1	-2,5	-2,8	-1,8	71,3	73,5	73,8	73,4	7,7	7,8	8,2	8,6	
OECD	-4,0	-2,4	-2,7	-2,0	71,2	73,4	74,7	74,9	9,5	10,4	8,9	9,8	
IWF	-4,0	-3,1	-3,0	-2,0	71,3	74,9	75,0	74,4	9,4	10,4	10,1	10,1	
Österreich													
EU-KOM	-2,6	-1,5	-2,8	-1,5	74,4	74,5	80,3	79,2	1,8	2,7	3,4	3,8	
OECD	-2,6	-1,5	-2,8	-1,3	74,5	74,6	81,2	80,7	2,4	2,7	2,9	3,0	
IWF	-2,5	-1,8	-3,0	-1,5	74,1	74,2	79,1	78,2	1,8	3,0	3,5	3,5	

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	öffentlicher Haushaltssaldo				Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Portugal												
EU-KOM	-6,4	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	129,0	126,7	124,8	-2,2	0,4	1,0	1,4
OECD	-6,5	-5,0	-4,0	-2,4	124,1	129,0	130,8	131,8	-2,0	0,5	0,8	1,1
IWF	-6,5	-4,9	-4,0	-2,5	124,1	128,8	126,7	124,8	-2,0	0,5	0,8	1,2
Slowakei												
EU-KOM	-4,5	-2,8	-2,9	-2,8	52,7	55,4	56,3	57,8	1,6	2,5	2,4	2,4
OECD	-4,5	-2,8	-2,7	-2,6	52,7	55,4	55,2	56,2	2,2	2,1	1,6	2,2
IWF	-4,5	-3,0	-3,8	-3,8	52,4	54,9	58,6	59,8	2,2	2,4	2,7	2,9
Slowenien												
EU-KOM	-4,0	-14,7	-4,3	-3,1	54,0	71,7	80,4	81,3	3,1	5,3	6,0	6,2
OECD	-4,0	-14,7	-4,1	-2,6	54,4	71,7	77,2	80,9	3,3	6,5	6,3	7,4
IWF	-3,2	-14,2	-5,5	-4,1	54,3	73,0	74,9	77,9	3,3	6,5	6,1	5,8
Spanien												
EU-KOM	-10,6	-7,1	-5,6	-6,1	86,0	93,9	100,2	103,8	-1,2	0,8	1,4	1,5
OECD	-10,6	-7,1	-5,5	-4,5	86,0	93,9	98,3	101,4	-1,1	0,7	1,6	2,0
IWF	-10,6	-7,2	-5,9	-4,9	85,9	93,9	98,8	102,0	-1,1	0,7	0,8	1,4
Zypern												
EU-KOM	-6,4	-5,4	-5,8	-6,1	86,6	111,7	122,2	126,4	-7,0	-1,4	0,0	0,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,4	-4,7	-5,2	-5,2	85,5	112,0	121,5	125,8	-6,8	-1,5	0,1	0,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Bulgarien												
EU-KOM	-0,8	-1,5	-1,9	-1,8	18,4	18,9	23,1	22,7	-0,9	1,9	1,0	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,5	-1,9	-1,9	-1,7	17,5	17,6	21,7	21,1	-0,9	2,1	-0,4	-2,1
Dänemark												
EU-KOM	-3,8	-0,8	-1,2	-2,7	45,4	44,5	43,5	44,9	6,0	7,3	6,9	6,8
OECD	-3,9	-0,9	-1,5	-3,0	45,4	44,5	45,8	48,6	6,0	7,3	7,2	7,3
IWF	-3,9	-0,4	-1,4	-2,7	45,6	45,2	45,6	46,9	6,0	6,6	6,3	6,3
Kroatien												
EU-KOM	-5,0	-4,9	-3,8	-3,1	55,9	67,1	69,0	69,2	-0,4	0,5	1,5	1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-5,5	-4,6	-3,4	54,0	59,8	64,8	67,4	0,0	1,2	1,5	1,1
Litauen												
EU-KOM	-3,2	-2,2	-2,1	-1,6	40,5	39,4	41,8	41,4	-1,1	1,3	-0,8	-1,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-2,1	-1,9	-1,8	41,0	39,3	39,5	39,1	-0,2	0,8	-0,2	-0,6
Polen												
EU-KOM	-3,9	-4,3	5,7	-2,9	55,6	57,0	49,2	50,0	-3,4	-1,6	-1,7	-2,3
OECD	-3,9	-4,3	5,6	-2,9	55,6	57,1	50,2	51,7	-3,7	-1,3	-1,0	-1,1
IWF	-3,9	-4,5	-3,5	-3,0	55,6	57,5	49,5	50,1	-3,5	-1,8	-2,5	-3,0
Rumänien												
EU-KOM	-3,0	-2,3	-2,2	-1,9	38,0	38,4	39,9	40,1	-4,4	-1,1	-1,2	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,5	-2,2	-1,4	38,2	39,3	39,7	39,0	-4,4	-1,1	-1,7	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-0,6	-1,1	-1,8	-0,8	38,3	40,6	41,6	40,4	6,5	6,6	6,1	6,0
OECD	-0,7	-1,3	-1,5	-0,8	38,3	40,5	42,0	41,7	6,0	6,2	6,0	6,2
IWF	-0,7	-1,0	-1,3	-0,5	38,3	41,4	41,5	40,0	6,1	5,9	6,1	6,2
Tschechien												
EU-KOM	-4,2	-1,5	-1,9	-2,4	46,2	46,0	44,4	45,8	-2,6	-1,2	-0,4	-0,2
OECD	-4,2	-1,5	-2,1	-2,6	46,1	46,0	47,8	49,8	-1,3	-1,5	-0,6	-0,3
IWF	-4,4	-2,9	-2,8	-2,5	45,7	47,9	49,2	49,9	-2,4	-1,0	-0,5	-0,5
Ungarn					70.	76	0.0 -					
EU-KOM	-2,1	-2,2	-2,9	-2,8	79,8	79,2	80,3	79,5	1,1	3,1	3,0	2,7
OECD	-2,2	-2,3	-2,9	-2,9	79,7	78,8	79,7	79,5	0,8	3,0	3,6	3,9
IWF	-2,0	-2,4	-2,9	-2,9	79,8	79,2	79,1	79,2	1,0	3,1	2,7	2,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose (Statistischer Annex), Mai 2014.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2014.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

September 2014

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.